

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn man den Begriff Entspannung im Rahmen der Ost-West-Politik für die daran Beteiligten verbindlich definieren könnte, wäre es sicher nicht notwendig gewesen, den heutigen Gesprächskreis über dieses Thema einzuberufen. Historische Vorbelastungen und Mißverständnisse erschweren aber die Suche nach den Wegen, die zu einer Lösung dieses politischen Problemkreises beschritten werden sollen.

Wenn wir heute einen Beitrag zur Verdeutlichung dieses uns alle - in Ost und in West - interessierenden Anliegens leisten wollen, dann sollte das Thema sowohl frei von Illusionen und naiven Erwartungen, aber auch ohne überspannte Skepsis und ohne Katastrophen zu befürchten, behandelt werden.

Es ist nicht meine Aufgabe als Gastgeber, dieses Gespräch in eine bestimmte Richtung zu lenken. Dennoch möchte ich als ein Mann, der aufgrund seiner Tätigkeit im industriellen Bereich in der ganzen Welt Kontakte aufzunehmen hat und der bei der sich daraus ergebenden Zusammenarbeit sowohl die Interessen seines Unternehmens als auch die des jeweiligen Vertragspartners berücksichtigen muß, der heutigen Aussprache einige Bemerkungen mit auf den Weg geben.

Um in der Wirtschaft Vertragspartner zu gewinnen, müssen wir unser Handeln aufgrund sachlich überprüfbarer Daten in den Voraussetzungen und im Hinblick auf die sich ständig wandelnde Situation auf dem Markt stets korrigieren und anpassen. Zu meinem Erstaunen stelle ich nun fest, daß - im Gegensatz zu den bewährten Prinzipien im internationalen wirtschaftlichen Verkehr - in der modernen Politik Vorurteile kultiviert und sogar intensiv gepflegt werden.

Darüber hinaus werden sachliche Informationen, die Partnerschaftsverhältnisse schaffen und aus dem Gegeneinander ein Miteinander bewirken könnten, nicht genügend in die politische Praxis umgesetzt. Verstehen Sie das bitte als eine allgemeine Kritik, die für alle gilt. Sie gilt auch für mein eigenes Land. Wahrscheinlich gehört das Kultivieren von Vorurteilen zu den Zeremonien, die bei der Ausübung politischer Macht zelebriert werden müssen.

Ich habe also als Industrieller den Eindruck, daß die Politik gegenwärtig auf keinem sehr hohen Niveau steht. Ich meine das in keiner Weise polemisch und bin sogar sicher, daß alle, die in der Politik aktiv tätig sind, diesen immobilen Zustand noch mehr bedauern als wir anonymen Staatsbürger.

Da man gegenüber solchen politisch verstellten Situationen nicht resignieren sollte, scheint mir ein offenes und hartes, aber realistisches Gespräch zwischen Vertretern der verschiedensten Interessen und Standorte unbedingt notwendig. Informieren wir uns also gegenseitig. Versuchen wir, die Vorurteile einen Abend lang beiseite zu schieben, und gestehen wir uns gegenseitig zu, daß wir alle - aus welchen Motiven auch immer - den Frieden wünschen.

Ich meine den Frieden, der mehr ist als nur Entspannung. In seinem Zeichen sollten Gegensätze ausgetragen, Kompromisse vereinbart, Lösungen formuliert und Alternativen gegeneinander abgewogen werden. Der Spielraum der Entspannung ist so groß, wie die Friedensbereitschaft der beteiligten Mächte grundsätzlich reicht. Friedensbereitschaft ist nicht nur der Wunsch, Kriege zu vermeiden, sondern in erster Linie auch der feste Wille, unter Anerkennung nationaler und gesellschaftlicher Verschiedenheit politisch im europäischen Raum enger zusammenzuarbeiten. Wir wissen alle, daß der Weg zu diesem Ziel sehr lang ist, und Friede verlangt mehr Macht als Krieg.

Dem Frieden über eine größere Entspannung näher zu kommen, war der Beweggrund, Sie zu diesem Gespräch einzuladen. Wir wollen also alle Argumente hören, die dieser Wegbereitung dienen.

Grosser

Meine Damen und Herren, ich möchte eine Reihe von Fragen zur Diskussion stellen. Zunächst geht es mir darum festzustellen, was Entspannung überhaupt bedeutet. Ich verstehe darunter einmal die Befriedigung eines Sicherheitsbedürfnisses. Zum anderen ist damit gewiß die Anerkennung eines Status quo auf lange Sicht gemeint. Zugleich heißt Entspannung aber auch, die Tatsache zu erkennen, daß bei Veränderungen des Status quo Fortschritte eintreten können, und zwar sowohl bei Veränderungen zwischen Ost und West als auch innerhalb des Ostens beziehungsweise innerhalb des Westens. Entspannungspolitik will also einerseits einen Teil des Status quo festlegen und andererseits Veränderungen herbeiführen, die positiv beurteilt werden.

Bereits innerhalb von jedem der beiden "Lager" - womit nicht Feindeslager gemeint sind, sondern die Teilung Europas in Ost und West - besteht ein Sicherheitsbedürfnis. So gibt es im Westen das Problem der Wirtschaftssicherheit gegenüber den Vereinigten Staaten. Das kommt in der französischen Politik immer wieder zum Ausdruck. Weiterhin gibt es ein wirtschaftliches und politisches Sicherheitsbedürfnis gegenüber der Bundesrepublik, das sich in Frankreich, aber auch in anderen europäischen Ländern zeigt. Hinzufügen möchte ich ein gewisses Sicherheitsverlangen gegen eine französische Prädominanz, das bis 1969 bestand, jetzt aber aus verschiedenen Gründen nicht mehr vorhanden zu sein scheint.

Auch innerhalb des östlichen Lagers besteht ein Sicherheitsbedürfnis, das meines Erachtens - insbesondere seit August 1968 - viel weniger befriedigt ist als das auf der westlichen Seite, nämlich die Möglichkeit für jedes Land, sich unabhängig entwickeln zu können. Das hat auch Konsequenzen im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Ost und West.

Was das Sicherheitsbedürfnis der jeweils anderen Seite gegenüber angeht, so hat das Militärische nach meiner Ansicht in den letzten Jahren an Bedeutung abgenommen. Auf beiden Seiten herrscht offensichtlich die Überzeugung, daß die andere Seite nicht angreifen will, unter anderem, weil die beiden Supermächte eine Sicherheitsgarantie für ihr Lager gegeben haben. Das Sicherheitsbedürfnis würde sich sofort wieder in aller Schärfe zwischen beiden Seiten einstellen, wenn diese Garantie nicht mehr bestünde. Deshalb trägt die amerikanische Sicherheitsgarantie für Europa zur Entspannung bei, weil sonst das dann wieder auftretende Unsicherheitsgefühl in Westeuropa eine neue Spannung aufkommen lassen würde.

Dieses Gefühl der Sicherheit hat sich auch im Jahre 1968 nicht vermindert, obwohl die Ereignisse in der Tschechoslowakei unterschiedlich beurteilt wurden. Auf deutscher Seite war man weitgehend der Ansicht, die Invasion in die Tschechoslowakei bewiese, daß wieder eine Gefahr aus dem Osten bestehe und die Sicherheit deshalb verstärkt werden müsse. Nach der Interpretation auf französischer Regierungsseite hatten diese Geschehnisse nichts mit der Ost-West-Sicherheit zu tun: Man deutete sie eher als einen Eingriff nur im östlichen Bereich, so daß man an keine neue Gefahr eines Angriffs glaubte.

Auch in der Bundesrepublik hat in den letzten Jahren im Hinblick auf das Sicherheitsbedürfnis ein grundlegender Wandel stattgefunden. Meine These ist, daß von 1949 bis in die 60er Jahre in der Außenpolitik der Bundesrepublik weder der Wiedervereinigung noch der Europa-Politik, sondern der Sicherheit die Priorität zukam. Das hat die direkte Anlehnung an die Außenpolitik der Vereinigten Staaten notwendig gemacht. Man wollte in amerikanischen Augen vertrauenswürdig sein, damit man Vertrauen in die Verteidigung durch die Vereinigten Staaten haben konnte. Das hat sich weitgehend geändert, weil man die Gefahr nicht mehr für so groß hält. Damit hat die Bundesrepublik einen größeren Spielraum gewonnen und kann eine Außenpolitik machen, die nicht vordringlich durch Sicherheitsbedürfnisse bedingt ist.

Durch diese Veränderung auf deutscher Seite ist im Westen ein wesentliches Hindernis für eine Entspannungspolitik mit der Zeit abgebaut worden. Man glaubt im Osten heute nicht mehr so sehr an die potentielle Angriffslust des durch die Initiative der Bundesrepublik geführten Westens. Auch auf der östlichen Seite ist das Bedürfnis nach militärischer Sicherheit nicht mehr so groß, wie es vorher war oder wie es vorher behauptet wurde.

Auf wirtschaftlichem Gebiet gibt es ebenfalls ein Sicherheitsbedürfnis. Dieses stellt aber kein großes Problem dar, weil beide Seiten wissen, daß sie durch eine Wirtschaftskrise der anderen Seite nicht allzuviel gewinnen können. Hinzu kommt, daß jedenfalls der östliche Teil Europas sehr wenig tun kann, um eine Wirtschaftskrise im Westen zu provozieren.

Auf der anderen Seite könnten die westlichen Staaten freilich versucht sein zu behaupten, daß das politische System im Osten, zum Beispiel in der DDR, durch eine Wirtschaftskrise bedroht würde. Derartige Überlegungen hat aber die Regierung der Bundesrepublik nie angestellt. Sie ist sich im Gegenteil immer darüber im klaren gewesen, daß eine Entspannung zwischen Ost und West, unter anderem zwischen der Bundesrepublik und der DDR, nur dann möglich wird, wenn die DDR wirtschaftlich stabil ist und ihre Prosperität sich vergrößert. Man hat erkannt, daß der Westen den Osten wirtschaftlich nicht bedrohen, sondern sogar unterstützen sollte, damit als Endergebnis die Mauer abgebaut werden kann. Denn wenn keine wirtschaftlichen Anreize mehr gegeben wären würde auch keine allzu große Fluchtgefahr von Ost nach West mehr bestehen.

In psychologischer Hinsicht besteht allerdings noch auf beiden Seiten der Glaube an die Bedrohung von der anderen Seite. Es handelt sich dabei weitgehend um eine gezüchtete Angst, verbunden mit einem gezüchteten Haßgefühl. Hier wäre vor allem im Osten viel zu tun, um die Entspannung zu ermöglichen.

In der Bundesrepublik gibt es insofern erhebliche Fortschritte, als der andere Teil Europas und vor allem der andere Teil Deutschlands nicht mehr in Schwarz-weiß-Malerei dargestellt wird. Um unseren sozialistischen Freunden ein Beispiel zu geben: In Bonn ist Frau Hamm-Brücher Staatssekretärin im Wissenschaftsministerium geworden, die in etlichen Veröffentlichungen das Erziehungssystem im anderen Deutschland als relativ besser dargestellt hat als das in der Bundesrepublik. Schon die Tatsache, daß man in der Bundesrepublik heute mehr beschreibt und weniger anklagt, ist ein Beitrag zur Entspannung.

Nach allem, was man hören kann, sind die Bedingungen auf der anderen Seite gewiß nicht so günstig. Es ist kaum zu erwarten, daß sich das Gefühl der Bedrohung bei der Bevölkerung Polens oder der DDR vermindert, wenn die Bundesrepublik weiterhin - denn um sie geht es vor allem - in Schulbüchern, Zeitungen und Reden so wie bisher dargestellt wird. Die Entspannung muß auch im Schulbuch stattfinden.

Das gilt auch für das Problem der Oder-Neiße-Linie. Zweifellos hat man in der Bundesrepublik Fortschritte in der Darstellung dessen gemacht, was Polen unter Deutschland gelitten hat. Dagegen steht auf polnischer Seite - das kann man von Frankreich aus wohl sagen - die Beschreibung noch weitgehend aus, was es für die Deutschen bedeutet, auf diese Gebiete zu verzichten. Aus diesem Grunde versteht man in Polen kaum, warum vieles in der Bundesrepublik so langsam geht, warum es keine Selbstverständlichkeit ist, auf ein Fünftel bis ein Viertel des Territoriums zu verzichten. Deshalb könnte diese unpolitische - jedenfalls nicht das Gebiet der hohen Politik betreffende - Aufklärungsarbeit über die Vergangenheit und die Gegenwart auf der anderen Seite ein echter Beitrag zur Entspannung sein.

Nun zum zweiten Punkt: Wie weit ist der Status quo anzuerkennen? In dieser Frage gibt es kaum noch Spielraum. Es geht zunächst um die Grenzen. Dabei kann man es sicher den Juristen mit ihrer dichterischen Begabung überlassen, eine Formel zu finden, die alle befriedigt; denn die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie scheinen sie mir nicht erst jetzt, sondern bereits seit der Regierungserklärung der Regierung Kiesinger/ Brandt zu bestehen. Seitdem geht die Diskussion in der Bundesrepublik um die Formulierung des Textes, mit dem zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die jetzigen Grenzen endgültig sind, ohne juristisch als endgültig anerkannt zu werden. Die territoriale Forderung ist mindestens seit 1966 völlig aus dem Sprachgebrauch der Offiziellen verschwunden.

Ich möchte unsere sozialistischen Freunde außerdem darauf hinweisen, daß es in der jetzigen Bundesregierung kein Ministerium für Vertriebene mehr gibt. Auch standen bei der letzten Bundestagswahl auf den Wahllisten beider großen Parteien keine Vertreter der Vertriebenen als Funktionäre eines Vertriebenenverbandes mehr. Jetzt waren sie auf den meisten Länderlisten nur noch "normale" Politiker der jeweiligen Partei, die im Osten geboren waren. Hier hat sich eine Änderung vollzogen, und ich bin der Meinung, daß es zur Anerkennung der Grenzen nur noch eines kleinen Schrittes bedarf, der sich juristisch ausgleichen läßt. Aber ich betone noch einmal: Das ist von außerhalb Deutschlands gesehen. Zuhause bitte ich meine französischen Landsleute immer wieder zu verstehen, was es für die Deutschen bedeutet, in der Oder-Neiße-Linie eine Grenze zu sehen.

Der nächste Punkt behandelt die Frage der beiden deutschen Staaten. Hier ist die entscheidende Wandlung im Frühjahr 1968 eingetreten. Zu diesem Zeitpunkt näherte man sich einander sowohl von der DDR als auch von der Bundesrepublik her. So wird in der Verfassung der DDR von einem "sozialistischen Staat deutscher Nation" gesprochen. Als diese Formel von Herrn Norden, dem Propagandachef der DDR, so interpretiert wurde, daß die beiden deutschen Staaten jetzt völlig Ausland für einander seien, reagierte sofort das offizielle Parteiorgan "Neues Deutschland" und stellte

fest, so ganz Ausland sei man nun doch nicht für einander; es handele sich vielmehr um zwei Staaten deutscher Nation. Bereits Ende des Jahres 1967 erschien das Schütz-Memorandum, das auch auf das Bestehen zweier staatlicher Entitäten innerhalb einer Nation hinwies.

Die weitere Entwicklung erfolgte schrittweise. Zunächst fand ein Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Ministerpräsident Stoph statt. Heute wird in der Regierungserklärung von Willy Brandt die DDR ohne Anführungszeichen genannt. Im Kommentar dazu heißt es, daß es zwar zwei deutsche Staaten gäbe; da es sich jedoch um deutsche Staaten handele, müßten völkerrechtliche Beziehungen von besonderer Natur hergestellt werden. Eine wesentliche Änderung sehe ich zum Beispiel in der Umbenennung des früheren Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen in ein Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen.

Dagegen ist von östlicher Seite die Zugehörigkeit Westberlins zum Westen noch keineswegs als Realität anerkannt. Das liegt aber auf der gleichen Ebene wie die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie oder die Tatsache, daß es einen zweiten deutschen Staat gibt. Warum wird hier von den sozialistischen Staaten ein doppelter Maßstab angelegt? Man fordert, die Realitäten auf der einen Seite anzuerkennen, während man behauptet, die Realität der Westlichkeit Westberlins aus verschiedenen Gründen nicht anerkennen zu können.

Welche Veränderungen des Status quo könnte man anstreben, um die Entspannung zu erleichtern? Die wichtigsten Veränderungen sind wahrscheinlich die internen. Ich möchte hier ganz hart und aggressiv feststellen: Wenn man von Entspannung spricht, dann geht alle alles an, was auf der anderen Seite passiert. Es gibt keine echte Entspannung, wenn wir nicht unsere Meinung und unsere Bewertung zu dem zum Ausdruck bringen können, was auf der anderen Seite geschieht. Das wurde bereits von den sozialistischen Staaten gegenüber der Bundesrepublik praktiziert, als die NPD im Kommen war.

Ich möchte es so deutlich wie möglich sagen: Wenn die NPD Polen etwas angeht - und ich glaube, die NPD geht Polen etwas an;- , dann geht Frankreich oder Deutschland alles das an, was in der Tschechoslowakei seit August 1968 geschehen ist. Man kann nicht sagen: Zwar geht uns die Entwicklung bei Euch etwas an, aber die Entwicklung bei uns geht Euch nichts an. Denn beide Entwicklungen gehören zusammen. Wenn auf der einen Seite die Dinge in einer unerfreulichen Weise verlaufen, dann betrifft das auch die andere Seite.

Das setzt voraus, daß wir alle hinsichtlich der Situation in den anderen Ländern gemeinsame Maßstäbe zur Beurteilung dessen haben, was wir unter einem internen Fortschritt, der die Entspannung ermöglicht, verstehen. Damit meine ich keine Angleichung der beiden Gesellschaftssysteme. Vielmehr geht es darum, daß man im Westen diejenigen wirtschaftlichen oder sozialen Kräfte, die man im Osten als gefährlich ansieht, nicht zum Zuge kommen läßt; andererseits sollte man sich auf östlicher Seite überlegen, was in westlichen Augen die sozialistischen Länder nicht gerade anziehend macht, nämlich die Unterdrückung dessen, was wir Grundfreiheit nennen. Alles, was von der anderen Seite her abstoßend wirkt, ist der Entspannung abträglich.

Ein Sieg der NPD, also ihre Überwindung der 5% Hürde und damit ihr Einzug in den Bundestag, hätte der Entspannung sehr geschadet. Aber der Antisemitismus in Polen, das Ausstoßen Solschenizyns aus dem russischen Schriftsteller-Verband und anderes mehr belastet ebenfalls die Entspannung. So gesehen, liegen unsere Beiträge zur Entspannung auch auf dem Gebiet der jeweiligen inneren Entwicklung.

Das gilt besonders für die DDR. Man kann von der Bundesregierung nicht erwarten, daß sie in der Frage der Anerkennung eines zweiten deutschen Staates immer weiter geht, wenn sich daraus keine Rückwirkung im Hinblick auf politische und kulturelle Vorteile für die Bevölkerung der DDR ergibt. Wenn man also fordert, die Bundesrepublik solle die DDR anerkennen, aber zugleich sagt, es werde sich für die Bürger der DDR damit nichts ändern, dann verlangt man von der Bundesrepublik wahrscheinlich zuviel. Die Anerkennung des Status quo im Sinne der DDR ist also nur möglich, wenn sich der innere politische Status quo in der DDR allmählich ändert. Dazu können die anderen sozialistischen Staaten viel beitragen.

Es ist von Polen, von der Tschechoslowakei und von Jugoslawien als völlig normal empfunden worden, daß der vorige französische Staatspräsident der Regierung in Bonn väterliche Ratschläge gab, wie man gute Entspannungspolitik zu machen habe. Als de Gaulle in Warschau war, hat man es für richtig gehalten, ihn zu fragen, ob er nicht ein wenig Einfluß auf die Bundesrepublik nehmen könnte, damit diese etwas schnellere Fortschritte auf dem Gebiet der Entspannungspolitik mache. Dann wäre es aber genauso normal, daß Polen und Ungarn versuchten, wieder rückgängig zu machen, was 1968 in der Tschechoslowakei geschehen ist. In den Augen der westlichen Welt hat

nicht die Liberalisierung im Osten Einfluß auf die DDR genommen, sondern die Auffassung Ulbrichts von der Anti-Liberalisierung hat in der sozialistischen Welt durch die Intervention in der Tschechoslowakei gesiegt.

Weiterhin besteht die Problematik, daß sich die Beziehungen innerhalb jeden Lagers verändern. Hier hat auf der westlichen Seite in den letzten Jahren eine große Entwicklung stattgefunden. Vor allem seit sich die französisch-amerikanischen Beziehungen wieder verbessert haben, gibt es eine Art Einheitsfront. Der freundschaftliche Abstand zwischen West-Europa und Amerika ist zwar kleiner, als er zwischen Frankreich und den USA bis 1968 war. Er ist jedoch größer, als er zur Zeit der Alleinregierung der CDU gewesen ist. Das heißt, die Bundesrepublik hat heute die Handlungsfreiheit, die sie schon seit Jahren besitzt, aber nicht anerkennen wollte, weil sie glaubte, sie hätte gegenüber den USA keine Handlungsfreiheit. Auf westlicher Seite ist also trotz der militärischen Sicherung durch Amerika ein politischer Spielraum vorhanden, der auf der östlichen Seite kaum besteht. Man weiß jedenfalls nicht, ob es auf dem Gebiet der Entspannung einen Spielraum für die polnische oder die ungarische Regierung gibt, so daß deren Politik sich von der jetzigen der Sowjetunion unterscheiden könnte.

Das soll im Hinblick auf die Beziehungen zwischen den Lagern nicht heißen, daß die Politik auf der westlichen Seite darauf abzielt, die östliche Staatenwelt von der Sowjetunion zu trennen. In dieser Hinsicht haben Frankreich und die Bundesrepublik bereits 1966 die gleiche Wahl getroffen: Man sieht, daß ohne die Sowjetunion nichts getan werden kann, daß man aber auch mit der Sowjetunion nichts tun kann, wenn sie selbst nichts tun will. Gegen die Sowjetunion jedoch gibt es keine Entspannungspolitik. Das bedeutete damals: De Gaulle fuhr zuerst nach Moskau, bevor er seine Reise nach Rumänien antrat. In diesem Sinne hat sich auch die Bundesregierung in ihren letzten Erklärungen geäußert, daß alle guten oder besseren Beziehungen zu Polen oder zu Rumänien nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, daß der Knotenpunkt in Moskau liegt.

Die Entspannungspolitik zwischen den Lagern läßt sich sowohl im Stil als auch im Inhalt betrachten. Im Stil könnte vieles leicht verbessert werden. Im Inhalt ist es viel schwieriger, da man nicht genau weiß, was man erreichen will und was man erreichen kann. Es ist einer der Hauptpunkte dieser Diskussion, uns zu fragen, was eigentlich inhaltlich verändert werden sollte. Am deutlichsten ist das noch zwischen den beiden Deutschland. Hier ist ungefähr zu erkennen, was die Bundesrepublik wünschen könnte, welche Dinge sich in den Beziehungen zur DDR ändern sollten. Das gleiche gilt für die andere Seite. Ob den Wünschen dann auch stattgegeben wird, ist eine andere Frage. Man kann sich aber vorstellen, was in menschlichen, wirtschaftlichen und anderen Beziehungen gewünscht wird. Viel schwieriger ist es, klarzustellen, was man in einer Globalentspannungspolitik erreichen möchte. In diesem Punkt halte ich mich zurück, um die Antwort der Diskussion zu überlassen.

Die Hauptfrage ist, warum Entspannungspolitik überhaupt gewünscht wird. Erst nach Beantwortung dieser Frage kann man untersuchen, was man sich darunter vorzustellen hat. In Europa möchten wir eine etwas weniger massive Gegenwart sowohl der Sowjetunion als auch der USA, obwohl wir uns bewußt sind, daß ihre Gegenwart Sicherheit bedeutet. Andererseits wünschen wir, daß beide etwa im Nahen Osten ihre Macht einsetzen, damit eine Lösung jenes Konfliktes erreicht wird; denn wir glauben, daß beide Großmächte mehr Friedensbringer als Friedensstörer sind.

Die Entspannungspolitik der beiden Großen in Europa läuft darauf hinaus, so nahe wie möglich am Status quo zu bleiben, denn Veränderungen bringen die Gefahr der Unruhe. Etwas überspitzt gesagt, besteht das Interesse der beiden darin, die Entspannung durch die Anerkennung des Status quo voranzutreiben und außerordentlich vorsichtig zu sein in allem, was Bewegung bringt, weil Bewegung neue Sorgen hervorruft, die man vermeiden will.

Die Sowjetunion hat jedoch seit dem Sommer 1968 einen weiteren Grund für eine Entspannungspolitik. Je mehr nämlich freundschaftliche Kontakte mit westlichen Ländern bestehen, desto eher kann man gegenüber den anderen sozialistischen Staaten sagen: "Seht, die Tschechoslowakei ist vergessen. Niemand wirft uns mehr vor, die 'Breschnjew-Doktrin' angewandt zu haben." Jede gute Beziehung zwischen Bonn oder Paris und Moskau ist - das sage ich aus tiefer Überzeugung - irgendwie ein Verrat an der Tschechoslowakei. Daß dieser Verrat zugunsten der Entspannung begangen werden muß, darüber kann man diskutieren. Es muß aber sehr offen gesagt werden, daß viele Menschen in Frankreich, in Deutschland oder in England einen Geschmack der Bitterkeit spüren, wenn von Entspannungspolitik und freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen Ländern, die in der Tschechoslowakei eingegriffen haben, die Rede ist.

Sommer

Wir sollten uns zwei Themenschwerpunkte setzen. Den einen bilden die deutschen Fragen: Anerkennung der DDR, Grenzfragen gegenüber Polen, Atomsperrvertrag und so weiter. Der andere wird durch ein Stichwort charakterisiert, das die politische Diskussion bereits bestimmt und im Jahre 1970 wohl noch weiter bestimmen wird: Europäische Sicherheitskonferenz. Dabei ist mir klar, daß die zwei Themen nicht völlig auseinanderzuhalten sind.

Ich möchte Sie bitten, sich nicht in terminologische Debatten über das zu verbeißen, was Entspannung ist. Vielleicht können wir uns darauf einigen, daß Entspannung nicht nur die Abwesenheit von Spannung bedeutet. In diesem Sinne gibt es heute eine relative Entspannung, verglichen etwa mit 1958, als die Berlinkrise begann, oder verglichen mit der Zeit der Mauerkrise von 1961. Die Art von Entspannung, über die wir uns unterhalten, ist mehr als nur ein Fehlen von Spannung. Sie ist eine Koexistenz mit zunehmend kooperativen Zügen. Wir sollten uns also die Frage stellen: Was stört und hemmt eigentlich die Entspannung in diesem weiteren Sinne?

Liegt in der heutigen Situation die Störung in der deutschen Frage? Oder besteht sie in jener Asymmetrie der Ideologien, die es dem einen Block offensichtlich nahelegt, die Entspannung nicht auf die Innenpolitik übergreifen zu lassen, weil das strukturpolitische Risiken birgt? Das veranlaßt die Vormacht des Ostblocks, an ihrem Hegemonialanspruch in einer Weise festzuhalten, wie das für die westliche Vormacht, die Vereinigten Staaten, nicht zutrifft. Als Frankreich aus der NATO praktisch ausscherete, knirschten die Amerikaner lediglich mit den Zähnen. Obwohl die Tschechoslowakei in der Praxis nicht so weit gegangen ist, fand eine Intervention statt. Wie weit hemmt also diese Asymmetrie des Entspannungsverständnisses der Ideologien die Entspannung?

Ist nun die Anerkennung des außenpolitischen Status quo ohne eine gleichzeitige Auflockerung des inneren Status quo möglich? Sie hat bei uns - wie Herr Grosser sagte - bereits begonnen, während man auf der anderen Seite noch darauf warten muß.

Zur europäischen Sicherheit stellt sich weiterhin die Frage: Was könnte sie fördern - wenn sie uns überhaupt noch bedroht erscheint? Wird sie durch die Zementierung des Garnisonprinzips, wie wir es heute haben - etwa acht ausländische Divisionen in der Bundesrepublik und zweiundzwanzig in der DDR;- , oder gerade durch die Ablehnung dieses Prinzips und eine sofortige Auflösung der Pakte gefördert? Oder kann die Sicherheit durch eine allmähliche Annäherung auch im militärischen Bereich gefestigt werden? Welche Denkmodelle gibt es dafür?

In diesem Zusammenhang muß weiter gefragt werden: Gibt es Vorbedingungen für die Entspannung, entweder im Sinne von Vorleistungen, welche die eine Seite oder die andere erbringen müßte, oder im Sinne von Übereinkünften über den Weg, das Ziel zu erreichen? Soll die Aufgabe durch eine einmalige internationale Akte gelöst werden, oder läßt man sich auf einen langfristigen Prozeß ein?

In der Diskussion wären weiterhin die verschiedenen Ebenen zu bedenken, auf denen sich diese Vorgänge abspielen. Ich sehe drei Ebenen. Einmal die der beiden Supermächte, auf der sich in Helsinki einiges angebahnt hat. Die zweite Ebene ist die europäisch-europäische, auf der die westliche Hälfte Europas mit der östlichen politisch, militärisch und wirtschaftlich konfrontiert ist. Drittens meine ich die deutsch-deutsche Ebene.

Ich möchte zunächst Herrn Staatssekretär Ahlers, der uns wegen dringender Geschäfte in Bonn gleich wieder verlassen muß, bitten, zum Thema Stellung zu nehmen.

Ahlers

Wenn man gerade aus Holland kommt, weiß man es zu würdigen, daß in dem Referat von Herrn Grosser Deutschland einmal nicht auf der Anklagebank sitzt. Die Erfahrungen zeigen uns, daß Entspannungspolitik gerade von den gefühlsmäßigen Realitäten nicht abstrahiert werden kann. Der wahrscheinlich von uns allen als bedrückend empfundene enge Spielraum jeder Entspannungspolitik wird auch von den psychologischen Realitäten in Europa stark beeinflusst. Wenn man "echte" Fortschritte erzielen will, muß man sich auf allen Seiten bemühen, diese gefühlsmäßigen Belastungen und die Rückstände aus der Vergangenheit aufzuarbeiten. Wir wissen alle, daß das sehr lange Zeit braucht.

Ich möchte den Satz von Herrn Grosser unterstreichen, daß uns alle alles angeht. Denn die Selbstgerechtigkeit, die nicht nur in den sozialistischen, sondern auch in den westlichen Ländern eine große Rolle spielt, verführt uns zu der Auffassung, uns gehe nur das etwas an, was auf der anderen Seite geschieht. Was dagegen uns selbst betrifft, darum kümmern wir uns allein; und wenn es jemand anders tut, so halten wir das für eine unerlaubte Einmischung.

Sehr amüsiert hat mich der Hinweis auf die Kontinuität der Pompidouischen Politik. Auch in unserer Regierungserklärung steht das Motto "Kontinuität und Erneuerung". Ich leugne nicht, daß es bei uns ebenfalls einige Fetische der Kontinuität gibt, und zwar, genau wie in Frankreich, aus innenpolitischen Gründen. Wir leben in einem Staat, in dem innenpolitisch ein nahezu totales Gleichgewicht der Kräfte herrscht. Ein solches Gleichgewicht hat auch seine Vorteile. Es ist nämlich Ausdruck ungewöhnlicher innerer Stabilität. Der Nachteil liegt darin, daß bei einem Gleichgewicht der Kräfte die fortschrittlichen Möglichkeiten geringer sind, weil die Gefahr besteht, sich zu keinem nach vorne gerichteten Entschluß mehr aufraffen zu können.

Für die deutsche Ostpolitik sind jedoch, wenn man die Entwicklung seit 1966 betrachtet, Erneuerung und Kontinuität nahezu identisch. Die Weichen in der Beziehung zu Polen, auch im Hinblick auf die Oder-Neiße-Grenze, sind bereits im Dezember 1966 gestellt worden. Der Wahlkampf hat aber meiner Meinung nach nicht gezeigt, Herr Grosser, daß wir keine gemeinsame Ostpolitik in diesem Sinne betreiben. Die Basis dafür ist in der Bundesrepublik, abgesehen von gewissen Extremen in den beiden großen Parteigruppierungen, sicher noch weitgehend vorhanden. Das setzt natürlich jeweils eine Verständigung über die einzelnen kleinen oder großen Schritte voraus. Sie kann nur in dem Versuch liegen, das nationale Interesse gemeinsam zu definieren. Das ist wohl schwierig, aber auf diese Formel können sich die vernünftigen Leute in beiden Lagern anhand aktueller Situationen relativ schnell einigen.

So wird es sich hoffentlich auch mit der schöpferischen Phantasie der Juristen verhalten, wenn es darum geht, eine Formel für die Anerkennung oder Respektierung der Oder-Neiße-Grenze in den nächsten Monaten oder Jahren zu finden. Das gilt letztlich auch für unsere Beziehungen zur DDR und die sich daraus ergebenden Folgen für das Bild Deutschlands in seinen Teilen und als Ganzes in der Welt.

Es ist sicher ein Fetisch der Kontinuität, daß wir die gegenwärtige Situation mit der DDR nicht einfach hinnehmen oder gutheißen können, weil es hier um das entscheidende Recht eines Volkes im modernen völkerrechtlichen Zusammenleben geht, nämlich um das Recht auf Selbstbestimmung. Niemand kann vom deutschen Volke verlangen, auf dieses Recht für alle Zeiten zu verzichten. Das darf und soll uns aber nicht daran hindern, die Anerkennung der Realitäten im eigentlichen Sinne des Wortes zu verstehen. Anerkennung bedeutet ja nicht das Gutheißen von Realitäten, sondern die Hinnahme von Tatsachen, damit man sich in der Welt, wie sie nun einmal ist, zurechtfindet.

Hier werden wir sicher noch große Fortschritte erzielen können, vorausgesetzt, daß auch die andere Seite in der Lage ist, die Realitäten zu akzeptieren. Damit meine ich vor allem die Zugehörigkeit Westberlins zum Westen beziehungsweise zur Bundesrepublik. Das ist, jedenfalls was das erste anbelangt, für uns eine Selbstverständlichkeit - und es wird letztlich auch vom Osten nicht bestritten. Aber auch die DDR und die anderen östlichen Regierungen müssen das als Realität anerkennen. Eine Verbesserung der Lage in Mitteleuropa ist nur dann möglich, wenn die DDR selbst bereit ist, Entspannungspolitik zu betreiben.

Herr Grosser hat mit Recht einen Unterschied zwischen Stil und Inhalt der Entspannungspolitik gemacht. Inhaltlich ist die Entspannungspolitik für mich der Ausdruck des Friedenswunsches in einer Welt ohne Frieden. Die Völker fühlen instinktiv und ihre politischen Eliten wissen es genau, daß es um den Frieden nicht gut steht und wir vermutlich noch lange Zeit in einer relativ friedlosen Welt werden leben müssen. Um auch nur Teilbezirke des Friedens zu finden, wünscht man eine Entspannungspolitik, von der man aber weiß, daß sie kein Ersatz für den Frieden sein kann.

Was den Stil der Entspannungspolitik anbelangt, so stelle ich mit Besorgnis fest, daß Entspannung häufig nicht nur von westlicher, sondern vor allem auch von östlicher Seite als ein offensiver Propagandabegriff benutzt wird. Wir haben es hier manchmal mit gewissen Analogieerscheinungen zur östlichen Friedenspropaganda in den fünfziger Jahren zu tun. Der Versuch, die Entspannungsgefühle und die Entspannungswünsche in Europa als ein politisches Propagandamittel zu mißbrauchen, ist aber jeder echten Entspannung abträglich.

Solange wir zu keinen Friedensregelungen in Europa kommen können, muß man sich in den praktischen politischen Beziehungen weitgehend von Nützlichkeitsbetrachtungen leiten lassen. Trotzdem sollte man auch auf die Gefühle und die Ideale der Menschen Rücksicht nehmen und sie als ein dynamisches Element, das die Dinge neben den reinen Machterwägungen vorantreibt, in die Politik einsetzen. Es kann der Entspannung durchaus förderlich sein, wenn Teilregelungen, die auf solchen Nützlichkeitsbetrachtungen beruhen, erzielt werden, damit eine generelle Verbesserung der Beziehungen entweder multilateral oder auch bilateral erreicht werden kann.

Man darf sich keine Illusionen über die Möglichkeiten der Entspannung machen, die wir in absehbarer Zeit in Europa erzielen können. Auch ich halte hier den Spielraum für verhältnismäßig klein. Dennoch bin ich nicht pessimistisch, sondern eher optimistisch - vorausgesetzt, daß keine großen welterschütternden Ereignisse, die wir nicht voraussehen können, eintreten. Denn die Analyse einer europäischen Entspannungspolitik zeigt, daß alle daran beteiligten Regierungen ein gemeinsames Ziel haben, nämlich die Pazifizierung des gegebenen Status quo. Jeder weiß, daß sich der Status quo zwar langsam verändert - manchmal gibt es Fortschritte, manchmal Rückschritte;- , daß man ihn aber im wesentlichen und besonders in kurzer Zeit nicht grundlegend verändern kann und, was entscheidend ist, ihn auch gar nicht verändern will. Statt dessen will man ihn pazifizieren und die Verhältnisse erleichtern, die sich aufgrund des Status quo ergeben haben.

Was nun die Bundesregierung angeht, so bin ich befugt, Ihnen zu sagen, daß es auch das Ziel der deutschen Politik ist, den Status quo zu pazifizieren, natürlich in erster Linie innerhalb Deutschlands, aber auch an den deutschen Grenzen. Man will auf diese Weise einerseits generell zu einer europäischen Entspannung beitragen und andererseits speziell die Beziehungen der Bundesrepublik auch zu den osteuropäischen Staaten verbessern - etwa so, wie es uns in unserem Verhältnis zu den westlichen Nachbarvölkern gelungen ist. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn beide Seiten Zugeständnisse machen.

Mit einer gewissen Besorgnis sehe ich immer wieder, daß nicht nur die Regierung in Ostberlin, sondern auch die Regierungen anderer osteuropäischer Staaten - in erster Linie natürlich der Sowjetunion - der Ansicht zu sein scheinen, daß allein die Bundesregierung Zugeständnisse machen müsse. Offensichtlich ist die andere Seite oft nicht einmal bereit, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen oder in Rechnung zu stellen, daß es in diesem Bereich auch legitime Interessen der Bundesrepublik gibt. Damit in einer so begrenzt angesehenen Entspannungspolitik Fortschritte erzielt werden können, müssen sich alle Beteiligten darüber klar werden, daß man dies nicht einseitig zu Lasten eines Staates durchführen kann. Wenn sich aber diese Bereitschaft zu Zugeständnissen einstellen sollte - und hin und wieder hört man ja auch erfreuliche Töne von Seiten anderer Regierungen;- , dann werden wir in absehbarer Zeit, was bei mir immer ein Zeitraum von zwei bis drei Jahren heißt, Fortschritte erzielen.

Rasch

Die Bundesregierung hat nunmehr offiziell anerkannt - und ich halte das für einen Fortschritt;- , daß es zwei deutsche Staaten gibt. Sie hat aber ausdrücklich die völkerrechtliche Anerkennung der DDR abgelehnt. Ich bin der Ansicht, daß das nicht glücklich war.

An dem ehrlichen Wollen der Bundesregierung, vorwärtszukommen, besteht kein Zweifel, und wir sollten sie so weit wie möglich unterstützen. Wir sollten aber auch offen Kritik üben. Man sagt: Wir dürfen nicht zugeben, daß die DDR für uns Ausland ist. Warum eigentlich nicht? Österreich ist ein deutsches Land, die deutsche Schweiz gehört zum deutschen Kulturbereich, aber beide sind rechtlich selbständige Staaten.

Wir selbst behandeln die DDR seit Jahren in vieler Hinsicht als Ausland, beispielsweise wenn wir Geheimnisverrat wittern und verfolgen - ein Tatbestand, der nur im Verhältnis zwischen In- und Ausland, nicht aber etwa zwischen Hamburg und Hessen denkbar ist. Was soll aber vor allem das Herumreiten auf rein rechtlichen Begriffen? Die Unterscheidung zwischen In- und Ausland oder Irgendeinem Zwischending ist ein geradezu klassisches Beispiel einer querelle d'Allemand, einer müßigen Streitfrage, aus deren Behandlung in dem einen oder anderen Sinn sich praktisch nichts ergibt.

Wenn wir jetzt endlich den Schritt getan haben, die Staatlichkeit der DDR anzuerkennen, dann sollten wir uns an den letzten Konsequenzen nicht stoßen. Anerkennung besagt nichts anderes als volle Respektierung, und diese kann und muß die DDR meines Erachtens verlangen. Sie will völkerrechtlich ernst genommen werden. Wenn wir diesem Wunsch entsprechen, ist das keine Zumutung, sondern eine Selbstverständlichkeit; dafür können wir keine Gegenleistung fordern.

Natürlich wäre es wünschenswert, wenn sich die Verhältnisse in der DDR und überhaupt im Osten allmählich liberalisierten. Aber das kann nur in einem langsamen Prozeß, der sich über Jahre hinaus erstrecken wird, vor sich gehen, während die völkerrechtliche Anerkennung ein einmaliger Akt ist. Diese beiden Fragen können nicht unmittelbar im Verhältnis von Leistung und Gegenleistung miteinander verkoppelt werden.

Sommer

Es handelt sich nicht nur um eine querelle d'Allemand. Die Frage ist doch: Was nützt der Entspannung mehr, die sofortige und totale völkerrechtliche Anerkennung oder eine Anerkennung de facto, wie sie die jetzige Bundesregierung im Sinn hat?

Bender

Ich halte die völkerrechtliche Anerkennung der DDR für einen notwendigen Schritt. Man muß der Bundesregierung hierbei allerdings einen Rest von Taktik konzedieren. So gesehen, kann die Bundesrepublik zumindest in Europa den Zugang der DDR in die internationale Politik bis zu einem gewissen Grade noch sperren.

Es ist zu überlegen, ob es sinnvoll ist, diesen taktischen Trumpf auszuspielen, ohne zuvor zum Beispiel einige Sicherungen in bezug auf Westberlin zu erhalten. Herr Grosser gebrauchte die Formulierung: Realität gegen Realität. Von da aus müßte man an dieses Problem herangehen. Bevor derartige Fragen nicht geklärt sind, sollte die Bundesregierung ihre taktische Position halten. Die rechtlichen Spielereien dagegen, da teile ich die Auffassung von Herrn Rasch, haben wenig Sinn. Das sind wahrscheinlich übertriebene innenpolitische Rücksichten.

Kiep

In der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR - eine andere gibt es meiner Ansicht nach nicht - ist das, was wir im Augenblick tun, ein Gemisch aus Feigheit und Geiz. Ich halte den Weg, den man jetzt teilweise in der Regierung zu gehen scheint, nämlich durch Dritte sozusagen vollendete Tatsachen schaffen zu lassen, die einem selber keine Möglichkeit mehr geben auszuweisen, nicht für unbedingt richtig.

Wir sprechen hier über die Ursachen der Spannungen, die wir beseitigen wollen. Wie Herr Grosser erwähnte, rührt ein großer Teil dieser Spannungen nicht aus dem Ost-West-Verhältnis her, sondern aus den Gegebenheiten im Osten selber. Denn der 21. August 1968 hat doch deshalb Grenzen der Entspannungsmöglichkeiten deutlich gemacht, weil die Hoffnung auf eine allmähliche Liberalisierung, also auf einen Abbau der Spannungen im östlichen Lager, durch die Intervention zunächst einmal enttäuscht worden ist.

Wir müssen davon ausgehen, daß die derzeitige sowjetische Führung mit ihrer Politik der Breschnjew-Doktrin den Versuch machen will, diesen spannungsgeladenen Zustand im Interesse der Erhaltung ihres Machtbereiches zu konservieren. Daher leisten wir zu diesem Zeitpunkt durch eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR der Entspannung keinen Dienst, sondern bestätigen und legalisieren diesen Zustand.

Im übrigen mißachten wir, wie Herr Ahlers sagte, das Recht und die Verpflichtung, uns jederzeit auch um die Entwicklung in anderen Ländern, insbesondere im anderen Teil Deutschlands, mit zu kümmern. Es geht uns im Grunde nur um eine Veränderung der Situation der Menschen in diesem Gebiet und damit um den Abbau von Spannungen. Das sehe ich durch den Akt einer Anerkennung nicht gefördert. Dabei will ich jetzt nicht auf die Fragen eingehen, die sich für Berlin durch einen solchen Schritt ergeben würden.

Damm

Die neue Bundesregierung spricht von zwei deutschen Staaten; es sei im Grunde auch kein unfreundlicher Akt mehr, wenn die "DDR" von anderen Staaten anerkannt werde. Damit hat sich die Bundesregierung leider in einen Zugzwang gesetzt; denn sie selbst hat nun so gut wie gar keinen Einfluß mehr auf das, was in dieser Richtung geschieht. Insofern ist es konsequent, Herr Rasch, wenn Sie sagen: Warum will man eigentlich den Schritt der Anerkennung nicht ganz vollziehen?

Ich bin mit der CDU/CSU, die in dieser Frage gegen die Regierungserklärung opponiert hat, der Meinung, daß die Anerkennung die Entspannung nicht voranbringt. Angenommen, Bundesrepublik und "DDR" würden tatsächlich wie Ausland zueinander sein, dann könnte die "DDR" die Forderung nach Auslieferung stellen, wenn wieder einigen Menschen die Flucht über die Grenze gelänge. Denn zwischen der Bundesrepublik und der "DDR" könnte ja nach der Anerkennung ein Auslieferungsvertrag abgeschlossen werden, wie dies auch zwischen anderen selbständigen Staaten der Fall ist. Heute hat jeder, der von drüben kommt, die deutsche Staatsbürgerschaft, genau wie wir in der Bundesrepublik. Das ist ein Grund, die "DDR" nicht anzuerkennen.

Außerdem sehe ich in der völkerrechtlichen Anerkennung die Gefahr einer indirekten Entlassung der vier Mächte aus ihrer Verantwortung für Gesamtdeutschland. Das würde besonders für Westberlin negative Folgen haben.

Sommer

Besteht die eigentliche Ursache der Spannung in Deutschland in der Nichtanerkennung der DDR durch die Bundesrepublik oder in der Entspannungsunwilligkeit der DDR?

Birnbaum

Ich sehe das Junktim zwischen Anerkennung und Entspannung anders. Ich betrachte es als ein subtiles diplomatisches Druckmittel, und als solches erscheint es mir problematisch.

Einerseits hat die neue westdeutsche Regierung recht deutlich zu erkennen gegeben, daß sie darum bemüht ist, auch der ostdeutschen Seite klarzumachen, sie wolle die jetzigen Machtstrukturen und das politische System im östlichen Teil Deutschlands respektieren. Das soll der DDR das Gefühl der Sicherheit geben und es ihr erleichtern, der Entspannung einen größeren Spielraum zu lassen. Andererseits versucht man aber in Bonn, die Anerkennungsfrage als Druckmittel zu benutzen, um die ostdeutschen Machthaber entspannungsfreundlicher zu stimmen. Hier besteht meiner Meinung nach ein Widerspruch in der Regierungspolitik.

Wenn man von Entspannung spricht, muß man sich darüber klarwerden, daß es dabei um verschiedene Dinge geht. Einmal sollen die Bedrohungsvorstellungen der breiten Massen reduziert werden, die in vielen Staaten, besonders im Osten bestehen, wenn sie auch manchmal künstlich hochgezüchtet werden. Man spricht von der Bedrohung der Sicherheit und des europäischen Friedens. Dahinter versteckt sich dann aber häufig das Gefühl einer Bedrohung nationaler Interessen. So ist auf polnischer Seite oft die Rede von einer Bedrohung der europäischen Sicherheit, und dabei meint man spezifische nationale polnische Interessen, nämlich die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Das mag auch ein europäisches Interesse sein - ich persönlich empfinde es so;- , aber man sollte hier prinzipiell einen Unterschied machen.

Schließlich gibt es eine Bedrohungsvorstellung, die sich auf die Machtvorstellung herrschender Führungsgruppen bezieht. Dabei komme ich auf die inneren Verhältnisse in den osteuropäischen Ländern zurück. Wenn man die Entspannung fördern will, muß man dafür sorgen, daß auch diese Bedrohungsvorstellungen so weit wie möglich eliminiert werden. Ich weiß allerdings nicht, ob dafür die sofortige und bedingungslose völkerrechtliche Anerkennung der DDR das beste Mittel ist.

Grosser

Ich bin nicht der Meinung, Herr Birnbaum, daß es einen Widerspruch in der Außenpolitik der Bundesrepublik gibt. Hier geht es vielmehr um eine Wette: "Je vollständiger wir die Anerkennung aussprechen, um so größer wird die Selbstsicherheit der DDR, die diese veranlaßt, 'offener' zu sein". Das ist eine Wette; denn nichts beweist, daß dies so sein wird. Die Reaktion kann auch anders sein: "Jetzt haben wir, was wir wollen, und können in derselben Richtung und auf dieselbe Art weitermachen".

Kiep

Ich möchte den Wettcharakter unterstreichen, soweit er die Deutschlandpolitik der jetzigen Regierung im Hinblick auf Drittländer und ihr Verhältnis zur DDR betrifft. Er wird dann besonders deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß innerhalb der Regierungskoalition zu diesem Thema unterschiedliche Meinungen gerade im Bundestag geäußert wurden. Während die SPD der Ansicht ist, daß die Anerkennung der DDR durch Drittstaaten uns nicht förderlich sei, hält die FDP eine solche Anerkennung sogar für entspannungsfördernd.

Schultz

Ich glaube nicht, daß die Unterschiede zwischen den Regierungsparteien so groß sind, Herr Kiep. Die FDP ist allerdings der Ansicht, daß eine Anerkennung der DDR durch dritte Staaten der Entspannung förderlich sein kann. Immer, wenn es zu einer solchen Anerkennung durch dritte Staaten kommt, werden wir vor die Frage gestellt, was wir tun sollen. Rufen wir dann unseren Botschafter zurück, oder bleiben wir da? Diese Frage muß einmal entschieden werden, wobei ich der Meinung bin, daß wir bleiben müssen, damit die Deutschen in der Verschiedenheit, in der sie jetzt leben, insgesamt vertreten sind.

Zur Zeit wird die DDR durch die Bundesrepublik respektiert; weiter ging ja auch die Forderung des Budapester Appells nicht. Es wäre der Entspannung außerordentlich dienlich, wenn sich die DDR von sich aus kooperativ verhalten würde. Ein solches Verhalten würde erleichtert, wenn die DDR gegenüber der Dritten Welt nicht mehr um ihre Anerkennung kämpfen müßte. Die Entwicklung wird

schließlich dahin gehen; denn die Feststellung in der Regierungserklärung, daß es auf deutschem Boden zwei Staaten gibt, weist den Weg.

Sänger

Das Reden um Anerkennung oder Nichtanerkennung erschwert uns eine politische Lösung. Das betrifft sowohl die Frage der Wiedervereinigung als auch das Verhältnis der Bundesrepublik zu Polen. Wir müssen über die erwähnten Besorgnisse reden, zum Beispiel über die Furcht, die sich auf unserer Seite in dem Satz äußert: "Die Russen kommen". Auf der anderen Seite zeigt sich diese Furcht in der Frage: Was geschieht - und dabei blickt man auf unsere Vergangenheit - mit der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Potenz Deutschlands, wenn es wieder vereinigt wird?

Gräfin Dönhoff

Das Verhältnis zum anderen Deutschland hat für uns sowohl einen außen- als auch einen innenpolitischen Aspekt. In außenpolitischer Hinsicht dürfen wir nicht vergessen, daß beide Deutschland Vorposten von Supermächten sind, die sich an dieser Nahtstelle gegenüberstehen.

Der innenpolitische Aspekt scheint mir mit psychologischen Momenten belastet zu sein, stärker, als sich das vielleicht jemand, der die Dinge von außen betrachtet, vorstellen kann. Das trifft immer dann zu, wenn man sich mit den Problemen anderer beschäftigt. So fragt man sich beispielsweise: Warum können sich die Araber und die Israelis nicht vertragen? Beide könnten davon ungemein profitieren. Dasselbe gilt für den Streit zwischen Indien und Pakistan, der seit 15 Jahren um Kaschmir geht.

Es gibt innenpolitisch immer ein qualitatives Moment, das Dritte nicht ohne weiteres verstehen können. Wenn ich mir vorstelle, daß seit 1961 kein Monat vergangen ist, an dem nicht jemand in dem Grenzstreifen oder an der Mauer von der Volkspolizei erschossen wurde; wenn ich lese, wie in der DDR die Wehrtüchtigung der Jugend vom Zehnjährigen an propagiert wird, dann kann ich dies alles nicht einfach als normal ansehen, so wie ich etwa Bayern als normalen Staat anerkennen würde, wenn es von uns abgetrennt wäre.

Da also das Psychologische eine große Rolle spielt, halte ich es politisch für grundfalsch, jetzt plötzlich einen großen Sprung zu machen - zumal er vermutlich doch zu nichts führt. Die eigentliche Veränderung in der Politik der Bundesrepublik hat bereits während der Großen Koalition begonnen. Schon damals bestand bei uns die ausdrückliche Bereitschaft, auf allen Ebenen mit der DDR zu verhandeln. Dennoch erfolgte keine Reaktion von drüben. Ich befürchte, daß wir auch dieses Mal nicht weiterkämen. In diesem Prozeß von kleinen zu mittleren und zu großen Schritten müßte aber irgendwann eine Verbesserung für unsere Landsleute in der DDR zu sehen sein. Sonst können wir das in unserem Lande nicht verständlich machen.

Schierwater

Die Ostberliner Reaktion auf die Regierungserklärung von Willy Brandt hat gezeigt, daß man eben nicht bereit ist, eine Politik der kleinen Schritte zu verfolgen, sondern von Maximalforderungen ausgeht. Dabei muß man berücksichtigen, daß die DDR kein nationalkommunistischer Staat ist, sondern sich - wie es in ihrer Verfassung heißt - als ein Staat unter dem Dach eines größeren nationalen Verbandes versteht. Dagegen haben die anderen ausgesprochen nationalkommunistischen Staaten den Versuch unternommen, Nation und Kommunismus in einer Art Symbiose zu vereinen.

Diese Tatsache bindet die DDR enger an die Rockschoße der Sowjetunion - teilweise sehr zum Unwillen einiger anderer osteuropäischer Staaten, wofür der 21. August 1968 ein Beispiel ist.

Wenn man von Entspannung redet, wird man sich von einer Anerkennung per se wenig versprechen können. Die Notwendigkeit anzuerkennen, wird sicher eines Tages kommen; die Frage ist nur - und da gilt es, machtpolitisch zu denken;- , zu welchem Zeitpunkt man dieses Problem in die Diskussion bringt. Der Versuch, die Anerkennungsfrage isoliert als ein zwischen den beiden deutschen Staaten bestehendes Problem zu sehen, verfehlt seinen Zweck. Sie muß im großen Kontext verstanden und unter anderem mit der Europäischen Sicherheitskonferenz gekoppelt werden. Eines Tages mag der Zeitpunkt kommen, daß auf einer do-ut-des-Basis auch die deutsche Frage im Sinne einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR zur Diskussion gestellt wird.

Von Herrn Bender wurde die Berlin-Frage angesprochen, wenn auch taktisch etwas an den Rand geschoben, während ich sie stark in den Vordergrund stellen würde. Berlin kann in den siebziger Jahren angesichts einer möglichen Reduzierung amerikanischer konventioneller Präsenz in Europa, wenn nicht objektiv, so doch subjektiv, in eine etwas schwierige Situation kommen. Daher gilt es,

Berlin nach Möglichkeit in einem Paketangebot des Westens zu verankern, in dem der anderen Seite diese deutsche Frage offeriert wird.

Meunier

Wenn für die Bundesrepublik aus der Frage einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR überhaupt noch etwas herauszuholen ist, dann nur, um Erleichterungen hinsichtlich Westberlins in dieser oder jener Form daran zu knüpfen. Ich möchte vor der Illusion warnen, weitergehende Erwartungen aus einem Anerkennungsgeschäft zu hegen.

Gerade was Berlin betrifft, frage ich mich, warum die DDR nicht einmal einen ganz anderen Weg geht. Da die Bundesregierung offenkundig bereit ist, auch mit der DDR bilateral über Gewaltverzicht zu sprechen, könnte am Ende einer solchen Verhandlungsrunde, die unter anderem auch Westberlin einschließen wird, von der DDR die Frage nach der völkerrechtlichen Anerkennung gestellt werden. Sollte man mit Verhandlungen jemals so weit kommen, wird meines Erachtens der Bundeskanzler die Unterschrift nicht verweigern können.

Mates

Ich bin wie Herr Grosser der Meinung, daß die inneren Geschehnisse in den anderen Ländern uns alle angehen und sie für die internationalen Beziehungen ausschlaggebend sind. Man kann aber nicht behaupten, daß nur dann zwischen zwei Staaten gute Beziehungen bestehen, wenn man alles oder das meiste billigt was in dem anderen Staate geschieht. Glücklicherweise bestanden und bestehen gute Beziehungen auch zwischen Staaten, in denen die inneren Verhältnisse gegensätzlich sind, ohne daß dies die internationalen Beziehungen vergiftet.

Von Bedeutung sind nur solche inneren Vorgänge, die auf der anderen Seite unter dem Gesichtspunkt der nationalen Sicherheit ein Bedrohungsgefühl hervorrufen. Nun ist es aber unmöglich, einem Staat vorzuschreiben, was er als Bedrohung betrachten soll und was nicht. Denn das Bedrohungsgefühl ist eine subjektive Sache, die von der anderen Seite nicht beeinflussbar ist. Man kann nicht sagen: Wir verbieten Ihnen, daß Sie das, was wir tun, als Bedrohung ansehen. Bedrohungsgefühle sind Realitäten. In diesem Sinne haben die Widrigkeiten eine internationale Bedeutung.

Ich möchte zuerst über die deutsche Frage sprechen. Ich kann mir vorstellen, daß die inneren Vorgänge in dem einen deutschen Staat auf den anderen einen größeren politischen Einfluß haben, als wenn sie sich in nichtdeutschen Staaten ereignen würden. Es ist legitim, daß sich zwei Staaten, die derselben Nation angehören, auch als eine Einheit zu verstehen versuchen. Gegensätze im Inneren, die eine solche Übereinkunft verhindern, können auf die Beziehungen zwischen den beiden Staaten einen Einfluß haben.

Die Anerkennung der DDR kann man unter zwei Aspekten betrachten. Da ich kein Deutscher bin, interessiert mich nicht nur der interne deutsche Gesichtspunkt, von dem die meisten gesprochen haben, sondern mehr der Aspekt einer internationalen Anerkennung. Dabei geht es mir um die Eingliederung der DDR in das internationale Leben.

Eine Methode der Nicht-Anerkennung kann darin bestehen, daß man es den befreundeten Staaten schwer macht, mit der DDR normale Beziehungen anzuknüpfen, die DDR in internationale Organisationen aufzunehmen und so weiter. Ich halte jedoch die Eingliederung der DDR und auch der Bundesrepublik in die Vereinten Nationen für sehr wichtig.

Solange die DDR daran gehindert wird, am internationalen Leben teilzunehmen, verurteilt sich auch die Bundesrepublik dazu, völkerrechtlich und völkerpolitisch eine zweitklassige internationale Stellung einzunehmen. Im gewissen Sinn befinden sich beide deutsche Staaten in einem internationalen Ghetto. Das geht uns alle an; denn dieser Tatbestand scheint mir nicht ungefährlich zu sein. Unter diesem Gesichtspunkt sollte man auch die Frage sehen, was die Bundesrepublik durch die Anerkennung der DDR gewinnen kann.

Herr Sommer hat die Frage gestellt, ob es in der DDR einen Widerstand gegen die Entspannung gäbe. Es ist nicht wahrscheinlich, daß es bei irgendeiner Regierung einen solchen Widerstand an sich gibt, sowenig wie es wohl jemals einen Regierungs- oder Staatschef gab, der einen Krieg als solchen wollte. Man will bestimmte Ziele erreichen. Bei der Entspannung geht es um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen zwei Staaten. Diese Staaten treiben Außenpolitik, und das Problem ist, wie sie mit ihren nationalen Interessen übereinkommen. Es gibt also keine absolut negativen Haltungen gegen Entspannung, sondern es handelt sich jeweils um widersprüchliche Interessen und Interesseninterpretierungen.

Wie wird aber in einer solchen Situation konkret gehandelt? Die eine Seite will die andere in eine bestimmte Richtung lenken. Man macht aber gerade das Gegenteil von dem, was dazu erforderlich wäre. Man sagt zum Beispiel: Wenn die NPD in den Bundestag gekommen wäre, hätte es der Entspannung geschadet. Was hat Osteuropa aber dazu beigetragen, damit die NPD weniger Stimmen erhielt? Man hat vielmehr durch sein Verhalten fast das Entgegengesetzte getan.

Sommer

Ich halte Ihre Unterscheidung für besonders bemerkenswert, Herr Mates. Sie sagten, das deutschdeutsche Verhältnis sei einerseits ein innerdeutsches Problem - wie Bonn sich mit Ostberlin arrangiert. Andererseits sei es ein internationales Problem, und zwar wie die DDR in das internationale Leben eingegliedert werden kann.

Mates

Und die Bundesrepublik! Ich sprach von beiden Staaten.

Sommer

Sie gingen aber von der DDR aus. Die Bundesrepublik ist ja praktisch bereits eingegliedert.

Mates

Nein, das gilt für beide deutsche Staaten!

Kiep

Die Bundesrepublik ist Mitglied aller UN-Organisationen. Die Mitgliedschaft der DDR in der UNO würde nach meiner Meinung nicht zu einer Entspannung beitragen, weil dann die Kommissionen der UNO zum Schauplatz des Kampfes der DDR gegen die Bundesrepublik werden würden. Man denke nur daran, daß der UN-Kommission vor einigen Jahren die Einreise in die DDR wegen der freien Wahlen verweigert wurde. Man würde auch den Beitrag der Bundesrepublik in diesen Organisationen gefährden.

Schultz

Auch die Bundesrepublik ist bisher noch kein Vollmitglied in der UNO. Wir haben einen Beobachterstatus und damit allerdings viel mehr Gewicht als die DDR. Auf die Dauer wäre es dem Weltfrieden sicher förderlich, wenn die beiden deutschen Staaten in dieser Organisation stärker verankert würden, als sie es augenblicklich sind.

Ich kann Ihre Befürchtung nicht teilen, Herr Kiep, daß die UNO dann der Schauplatz der deutschen Querelen würde. Das Gegenteil kann der Fall sein: Die Öffentlichkeit der Welt könnte beide deutsche Staaten veranlassen, darüber nachzudenken, daß ein Mehr an Übereinstimmung und die Bemühung um eine Beilegung von Streitfragen den Interessen beider deutscher Teilstaaten förderlicher wären. Aber das kann nur ein Ziel der Politik für die Zukunft sein. Ostberlin müßte jetzt eine Geste erkennen lassen. Und ich möchte fragen, was unsere osteuropäischen Freunde tun können, um in der DDR ein freundlicheres Klima für Verhandlungen mit der Bundesrepublik zu schaffen.

Schuster

Ich stimme Ihnen zu, Herr Mates, daß es in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten darauf ankommt, die Eingliederung in das internationale Leben zu erreichen. Ich möchte allgemeiner sagen: Es kommt auf eine Normalisierung im weitesten Sinne an, die - auch darin stimme ich Ihnen zu - keineswegs nur die beiden deutschen Staaten betrifft, sondern auch alle anderen etwas angeht.

Um auf das zurückzukommen, was Herr Rasch sagte: Es ist in den letzten Jahren eine Lieblingsbeschäftigung der deutschen Juristen und Publizisten geworden, die subtilsten Unterscheidungen zwischen staatsrechtlicher und völkerrechtlicher Anerkennung zu treffen. Diese Bemühungen waren nicht ganz unnütz, aber man sollte sie nicht überschätzen.

Wichtiger als solche Unterscheidungen erscheint mir die Verbindung zwischen der nur formalen völkerrechtlichen Etikettierung und Legitimierung als Staat einerseits und den materiellen, substantiellen, also den inhaltlichen Fortschritten der Eingliederung und Normalisierung andererseits. Beides muß zusammengehen.

Wenn ich für eine solche Verbindung plädiere, so denke ich da nicht an die Art eines Junktims, mit dem man, wie Herr Birnbaum sagte, im Stile der gewohnten Kabinettpolitik mehr oder weniger diplomatischen Druck ausübt. Herbert Wehner sagte einmal, daß die Verhandlungsebene zwischen den beiden deutschen Staaten im Zusammenhang mit dem Verhandlungsgegenstand steht. Vielleicht ist das noch ein wenig zu eng gesehen. Möglicherweise können wir so weit gehen, um ein Wort von Conrad Ahlers zu variieren, der DDR nicht Lebenshilfe, sondern praktische Anerkennungshilfe zu gewähren. Aber das hängt davon ab, wie weit die DDR willens und fähig ist zu verhandeln, also im Substantiellen zu normalisieren.

Der damalige Bundeskanzler Kiesinger hat den Versuch gemacht, in die Beziehungen etwas Substanz hineinzubringen. In seinem Brief an Ministerpräsident Stoph waren immerhin 16 konkrete Verhandlungsthemen angeführt. Leider konnte er sich nicht dazu aufraffen, auch noch die drei Buchstaben DDR zu nennen. Man hätte sonst psychologisch und politisch viel weiter gehen können, um es der DDR etwas zu erleichtern, über das hinwegzukommen, was Herr Sommer die Entspannungsunwilligkeit nannte.

Im Augenblick könnte man fast von Entspannungsunmöglichkeit sprechen, weil es der DDR aus verschiedenen Gründen unmöglich ist, so etwas wie eine freie Konkurrenz im publizistischen und journalistischen Sinne auszuhalten. In diesem Sinne muß man Anerkennungshilfe leisten, um einen Schritt in Richtung auf substantielle Normalisierung voranzukommen.

Um auf das Beispiel Jugoslawien zu kommen: Normalisierung und Einfügung in das internationale Gefüge kann doch nur heißen, Beziehungen herzustellen, wie es sie auch sonst zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsformen gibt und wie sie zur Zeit etwa zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien bestehen.

Sommer

Plädieren Sie damit für die völkerrechtliche Anerkennung oder sprechen Sie von Normalisierung, Herr Schuster?

Schuster

Mir kommt es auf das Ziel einer wirklichen Normalisierung der Beziehungen an, von der auch die Bürger der beiden deutschen Staaten ihren Nutzen haben.

Es handelt sich um einen Prozeß, in dem man die Dinge nicht statisch sehen darf. Ich habe die Wehnersche Formel nur als Beispiel dafür angeführt, wie dieser Prozeß verlaufen könnte. Ich plädiere dafür, von unserer Seite möglichst elastisch zu sein, um diesen Prozeß zu fördern.

Gasteyger

Mir geht es zunächst um einen anderen Aspekt, nämlich um die wirtschaftlichen Folgen einer Anerkennung der DDR. Die DDR wird bis heute innerhalb der EWG als Sondergebiet betrachtet. Davon profitiert sie ganz erheblich, wie übrigens auch die Bundesrepublik. Ich könnte mir vorstellen, daß auf beiden Seiten, vor allem aber in Pankow, zumindest erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die zweifellos ernst zu nehmenden wirtschaftlichen Folgen einer Anerkennung bestehen. Die DDR würde nämlich ihren Sonderstatus und damit ein für sie sehr vorteilhaftes Handelsarrangement mit der EWG verlieren; sie würde "Ausland" und dann wie die übrigen Nicht-EWG-Staaten behandelt. Im Hinblick auf den enorm angewachsenen Handel zwischen der DDR und der Bundesrepublik würden die übrigen EWG-Länder, ebenso wie die anderen COMECON-Staaten, eine solche Konsequenz, das heißt eine "Entprivilegierung" der DDR, gar nicht so ungern sehen.

Mein zweiter Punkt betrifft die Frage der Anerkennung der DDR selbst. Ich bin aus verschiedenen Gründen dagegen. Sie würde wahrscheinlich nur einer kurzfristigen Entspannung nützen, so willkommen selbst das sein mag. Man müßte sich aber einmal die Frage stellen, welches die langfristigen Wirkungen dieses Schrittes sein könnten. Man weiß in der Bundesrepublik, daß die Wiedervereinigung auf unabsehbare Zeit nicht möglich ist. Wir alle wissen zudem, daß sich die europäische Integration in einer Krise befindet und damit noch keine wirklich solide und nicht diskriminierende Verankerung der Bundesrepublik in Westeuropa erfolgt ist. Wenn dem so ist, dann werden eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der DDR durch die Bundesrepublik, der endgültige Verzicht auf Nuklearwaffen und eine mögliche Lockerung der Atlantischen Allianz ihre Wirkung auf das innenpolitische Denken und das außenpolitische Verhalten der Bundesrepublik nicht verfehlen. Ich bin nicht sicher, ob diejenigen, die heute so stark auf eine Anerkennung drängen, sich dieses Effektes in seinen möglichen Konsequenzen bewußt sind.

Wenn es zutrifft, daß das Sicherheitsbedürfnis nicht mehr das primäre Motiv der westdeutschen Außenpolitik ist, dann wird sich die Bundesrepublik wahrscheinlich eine erheblich größere Unabhängigkeit in ihrem außenpolitischen Handeln leisten können. Sie wird sich, mit anderen Worten, plötzlich von jenen - echten oder vermeintlichen - Fesseln befreit fühlen, die ihr bisheriges Handeln eingrenzten. Niemand wird ihr mehr mit einer Anerkennung der DDR als Sanktion drohen können, da sie diese selbst schon vollzogen hat. Anklagen wegen ihres "Revanchismus" und ihres Strebens nach Nuklearwaffen werden noch unglaubwürdiger. Kann oder muß dies nicht zu einer stärkeren Geltendmachung ihrer spezifisch nationalen Interessen führen? Können dadurch nicht neue Spannungen verursacht werden, wenn sich die anderen Staaten auf bestimmten Gebieten plötzlich in Konkurrenz mit einem solchen Deutschland sehen oder sich von ihm überrundet fühlen?

Das gilt bis zu einem gewissen Grade und unter anderen Vorzeichen auch für die DDR. Ich möchte unsere polnischen und ungarischen Freunde fragen, was sie von einer anerkannten DDR erwarten, die tatsächlich in das internationale System eingegliedert ist und die nun ihrerseits versucht, eine unabhängigere Rolle im Ostblock und gegenüber dem Westen zu spielen. Ist das wirklich eine Perspektive, der Moskau und die osteuropäischen Länder zuversichtlich entgegenzusehen?

Aus diesen Gründen sollte die Anerkennung der DDR nur als Teil einer langfristigen Entspannung gesehen werden. Sie wird erst dann sinnvoll und ihrer möglichen unerwünschten Folgen entkleidet, wenn wir wissen, in welchem umfassenderen System die Bundesrepublik und die DDR als zwei deutsche Staaten eingegliedert sein werden. Mit anderen Worten, die Frage einer Anerkennung der DDR muß als ein europäisches und kann nicht als ein spezifisch deutsches Problem gesehen und behandelt werden.

Schultz

In der Tat bestehen zwischen der Bundesrepublik und der DDR besondere Beziehungen auch innerhalb der EWG, was unseren EWG-Partnern gar nicht so angenehm ist. Dies hat aber für die Beziehungen der Deutschen in beiden deutschen Staaten außerordentliche Bedeutung, und ich halte es nicht für vernünftig, darauf wegen der völkerrechtlichen Anerkennung zu verzichten.

Das dürfte auch ein Grund dafür gewesen sein, daß man - zumindest in weiten Kreisen der Bundesrepublik - die Möglichkeit einer Wiedervereinigung nicht völlig abgeschrieben hat. Das von Herrn Ahlers zitierte Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein sehr dehnbarer Begriff. Aber es besteht nach wie vor ein spezifisch deutsches Interesse, wieder unter einem gemeinsamen Dach zu leben, schon um eine größere Freizügigkeit im innerdeutschen Reiseverkehr zu erreichen.

Selbmann

Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR ist meiner Meinung nach kein Weg zur Entspannung. In den Verlautbarungen der DDR-Regierung in den vergangenen Jahren wurde die Form der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten immer schillernd dargestellt. Einmal war von völkerrechtsgültigen Verträgen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, ein anderes Mal von völkerrechtlichen Verträgen die Rede.

Ich erinnere an die Rede Ulbrichts vom 8. August 1968, in der er unter anderem von der Volkskammer die Vollmacht forderte und erhielt, einen Staatssekretär für Gespräche mit der Bundesregierung zu benennen. In dieser Rede unterschied Ulbricht ausdrücklich zwischen völkerrechtsgültigen Verträgen mit der Bundesrepublik und völkerrechtlicher Anerkennung durch dritte Staaten. Im Herbst - das heißt nach dem 21. August 1968 - erschien dann in der "Einheit" ein Artikel über diese Rede Ulbrichts, in dem es hieß, daß er die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik gefordert habe.

Ich erinnere auch daran, daß die DDR gegen die Bundesrepublik polemisiert, andererseits aber im Dezember 1968 - gewissermaßen unter dem Eis - ein für sie sehr günstiges Interzonenhandelsabkommen mit fünfjähriger Geltungsdauer abschloß. Hier stellt sich die interessante Frage, die bereits Herr Gasteyer aufwarf: In welche Situation würde die DDR im Falle der Durchsetzung ihrer Forderung nach einer völkerrechtlichen Anerkennung kommen, wenn dann der Interzonenhandel, der jetzt als innerdeutscher Handel deklariert wird, von der EWG nicht mehr als solcher anerkannt würde? Der wirtschaftliche Vorteil der DDR, den sie gegenüber anderen COMECON-Ländern erreicht hat, liegt eben auch darin, daß sie über den innerdeutschen Handel an der EWG partizipiert. Muß man sich deshalb drüben nicht die Frage stellen, ob man sich bei der Forderung nach einer völkerrechtlichen Anerkennung durch die Bundesrepublik nicht ins eigene Fleisch schneidet?

Wenn die Bevölkerung der DDR die Möglichkeit erhielte, frei zu entscheiden, wie sie sich das Zusammenleben zwischen den beiden Teilen Deutschlands vorstellt, dann würde dieses Ergebnis heute sowohl von der SPD als auch sicherlich von weiten Kreisen der CDU akzeptiert werden. In der Verfassung der DDR, die im vorigen Jahr angenommen wurde, spricht man interessanterweise von zwei Staaten deutscher Nation, eine Formulierung, die bei uns in die Regierungserklärung der neuen Bundesregierung aufgenommen wurde. Weiterhin ist in der Verfassung der DDR auch von Wiedervereinigung die Rede, allerdings unter sozialistischen Vorzeichen. Zumindest wird also auch dort die Besonderheit des innerdeutschen Verhältnisses festgestellt.

Von sozialdemokratischer Seite wurde die Frage des Austausches von Generalbevollmächtigten in die innerdeutsche Diskussion eingebracht und detailliert aufgezeigt, wie man sich ein Abkommen zwischen den beiden deutschen Staaten vorstellen kann, ohne daß sie zueinander Ausland sind. Wir haben unsere Bereitschaft erklärt, mit der DDR darüber zu sprechen. Der frühere Bundeskanzler Kiesinger war sogar bereit, wenn erforderlich, in einer bestimmten Phase mit dem Ministerpräsidenten Stoph Gespräche zu führen.

Wir haben nicht gefordert und erwarten auch nicht, daß ein solches Abkommen eine Veränderung der Verhältnisse in der DDR mit sich bringen müsse. Es wäre auch eine Illusion, das zu fordern. Wir müssen aber wenigstens eine Möglichkeit finden, die mitmenschlichen Beziehungen innerhalb Deutschlands, zum Beispiel auch innerhalb Berlins, zu erleichtern. Was würde es jetzt die Regierung der DDR kosten, zu Weihnachten den Westberlinern Passierscheine für den Besuch ihrer Angehörigen in Ostberlin auszugeben?

Sommer

Sie denken also an Dinge, die das System drüben nicht in Frage stellen würden?

Selbmann

Ja, die unterhalb dieser Schwelle liegen. Natürlich versucht man auch drüben, das Gesicht zu wahren. Deshalb kann man nicht über Nacht eine grundlegende Änderung der Regierung und der politisch Verantwortlichen der DDR uns gegenüber erwarten.

Ich möchte eines hinzufügen: Bei den Gesprächen, die Helmut Schmidt, Alex Möller und Egon Franke im August mit den Herren Poljanskij und Gromyko führten, wurde auch die deutsche Frage angeschnitten. Dabei forderten die sowjetischen Vertreter die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches und die Anerkennung der Existenz der DDR. Es wurde aber mit keiner Formulierung eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR von uns verlangt.

Auch in der Budapester Erklärung ist ausdrücklich von der Existenz und nicht von der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR gesprochen worden. Als dann Herr Ulbricht aus Budapest zurückkehrte, ging seine Auslegung der Budapester Erklärung auf eine Forderung nach einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR hin.

In Gesprächen mit osteuropäischen Politikern wurde uns aber immer wieder deutlich gemacht, daß nicht das maßgebend sei, was Herr Ulbricht sagt, sondern das, was auch von ihm in Budapest unterschrieben wurde. Deshalb müssen wir bei diesem Problem die Nuancierungen, wie sie im Osten selbst gesehen werden, deutlich beachten.

Menzel

In der deutschen Diskussion über das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR ist ein erheblicher Fortschritt zu verzeichnen. Bisher hat man die Staatlichkeit der DDR in Zweifel gezogen, insbesondere ihre Legitimität in Frage gestellt. Man hat keine Bedenken gehabt, jeden neuen afrikanischen Staat sofort anzuerkennen. Immerhin ist die DDR der zweitgrößte Industriestaat des Ostens. Das wird heute überwiegend anerkannt, und insofern hat ein Entkrampfungsprozeß eingesetzt. Die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung ist inzwischen nur mehr eine politische Ermessensfrage.

Die Forderung nach der völkerrechtlichen Anerkennung wird vom Osten in den Vordergrund geschoben. Für die Bundesrepublik steht dagegen die Lösung der Sachfragen an erster Stelle. Gerade hier weicht aber die DDR aus.

Nun sollte man der Anerkennungsfrage kein so großes Gewicht beilegen. Es sei daran erinnert, daß die Sowjetunion von den USA erst 1933 und von der Schweiz erst nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahre 1946, anerkannt wurde. Damals wurde die Frage nicht so dramatisch behandelt wie heute von seiten der DDR.

Wenn die völkerrechtliche Anerkennung eine politische Ermessensfrage ist, stellt sich das Problem, in welcher Weise ein solcher Akt von der DDR honoriert werden würde. Die Erfahrung, die auch aus Gesprächen mit Kollegen aus der DDR resultiert, geht dahin, daß die DDR in den Sachfragen keinen Schritt entgegenkommen wird und eine völkerrechtliche Anerkennung als die selbstverständliche Erfüllung einer Forderung betrachtet; im übrigen würde sich nicht das geringste an ihrer Haltung ändern.

Außerdem ist die Frage der Anerkennung der DDR nicht nur eine Angelegenheit der Bundesrepublik. Der Deutschlandvertrag von 1954 bindet die drei Westmächte - USA, Großbritannien und Frankreich - und die Bundesrepublik hinsichtlich einer Nichtanerkennung der DDR. Daraus resultiert die Problematik des sogenannten Alleinvertretungsanspruches. Eine solche Kursänderung würde auch der Konsultationsklausel der NATO unterliegen. Ob die NATO-Staaten im gegenwärtigen Zeitpunkt einen solchen Wechsel in der seit zwanzig Jahren betriebenen Politik für sinnvoll halten - insbesondere, wenn er nicht im geringsten honoriert wird; -, erscheint zweifelhaft. Wie ist also das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR in der nahen Zukunft zu gestalten? Zunächst müßte unterhalb der Schwelle der völkerrechtlichen Anerkennung eine Lösung der Sachfragen versucht werden. Hier liegen die politischen Prämien für eine veränderte Haltung der DDR. Auch Enttäuschungen sollten uns nicht von weiteren Versuchen abhalten. Ob sich dadurch die Beziehungen normalisieren lassen, mag ungewiß sein. Wenn sich dann am Ende einer Periode etwa von fünf Jahren herausstellt, daß kein Erfolg erzielt worden ist, bleibt immer noch der Weg über Moskau. Denn der Sowjetunion ist daran gelegen, daß vor ihrer westlichen Haustür keine Situation entsteht, die für sie Risiken birgt. Die DDR kann zwar Bonn, aber nicht Moskau ignorieren.

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sind auch dadurch geprägt, daß beide Staaten Teil einer Nation sind. Ihr Verhältnis zueinander kann also nicht dem zwischen der Bundesrepublik und etwa Mexiko gleichgesetzt werden. Bisher wissen wir selbst in der Bundesrepublik nicht genau, welchen Funktionswert die Vorstellungen über die deutsche Nation haben. Hier wird es auch Unterschiede zwischen den Generationen geben. Aber das Verhältnis zur DDR ist nicht auf der gleichen Ebene zu sehen wie das zur Schweiz oder zu Österreich. Deshalb vermeidet die amtliche Politik der Bundesrepublik alles, was nach Preisgabe dieses Nationbewußtseins aussieht.

Wenn die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sich nicht unmittelbar und auch nicht über Moskau vollziehen läßt, bleibt noch der Weg über ein europäisches Sicherheitssystem. Damit ist mehr gemeint als eine Serie von Sicherheitskonferenzen. Gedacht ist an ein System, das einerseits die Funktionen ausübt, die ein Friedensvertrag hätte erfüllen müssen, das andererseits aber auch die Abrüstungsfrage und den Schutz vor Überraschungsangriffen regelt. Es müßte seinen Niederschlag in festen Institutionen, etwa in einem europäischen Sicherheitsamt oder dergleichen, finden. In einem so veränderten Europa würden sich ganz andere Chancen der politischen Gestaltung ergeben.

Es ist möglich, daß demnächst die Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR in die Vereinten Nationen erörtert wird. Wichtiger wäre noch die Annahme der Entwürfe der Menschenrechtskonventionen durch beide deutsche Staaten. Dadurch würde die DDR an einen sozialen und politischen Mindeststandard gebunden, der auch die Ein- und Ausreise von DDR-Bürgern einschließt. Es müßten zahlreiche Erleichterungen gewährt werden, und es bestünde die Möglichkeit, bei Nichteinhaltung internationale Instanzen anzurufen. Wenn sich die DDR zur Ratifizierung der Menschenrechtskonventionen bereit erklärte, wäre viel gewonnen. Daß sie auch bei der gegenwärtigen Nichtanerkennung durch den Westen an internationale Verträge gebunden werden kann, zeigt das Beispiel ihrer Teilhabe an den Atomsperrverträgen. Es könnte auch an gemeinsame technische Ämter - zum Beispiel auf medizinischem Gebiet - gedacht werden. Hier böten die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen insofern Gelegenheit, als die Bundesrepublik ihnen angehört, die DDR dagegen nicht.

Abschließend kann festgestellt werden: Es geht zunächst um die faktische Normalisierung, das heißt um die Regelung der Sachfragen. Die völkerrechtliche Anerkennung würde eine einseitige Vorwegnahme bedeuten, die nutzlos für Europa bleibt, wenn nicht eine faktische Normalisierung vorangegangen ist.

von Kayser

Es ist hier inzwischen deutlich geworden, daß die Diskussion um das Problem der Anerkennung nicht in Form einer Wette geführt werden sollte. Die Situation muß überschaubar gemacht werden, damit man weiß, wie sich die Verhältnisse nach der völkerrechtlichen Anerkennung entwickeln werden.

Dieses Problem ist aber nicht nur eine innenpolitische Angelegenheit. Die Nichtanerkennung ist vielmehr, wie Herr Menzel darlegte, die erklärte Politik der NATO-Staaten. Das wurde jetzt noch einmal von den USA wiederholt. Damit hat das Problem auch einen außenpolitischen Aspekt. Hier müßte das Terrain ebenfalls erst entsprechend vorbereitet werden.

Bender

Die NATO-Staaten machen diese Politik doch nur mit Rücksicht auf uns. Wir haben oft genug gesagt, daß wir die Anerkennung nicht aussprechen dürften, um unsere Verbündeten nicht zu enttäuschen; mit diesem Spiel sollten wir endlich aufhören.

Grosser

Ich möchte das bestätigen: Die Politik der westlichen Verbündeten in der Frage der Anerkennung der DDR geschieht grundsätzlich aus Rücksicht auf die Bundesrepublik und nicht aus eigenem Willen. Sie hängt allerdings auch mit dem Berlin-Problem zusammen.

Kogon

Was die Frage der Anerkennung der DDR angeht, so hat sich zweifellos in der Bundesrepublik im Laufe der Jahre eine Bewußtseinsklärung vollzogen. In der Debatte hier ist gezeigt worden, wo die Vor- und die Nachteile eines solchen Schrittes und wo die Interessen der einzelnen Staaten liegen. Ich möchte auch die von Herrn Ahlers und Herrn Kiep aufgeworfene Prinzipienfrage der Selbstbestimmung auf die Ebene der Interessen zurückführen, und zwar in einem anderen Sinne, als es Herr Menzel mit der nationalen Zusammengehörigkeit angedeutet hat. Ich meine nämlich, konkreter, das Recht eines jeden Volkes auf die Bestimmung seines politischen Regimes.

Die Anerkennung oder Nichtanerkennung ändert die Lösung dieses Problems für die Deutschen in der DDR in keiner Weise. Die Bevölkerung in der DDR könnte das Regime, das sie wünscht oder wünschen sollte oder möglicherweise wünscht - wenn sie es nicht schon indirekt zum Ausdruck gebracht hat;-, nur dann neu bestimmen, wenn sich die gesamte Herrschaftsstruktur im Osten, vor allem auch in der Sowjetunion, ändern würde. Es besteht nicht die geringste Chance, daß dies von der Bundesrepublik aus durch die Politik der Stärke, wie wir es in der Periode des roll-back gemeint haben, erreicht werden könnte. Das ist auch gar nicht mehr unsere Absicht. Allenfalls wollen wir durch die Publizistik, durch kulturellen Austausch, durch Verwandtenbesuche und dergleichen ein wenig auf die Verhältnisse in der DDR einwirken. Das mag mehr oder minder nützlich sein, aber entscheidend ändert sich dadurch nichts.

Auch wenn wir die DDR anerkennen, wird sich, genau wie es Herr Menzel gesagt hat, nicht viel verändern. Selbst von einer Willigkeit zu erweiterter Kooperation wird bei der DDR sicherlich am allerwenigsten die Rede sein, eher bei anderen sozialistischen Ländern. Denn als Eckpfeiler und als Vorfeld der Sowjetunion in Europa stellt sie einen umgekehrten "cordon sanitaire" dar. Ich sehe dort keine, wie immer gearteten Möglichkeiten zu einer grundsätzlichen Veränderung. Die Bevölkerung wird durch die Anerkennung der DDR in keiner anderen Situation sein, als wenn wir nicht anerkennen.

Damit reduziere ich das Prinzip der Selbstbestimmung auf die praktikable Interessenebene. Dieses Prinzip ist in der konkreten weltgeschichtlichen Situation antinomisch. Kein Staat leugnet das nationale Recht der Völker auf die Bestimmung des eigenen Regimes. Aber die Hegemonialsysteme können nicht dulden, daß durch Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes an den Demarkationen entscheidende Veränderungen so herbeigeführt werden, daß der Friede gefährdet wird. Und er wäre gefährdet, wenn die Potentiale entscheidend geändert würden. Daher finden schon gegen die Möglichkeit einer solchen Veränderung Interventionen statt - ob nun die Amerikaner an irgendeinem Punkt der Erde eingreifen, vielleicht weniger augenfällig als die Sowjetunion;-, oder ob es die Sowjetunion tut. Die beiden Prinzipien, nämlich die Selbstbestimmung und die Notwendigkeit, einen Weltkrieg zu vermeiden, befinden sich zueinander in Waagelage.

Die Lösung des Problems erfordert, ähnlich wie bei anderen Antinomien in der modernen Gesellschaft und in der globalen Zivilisation, einen Entwicklungsprozeß. Im Kongo ist das Selbstbestimmungsrecht vielleicht realisierbar. Man hat in der Bundesrepublik oft gesagt: Was allen Negern zugebilligt wird, das dürfen just die Deutschen nicht. Schon vor Jahren habe ich stets darauf geantwortet: Genauso ist es; den Negern kann man die Selbstbestimmung gestatten, nicht aber den Deutschen, weil hier die Potentiale verändert würden. In seiner geschichtlichen Realisation ist also das Selbstbestimmungsrecht fragwürdig. Erst recht ist es ohne besonderen Wert im Hinblick auf die Frage Anerkennung oder Nichtanerkennung der DDR.

Sommer

Wenn das Prinzip der Selbstbestimmung in der letzten Regierungserklärung wieder angerufen wurde, dann unter anderem auch in einer Feigenblattfunktion. Man kaschiert damit, daß man das Wort Wiedervereinigung nicht mehr verwendet.

Kiep

Ich mache einen Unterschied zwischen der Forderung nach Wiedervereinigung und der nach Selbstbestimmung. Die Selbstbestimmung ist das - vielleicht nicht erreichbare - Endziel der Deutschlandpolitik. Sie ist auch erklärtes Ziel dieser Bundesregierung.

Ich könnte mir sehr wohl auch als CDU-Mensch ...

Kogon

Ist das der Gegenpart zum Sowjetmenschen?

Kiep

Wir sind gewohnt, unter einer gewissen Klischeevorstellung zu leiden.

Ich kann mir sehr wohl Umstände vorstellen, unter denen ich eine völkerrechtliche Anerkennung befürworten würde. Meiner Meinung nach sollte man sie auch von dem Grad der Freiheitlichkeit innerhalb der DDR abhängig machen. Ich sehe darin das einzige, wenn auch unvollkommene, vielleicht sogar untaugliche Mittel, das wir überhaupt in der Hand haben, um diesen Prozeß zumindest auf den internationalen Konferenz Tisch zu bringen. Dieser Möglichkeit begeben wir uns völlig, wenn wir darauf ohne Aussicht auf Gegenleistung verzichten.

Über das, was die DDR vorhat, wenn wir sie anerkannt haben, gibt es ganz konkrete Aussagen. Sie ist keineswegs mit der Tatsache der völkerrechtlichen Anerkennung zufrieden. Vielmehr setzt dann eine expansive Deutschlandpolitik unter der Flagge "Änderung der gesellschaftlichen Zustände in der Bundesrepublik" ein. Das wird jedem Kind in der DDR vom zehnten Lebensjahr ab eingeblutet. Wir würden hier einen Prozeß freisetzen, der sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln direkt gegen uns richtet.

Sommer

Lassen Sie mich zu Ihrem ersten Punkt, der besonders für unsere östlichen Freunde interessant ist, anmerken: Das Selbstbestimmungsrecht bedeutet etwas weniger als die Wiedervereinigungsforderung; denn es beinhaltet die Einräumung eines Sezessionsrechtes. Gemeint ist die Selbstbestimmung der 17 Millionen und nicht mehr wie früher die Selbstbestimmung der 60 plus 17 Millionen. Insofern handelt es sich um eine Reduzierung des früheren Rechtsstandpunktes.

Bender

In der Geschichte der westdeutschen Propaganda konnte man vor allem in den fünfziger Jahren deutlich sehen, daß die Selbstbestimmung die Wiedervereinigung zwar nicht ersetzt, aber sehr stark in den Hintergrund gedrängt hatte. Das war genau gezielt; denn damals glaubte man, daß wir die Wiedervereinigung eher über den Kongo und Chile erreichen würden, weil die These vom Selbstbestimmungsrecht in den neutralen Ländern besser "ankam". Man hat es also ersatzweise aus bestimmten taktischen Gründen benutzt.

Sie sagen, Herr Kiep, die DDR wolle die Verhältnisse in der Bundesrepublik verändern. Wenn wir das fürchten, dann müssen wir auch eine Mauer bauen, weil wir uns die Auseinandersetzung nicht zutrauen können. Mit diesem Argument haben wir in den fünfziger Jahren die Kontakte immer abgewehrt.

Kiep

Scharfer Widerspruch! Wenn die Dubcek-Bewegung in der Tschechoslowakei Erfolg gehabt hätte, wäre die Koexistenz für uns zu einer schärferen Konkurrenzsituation geworden. Sicherlich ein begrüßenswertes Ereignis. Ebenso begrüßenswert wäre es auch gewesen, wenn wir uns dieser Konkurrenz gestellt hätten.

Bender

Also ein Argument für die Anerkennung der DDR?

Kiep

Nein. Wir fürchten diese gegen uns gerichtete Politik nicht; nur die Gegenleistung für die Anerkennung wäre gleich Null.

Rasch

Wenn ich für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR plädiere, so heißt das nicht, daß ich dabei überhaupt an keine Gegenleistung denke. Aber wir können nicht erwarten, daß man uns Zusagen bezüglich einer Liberalisierung, einer Aufhebung des Schießbefehls oder dergleichen macht. Wir müssen vielmehr auf die Entwicklung vertrauen. Erst wenn wir die DDR voll respektieren, werden wir wieder Politik treiben können und auch ein anderes Verhältnis zu Moskau haben. Desgleichen hielte ich es für einen erheblichen Vorteil, wenn die DDR und auch die Bundesrepublik in die UNO aufgenommen würden.

Wir müssen endlich als Deutsche mit Deutschen sprechen. Das ist meiner Meinung nach der Sinn der "Anerkennung", in welche rechtliche Form man sie auch immer kleiden mag.

Wir sollten auch ein Interesse daran haben, daß sich der Lebensstandard in der DDR allmählich hebt. Dann wird sich auch die Möglichkeit ergeben, die innerdeutschen Beziehungen zu erleichtern und die Mauer in Berlin zu öffnen. Sicher wird die DDR versuchen, auf die gesellschaftliche Struktur bei uns Einfluß zu nehmen. Ich fürchte das nicht. Wir sollten mehr auf die Ausstrahlungskraft unserer eigenen Rechts- und Gesellschaftsordnung vertrauen.

Bender

Sie sagten, Herr Kiep, wenn wir die DDR anerkennen, begeben wir uns der Möglichkeit, das Thema Wiedervereinigung und die Verbesserung der Verhältnisse in der DDR auf irgendeine Weise zur Sprache zu bringen.

Kiep

Ich sprach nicht von Wiedervereinigung, sondern von mehr Freiheit.

Bender

Wir haben diese Möglichkeit zwanzig Jahre lang gehabt und auf mannigfache Weise zu nutzen versucht, mit dem Resultat, daß sich die Verhältnisse in der DDR nicht im geringsten verändert haben. Daran kann ich nicht mehr glauben.

Wir sollten unterscheiden zwischen dem, was vereinbarungsfähig ist, und dem, was bestenfalls als Folge eines Entspannungsprozesses zu erwarten oder zu erhoffen ist. Vereinbarungsfähig sind zum Beispiel Dinge der Wirtschaft, Regelung des politischen und wirtschaftlichen Status von Westberlin. Darüber kann man ein Abkommen, welcher Art und mit wem auch immer, schließen, bevor man den taktischen Trumpf der Anerkennung aus der Hand gibt.

Nicht vereinbarungsfähig ist dagegen das meiste von dem, was hier als Voraussetzung für die Anerkennung gefordert worden ist. Man kann keine Vereinbarung darüber schließen, daß sich die Verhältnisse in der DDR, zum Beispiel der Modus der Volkskammerwahlen, vorher ändern müssen. Solche Veränderungen können bestenfalls das Ergebnis eines Entspannungsprozesses sein, wobei niemand sicher sagen kann, daß diese Folgen eintreten werden. Ohne Anerkennung werden wir das, was wir wünschen, bestimmt nicht bekommen.

Auch wenn hier vom Zeitpunkt der Anerkennung die Rede war - vielleicht in fünf Jahren; vielleicht, wenn sich dieses oder jenes geändert hat;- , befinden wir uns in diesem Widerspruch von Vorbedingungen und Folge. Nach diesen Vorstellungen soll die Anerkennung erst erfolgen, wenn etwas eingetreten ist, was bestenfalls die Folge der Anerkennung sein kann.

Ich bin ein wenig empfindlich geworden gegen die Vielzahl von Motivierungen, mit denen man in diesem Lande bestimmte Dinge, die notwendig hätten getan werden müssen, immer wieder vertagt hat; solche Vorwände waren: "Erst müssen wir stärker werden", oder "Die Chinesen werden es später schon irgendwann einmal machen", oder "Die allgemeine Abrüstung bricht aus" und so weiter. Alle diese Begründungen laufen auf einen bekannten Mechanismus hinaus, nämlich nichts zu tun.

Wenn heute schon von zwei Staaten gesprochen wird, besteht natürlich die Gefahr, daß man in Ostberlin sagt: Jetzt müssen wir noch eine Weile durchhalten, dann ist die Sache für uns gelaufen. Wären aber in der neuen Regierungserklärung lediglich die alten Formeln vom Dezember 1966 wiederholt worden, dann hätte uns sicher jeder Osteuropäer vorgeworfen, das sei nur eine Politik der Kontinuität ohne Ansätze für eine Erneuerung.

Ich bin der Meinung, daß man an irgendeinem Punkt sogar einmal einen etwas größeren Sprung machen muß, selbst wenn sich die Konsequenzen nicht bis ins letzte berechnen lassen. In der Ostpolitik ist entscheidend, daß wir glaubwürdig werden. Die Frage der Anerkennung - ob es sich dabei um die DDR oder um die Oder-Neiße-Grenze handelt - hat keinen praktischen Sinn für die andere Seite. Sie hat im Grunde ausschließlich symbolische Bedeutung: Sie soll glaubwürdig machen, was wir sagen. Das ist ihr eigentlicher politischer Wert.

Damm

Sie sagen, wenn wir nicht anerkennen, werden wir das, was wir wünschen, nicht erreichen. Würden Sie das, was wir, wünschen, bitte so konkret wie möglich darlegen?

Bender

Wir sind uns in diesem Punkt sogar ziemlich einig. Ich meine zunächst eine Liberalisierung der Verhältnisse in der DDR, die dann auf eine Demokratisierung hinausläuft und mit einer Normalisierung des Verhältnisses zur Bundesrepublik verbunden ist. Die Anerkennung ist dafür die Voraussetzung, wobei ich nicht sagen kann, daß dadurch ein Kausalmechanismus ausgelöst wird, der mit absoluter Sicherheit wirkt.

Wocker

Ich stimme Ihnen keineswegs zu, Herr Kiep, wenn Sie sagen, daß es keine Anerkennung ohne Gegenleistungen geben darf. So wie man nicht ein bißchen verheiratet sein kann, kann man auch nicht ein bißchen geschieden sein. Und wir - das heißt: die Bundesrepublik und die DDR - sind geschieden. Es kommt nur darauf an, ob man das zur Kenntnis nimmt oder nicht. Auch den meisten Scheidungsrichtern geht es seit der Entideologisierung des Scheidungsrechtes nur noch um die Frage: Wer zahlt was hinterher? Und diese Frage ist natürlich vollkommen berechtigt.

Eine andere Frage ist, in welcher Bewußtseinslage wir uns befinden. Nachdem wir zwanzig Jahre einen klaren Kurs gesteuert haben, bei dem die Nichtanerkennung das Allerklarste war, kann man nicht erwarten, daß sich in drei Jahren alles ändert.

Ich lebe in einem Lande, in dem man die Existenz der DDR auf eine rührend naive Weise eigentlich nie zur Kenntnis genommen hat. Aus diesem Grunde möchte ich auch Herrn Grosser widersprechen, daß man an der Nichtanerkennung nur aus NATO-Rücksichten auf den Bundesgenossen festgehalten hat. In Großbritannien hat vielleicht ein Dutzend Labour-Abgeordnete die Existenz der DDR zur Kenntnis genommen - und natürlich der Oberste Gerichtshof, der ständig den Fall Zeiss-Heidenheim gegen Zeiss-Jena entscheiden mußte; das hat er ja auch auf eine fabelhafte Weise gemacht, die, wenn man die Bibel einmal neu schreibt, das Kapitel über König Salomon ersetzen kann.

Daß jetzt der Außenhandelsminister der DDR - einer mitteleuropäischen Industriemacht - bei der westeuropäischen Industriemacht Großbritannien zum erstenmal zu Gast ist, bedeutet eine Sensation. Das hätte man vor Monaten überhaupt noch nicht für möglich gehalten. Nun stellt sich plötzlich nicht nur die Frage, was die DDR tut, wenn sie anerkannt wird, sondern auch was wir selbst tun müssen. Die Sache ist ja nicht damit abgetan, daß die NATO sagt: Wenn Ihr anerkennt, können wir es auch, und damit wäre für das Foreign Office ein leidiges Problem gelöst.

Ich habe vor kurzem an einer Tagung teilgenommen, auf der ernst zu nehmende Leute folgendermaßen argumentierten: Wir sollten die DDR ruhig anerkennen; denn es gibt keinen besseren Weg, ihr zu schaden. Im Osten werde sich dadurch für die DDR nicht viel ändern; im Westen auch nicht, da man gegenüber einem kommunistischen Land immer skeptisch bleibe. In der Dritten Welt aber würden die entscheidenden Änderungen vor sich gehen. Bisher habe die DDR nämlich größere Verpflichtungen aller Art konsequent abgelehnt mit dem Hinweis, daß sie darauf nur gegenüber Ländern eingehe, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhalte. Sie habe sich also bisher hinter der Nichtanerkennung versteckt. Wenn wir schlaue Bundesdeutschen diesen Vorwand jetzt wegräumten, stünde die DDR plötzlich im Durchzug und müßte Kredite geben.

Ich finde eine solche Argumentation erschütternd. Sie ist für mich Zeichen einer ungeklärten Bewußtseinslage in Deutschland, und die allein verhindert die Anerkennung. Es geht weniger um

unser Wollen oder Nichtwollen, sondern wir sind einfach noch nicht so weit; mit anderen Worten: wir haben in Deutschland noch nicht verkraftet, daß die Stunde der Wahrheit jetzt da ist. Man weiß zwar, daß man muß, aber man will noch nicht.

Eine Koppelung der Anerkennung mit der Frage der Liberalisierung in der DDR muß auf den Ostblock als ein Element der Nichtentspannung wirken. Ich möchte den sehen, der uns diesen Handel abkauft, und zwar nicht nur in der DDR oder in Polen; das kauft uns auch niemand in London oder Washington, wahrscheinlich auch nicht in Paris ab. Wenn also jemand gesucht wird, der für die Anerkennung ohne Bedingungen ist, so bin ich es. Ich bin froh, daß die Scheidung, von der ich sprach, vollzogen wurde. Was immer die neue Staatssekretärin im Wissenschaftsministerium über das DDR-Schulsystem sagt, ich möchte es nicht für meine Kinder. Deswegen interessiert es mich auch nicht. Und der Begriff der Nation ist für mich nicht mehr entscheidend. Ich fühle mich in Zürich wohler als in Leipzig.

Sommer

Die Frage ist doch, ob das Ausbleiben der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch Bonn eine Entspannungspolitik in absehbarer Zeit unmöglich macht oder ob es dennoch auf der Basis dessen, was Bonn heute anbietet, gewisse Möglichkeiten gibt.

An die polnische Adresse richte ich die zusätzliche Frage, ob die Formel von der Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten, wie sie Bundeskanzler Brandt gebraucht hat, ausreicht. Wenn ich es recht sehe, stimmt sie, wie Herr Selbmann sagte, mit der im Budapester Appell angewandten überein.

Rakowski

Ich weiß nicht genau, was die DDR unter der völkerrechtlichen Anerkennung versteht. Herr Gasteyger sprach vorhin über die wirtschaftlichen Beziehungen, die für die DDR sehr wichtig seien. Ehrlich gesagt, habe ich mich mit dieser Frage grundsätzlich nicht befaßt.

Sommer

Was stellen Sie sich selber vor, Herr Rakowski, wenn Sie die Dokumente des Warschauer Paktes lesen? Dort ist einmal von völkerrechtlicher Anerkennung die Rede, während es ein anderes Mal Anerkennung der Existenz der DDR heißt. Ist das für Sie ein Unterschied oder nicht?

Rakowski

Es sind zwei verschiedene Formeln.

Sommer

Sie sehen also einen Unterschied.

Kertész

Das ist eine Stilfrage; es bedeutet dasselbe.

Grosser

Die Frage von Herrn Sommer war doch ganz klar: Entspricht das, was Willy Brandt in der Regierungserklärung gesagt hat, den Forderungen Warschaus oder nicht?

Sommer

Oder entspricht es ihnen jedenfalls so weit, daß die Verhandlungen über Entspannung beginnen könnten?

Rakowski

Für mich bedeutet die Formel von der Existenz zweier deutscher Staaten sehr viel. Das ist viel mehr, als man erwarten konnte.

Sommer

Gut, das ist ein Wort.

Kertész

Aufgrund der bisherigen Diskussion scheint sich dieser Kreis weitgehend darin einig zu sein, daß die völkerrechtliche Anerkennung der DDR nur noch eine Frage der Zeit ist. Trotzdem überwiegen jene Ansichten, die eine sofortige Anerkennung für schädlich halten. Sie werden im allgemeinen damit begründet, daß man durch die Verzögerung der Anerkennung taktische Vorteile gewinnen, das heißt die Anerkennung als ein Mittel des diplomatischen Drucks anwenden könnte. Diese Argumente wurden noch durch den Hinweis ergänzt, daß die sofortige Anerkennung für die DDR gewisse wirtschaftliche Nachteile bringen würde.

Die bisherigen Erfahrungen beweisen, daß man durch Druck nichts von der DDR erzwingen kann. Im Gegenteil: gerade infolge einer solchen Politik wandte die DDR Maßnahmen an, die man westlicherseits für un bequem hält und kritisiert. An der Vergangenheit kann man jedoch nichts ändern, man kann nur von der gegebenen Situation ausgehen.

Wenn Bonn jetzt die völkerrechtliche Anerkennung anbieten würde, so würde es dadurch sämtliche denkbaren Forderungen des anderen Partners erfüllen, und auf diese Weise eine Zwistigkeit endgültig aus der Welt schaffen, die seit langem die politische Atmosphäre in Europa beeinträchtigt. Dadurch würde Bonn auch der Entspannung dienen, ohne meiner Ansicht nach zu große Opfer bringen zu müssen.

Die Existenz der DDR als selbständiger Staat hängt letzten Endes nicht von dieser Anerkennung ab. Zum anderen wäre dieser Schritt auch der Bundesrepublik nützlich. Sie würde dadurch in ihrer gesamten Außenpolitik, und vor allem in ihrer Ostpolitik, eine wesentlich größere Bewegungsfreiheit gewinnen, und ihre außenpolitischen Initiativen wären nicht von dieser ungelösten Frage belastet.

Was die Argumentation anbelangt, die DDR habe ein wirtschaftliches Interesse an einer Nichtanerkennung, so kann man es ruhig der DDR überlassen zu entscheiden, was wirklich in ihrem Interesse liegt.

Ich habe das Gefühl, daß die Diskussion bisher zu sehr unter dem Eindruck der sehr geistreichen einleitenden Erörterungen von Herrn Grosser steht. So interessant die Analyse von Herrn Grosser auch war, meine ich doch, daß sie teilweise eine Belastung ist. Das Referat ließ eine Bilanz der Entspannungspolitik erkennen, als hätte man im Westen große und erfolgreiche Anstrengungen unternommen, während dagegen im Osten nichts, beziehungsweise nur Schädliches und Schlechtes geschehen wäre. Eine solche Bilanz ist falsch.

Sicherlich hat es im Westen positive Änderungen gegeben. Als eine solche positive Änderung müssen wir zum Beispiel das Zustandekommen der neuen Bonner Regierung und einige ihrer außenpolitischen Initiativen betrachten. Das ist vielversprechend, zunächst aber nicht viel mehr als ein Versprechen, besonders wenn wir in Betracht ziehen, daß die zwanzigjährige politische Vergangenheit der Bundesrepublik wesentlich dazu beitrug, daß in Europa falsche Situationen und falsche Vorstellungen entstanden. Es ist noch viel zu tun, damit dieses belastende Erbe verschwindet.

Selbst in diesem Kreis ist die schädliche Wirkung der Vergangenheit in Form gewisser Vorurteile festzustellen. Das zeigt sich vor allem in der Tonart, wie man über die DDR sprach. Es ist nicht meine Aufgabe, als Anwalt der DDR aufzutreten. Zur Klärung gewisser grundlegender Fragen muß man jedoch eindeutig sagen, daß die DDR ein sozialistischer Staat ist, ebenso wie die anderen. Und wenn man die innere Ordnung und die Legalität der staatlichen Existenz der DDR in Frage stellt, so könnte man das auch gegenüber jedem anderen sozialistischen Staat tun. Es ist für mich als Ungar schmeichelhaft, wenn man sagt, in Ungarn seien, im Vergleich zur DDR, die Verhältnisse glänzend. Das trifft jedoch gar nicht zu.

Damm

Das ist in diesem Kreis von niemandem behauptet worden.

Kertész

Immerhin gab es im Verlauf dieser Diskussion solche Stimmen. Es wurde zum Beispiel gesagt, man müßte von der DDR erzwingen, nicht auf jene zu schießen, die ihr Territorium illegal zu verlassen versuchen. Dazu muß ich bemerken: Wer versucht, Ungarn illegal ohne die erforderlichen Dokumente zu verlassen, muß auch damit rechnen, daß an der Grenze auf ihn geschossen wird, wenn er trotz des Haltrufes weitergeht. Jedes Land trifft seine Grenzschutzmaßnahmen, die sicherlich unterschiedlich beurteilt werden können; keine ausländische Kritik vermag an ihnen jedoch etwas zu ändern.

Wocker

Nicht wir, aber Sie können es ändern.

Kertész

Sicher, ändern könnte man das nur von innen, nicht von außen.

Sommer

Hier wird auch nicht mehr verlangt als eine Änderung durch die zuständigen Behörden der DDR.

Gräfin Dönhoff

Es kommt aber in Ungarn selten vor, daß jemand sein Vaterland verlassen möchte, während in dem Staat, über den wir sprechen ...

Kertész

In dieser Hinsicht besteht zwischen der DDR und Ungarn der große Unterschied, daß es neben dem sozialistischen Ungarn kein kapitalistisches Ungarn gibt, während neben der DDR die größte kapitalistische Wirtschaftsmacht Europas existiert, die auf einen Teil der Bevölkerung des anderen Deutschlands eine enorme Anziehungskraft ausübt. Man muß hinzufügen, daß diese Anziehungskraft in der Vergangenheit hemmungslos mißbraucht wurde.

Die DDR steht also im Unterschied zu Ungarn unter großem Druck. Wenn dieser Druck geringer wird, gelangt auch die DDR in die Lage, viele Fragen mit anderen Methoden zu lösen. Übrigens wurden in jüngster Vergangenheit auch gegen Ungarn solche Angriffe gestartet, wie sie hier im Zusammenhang mit der DDR zur Sprache kamen.

Zur Bilanz der Entspannungspolitik gehört meiner Ansicht nach nicht unbedingt, daß der gegen die sozialistischen Länder gerichtete Druck ein auch heute noch wirksamer Faktor ist. Zur Verbesserung der Lage ist es also notwendig, unter die von uns allen verurteilte Vergangenheit einen Schlußstrich zu ziehen.

Grosser

Nennen Sie einen Schlußstrich ziehen, wenn man ...

Kertész

... die DDR sofort bedingungslos völkerrechtlich anerkennt.

Grosser

Schlußstrich heißt für Sie: akzeptieren, daß geschossen wird?

Kertész

Man muß es akzeptieren, denn man kann nichts daran ändern!

Grosser

Und worin besteht dann die Entspannungsleistung der östlichen Seite, von der Sie sagten, daß ich sie unterbewertet habe? Können Sie einige Beispiele anführen?

Kertész

Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe Initiativen zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen nennen. Darauf werden wir aber sicherlich noch eingehen, wenn wir die Frage der Europäischen Sicherheitskonferenz behandeln.

Übrigens stimme ich mit der Forderung, daß man gegenseitig Kritik üben sollte, vollkommen überein. Für alle Gesellschaftssysteme ist es notwendig, daß Außenstehende ihre Meinung über sie äußern. Es gibt jedoch Fälle, bei denen ich es, um harte Debatten zu vermeiden, rein pragmatisch für besser halte, wenn diese Kritik vorsichtig ist und eher durch Selbstkritik ersetzt wird. Ich möchte allerdings hier, was die Selbstkritik anbelangt, nicht mit gutem Beispiel vorangehen.

Kohnstamm

Muß die Kritik an der NPD auch sehr vorsichtig sein?

Kertész

Das ist kein Vergleich. Denn unsere Kritik befand sich in diesem Punkt in völliger Übereinstimmung mit dem überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik.

Grosser

Unsere Kritik stimmte völlig überein mit der des überwiegenden Teiles der öffentlichen Meinung in der Tschechoslowakei.

Sommer

Wenn ein Schlußstrich in Europa bedeuten soll: Anerkennung des Bestehenden einschließlich des Schießens an der Mauer und ähnlicher Dinge, oder wenn er gar bedeuten soll, daß der Westen auf einer Europäischen Sicherheitskonferenz den östlichen Begriff von Nichtintervention und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates akzeptieren muß, dann wird aus der Entspannung auch in dieser nächsten Phase nicht viel werden. Wir sollten uns bemühen herauszufinden, welche Chancen für eine Entspannung es bei allen diesen Problemen gibt.

Mates

Ich kann nicht mit Ihnen übereinstimmen, Herr Kertész, daß man das Erschießen von Menschen, die ein Land verlassen wollen, einfach hinnehmen muß. Man kann es natürlich von außen nicht verhindern; denn es ist das souveräne Recht eines Staates, auf seine Bürger zu schießen. Aber kein Bürger sollte das als etwas Selbstverständliches ansehen.

Ich sagte bereits, daß die inneren Verhältnisse in einem Land dann ausschlaggebend für die Entspannung sind, wenn sie auf die internationalen Beziehungen einen Einfluß haben. So ist es zum Beispiel für die Bürger der Bundesrepublik nicht das gleiche, ob ein Ungar oder ein Deutscher erschossen wird. Wir leben in einem Zeitalter, in dem die nationalen Gesinnungen und Gefühle noch sehr stark sind. Wir können verschiedene Ansichten darüber haben, aber diese Grenzzwischenfälle und alles, was hüben und drüben geschieht, spielen auch in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und für das ganze Problem eine große Rolle.

Damm

Ist Ihnen bekannt, Herr Kertész, daß es außer der sicherlich nicht zu bestreitenden Anziehungskraft des "kapitalistischen Systems" in der Bundesrepublik eine ganze Reihe weiterer Motive für die Flucht gibt, die mit den ökonomischen so gut wie nichts zu tun haben? Ich meine jene andere Anziehungskraft, die hier eben auch vorhanden ist, nämlich die Freiheit, zum Beispiel seinen Beruf so zu wählen, wie man es will. Ich spreche von ganz konkreten Dingen.

Sommer

Zum Beispiel vom numerus clausus?

Damm

Das ist sicherlich ein schwieriges Problem. Ich denke weiter an die Freiheit, als Lehrling zu wählen, ob ich diese oder jene Lehre eingehen will. Das kann man nämlich drüben nicht ohne weiteres.

Kertész

Ich habe Verständnis für die Probleme der deutschen Spaltung und die daraus resultierende Misere. Natürlich weiß ich, daß sehr viele menschliche und andere Beweggründe vorhanden sind und nicht nur materielle Interessen. Aber das ändert alles nichts daran, daß weder durch äußeren Druck noch durch diplomatische Taktik die DDR und die anderen sozialistischen Länder zu einem anderen Grenzbewachungssystem gezwungen werden können.

Ich stimme Herrn Mates zu, daß es keine gute Sache ist, wenn Menschen erschossen werden. Ich wollte das auch nicht verteidigen. Ich habe nur versucht, die Situation zu erklären und anzudeuten,

aufgrund welcher Faktoren diese Lage entstanden ist. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß jeder souveräne Staat über Ausreisevorschriften selbst entscheidet.

Grosser

In der von allen Staaten unterschriebenen UNO-Charta steht, daß es das freie Recht jedes einzelnen ist, das Land zu verlassen, welches er verlassen will.

Damm

Das steht auch in der europäischen Charta der Menschenrechte.

Kertész

Auch Sie können aus der Bundesrepublik nicht ohne ein Reisedokument wegspezieren.

Sommer

Mit einem gültigen Ticket kann man als Deutscher ohne irgendwelche Formalitäten aus der Bundesrepublik ausreisen.

Kertész

Jeder Staat macht das nach seiner Fassung. Die Amerikaner dürfen zum Beispiel nicht nach Kuba reisen. Das steht auch im Gegensatz zu ihren Prinzipien.

Meunier

Ich halte es nicht für möglich, von der anderen Seite - im Rahmen welcher Regelung auch immer - zu verlangen oder zu erhoffen, daß sie auf die Schießereien verzichtet. Sonst stünde sie im Grunde in der gleichen Situation wie vor 1961, als es die Mauer noch nicht gab. Denn wenn man nicht bis zu dieser Konsequenz geht, können die Menschen ja in den Westen gelangen. Hier spielt eben das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West, von dem Herr Kertész sprach, eine entscheidende Rolle. Solange in dieser Hinsicht keine Änderung erkennbar ist - und ich sehe nicht, daß sie in absehbarer Zeit erwartet werden kann;-, müssen wir diesen Tatbestand hinnehmen, auch wenn er uns nicht paßt.

Bondy

Sie haben Ungarn ein wenig Unrecht getan, Herr Kertész, als Sie erklärten, Sozialismus sei gleich Sozialismus; im wesentlichen würden sich alle sozialistischen Staaten gleichen. So wenig wie wir behaupten würden, daß im Westen die Bundesrepublik, de Gaulles und Pompidous Frankreich, Wilsons England und das Amerika - sagen wir - des Vietnamkrieges ein und dasselbe sind, nämlich "Westen" und "Kapitalismus", sondern sie als sehr verschiedene Länder mit unterschiedlichen historischen Verhältnissen betrachten, genauso müssen wir uns das Recht nehmen, wenigstens in der Analyse zwischen den verschiedenen Nationen und Ländern im Osten zu unterscheiden, wie sie sich entwickelt haben.

Und da wird nun deutlich, daß Ungarn heute ein Privileg besitzt. Es hat freiere Ausdrucksmöglichkeiten für Philosophen, Historiker, Soziologen und Schriftsteller als zum Beispiel Polen, das einen Ökonomen wie Brusz, einen Philosophen wie Adam Schaff oder einen Dramatiker wie Mrozek nicht mehr dulden kann. In Ungarn geschieht nichts dergleichen.

Es gibt für uns also große, und kulturell gesehen, wichtige Unterschiede zwischen den sozialistischen Ländern. Es besteht auch keine besondere Verwandtschaft zwischen den verschiedenen Volksdemokratien. Wenn Sie sich überlegen, wo Ihre großen Philosophen wie Georg Lukács, Ihre Romanciers wie Tibor Dery, Ihre Soziologen wie Hegedüs, Ihre Historiker wie Agnes Heller gedruckt und gelesen werden, so geschieht das in diesem Teil Deutschlands und nicht im anderen. Es ist also nicht der sozialistische Teil Deutschlands, in dem Ihre großen sozialistischen Schriftsteller am meisten gedruckt, veröffentlicht, gelesen und diskutiert werden, sondern die Bundesrepublik. Sie ist auch das einzige Land der Welt, in dem eine Gesamtausgabe von Georg Lukács erscheint. Das ist nicht gleichgültig.

Eine andere Frage ist, ob wir aus diesem kulturellen Liberalismus in Ungarn, den wir hochschätzen und bewundern, irgendwelche weltpolitischen Konsequenzen zu ziehen haben. Rumänien steht im Sinne der Kultur und der Liberalität hinter Ungarn zurück. Außenpolitisch hat es jedoch trotz seiner harten Kulturpolitik mehr Bewegungsfreiheit als Ungarn.

Es kann also Situationen geben, wo man im Innern eine größere kulturelle Offenheit und Freiheit hat, dagegen außenpolitisch mehr angepaßt und diszipliniert ist, während in anderen Fällen, in denen die kulturpolitischen Verhältnisse noch sehr starr, beinahe stalinistisch sind, außenpolitisch eine größere Bewegungsfreiheit vorhanden ist. So wie Herr Kogon vorhin zwischen der Selbstbestimmung der Völker und den Bedingungen des Friedens unterschieden hat, würde ich sagen, daß zwischen den inneren Freiheiten der Länder des sozialistischen Blocks und deren außenpolitischen Möglichkeiten ebenfalls Unterschiede bestehen.

Wir müssen das konstatieren und trotzdem vorsichtig sein mit den Schlüssen, die wir daraus ziehen. Wenn Polen heute nicht ein so besonders starres, kulturpolitisch im Vergleich von vor 10 Jahren rückschrittliches Land wäre, selbst wenn es überhaupt nicht kommunistisch wäre, würden dennoch die Grenzfragen zwischen diesem Polen und der Bundesrepublik genauso hart sein wie heute. So steht zum Beispiel die gesamte polnische Emigration in der Frage der Oder-Neiße-Grenze auf derselben Linie wie unsere polnischen Freunde hier. Das darf man nicht vergessen.

Es gibt also Länder, zwischen denen aus historischen Gründen, unabhängig von Ideologie, Struktur und politischem System, bedeutende lokale Probleme bestehen, sagen wir zwischen der Bundesrepublik und der DDR, zwischen der Bundesrepublik und Polen. Hier handelt es sich um Probleme, die man auch auf besondere Weise "entspannen" muß. So sollte die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht an Bedingungen geknüpft werden, sondern selbstverständlich sein. Vielleicht ist es für Ausländer leichter, so etwas zu sagen, als für Deutsche, aber da wir es alle denken, muß man es ja auch aussprechen.

Obwohl für uns diese Verschiedenheit der Beziehungen eine große Rolle spielt, haben wir trotzdem das Recht, uns besonders zu den Ländern hingezogen zu fühlen, in denen sich die verschiedensten kulturellen Entwicklungen frei abspielen. Dagegen haben wir große Schwierigkeiten mit Staaten, in denen der Ausdruck so gehemmt ist, daß wir darüber in der Diskussion nicht nur mit Höflichkeitsformeln hinwegkommen können.

Kertész

Ich bin Herrn Bondy dankbar, daß er mir Gelegenheit gibt, meine Ausführungen zu verdeutlichen, die tatsächlich mißverständlich waren. Ich meinte nicht, daß Sozialismus gleich Sozialismus ist und alle sozialistischen Staaten gleich sind. Die Unterschiede in der Außen- und in der Wirtschaftspolitik sind heute augenfällig. Mit der Feststellung, daß die DDR ebenso ein sozialistischer Staat ist wie die anderen, wollte ich lediglich sagen: hinsichtlich des Charakters der Macht und der Legalität der Staatsordnung, das heißt in bezug auf die Grundfrage unserer Diskussion, besteht kein Unterschied zwischen der DDR und den übrigen sozialistischen Ländern. Statt einer längeren Auslegung und Begründung dieser These verweise ich nur auf bekannte geschichtliche Tatsachen.

Was die Kulturpolitik betrifft, so hat Herr Bondy vollkommen recht, daß in dieser Hinsicht in Ungarn ein größerer Pluralismus besteht als in einigen anderen sozialistischen Staaten. Das sehe auch ich als ein sympathisches Merkmal an. Man sollte aber die Bedeutung dieser Erscheinung nicht überschätzen. Auch die ungarische Kulturpolitik geht natürlich von dem Primat der Interessen des Sozialismus aus, befürchtet jedoch nicht, daß diese Interessen von einem abstrakten Bild oder von einem gesellschaftskritischen Roman gefährdet werden können.

Die Fragen der Kulturpolitik stehen jedoch, wie auch Herr Bondy bemerkte, kaum in direktem Zusammenhang mit der Entspannung. Es wäre lächerlich, an irgendein Land kulturpolitische Forderungen zu stellen. Es scheint aber zuzutreffen, daß die Entspannung zu wachsender kulturpolitischer Pluralität führen könnte. Aus diesem Grunde ist es von Nutzen, für die Entspannung zu arbeiten.

Wir Ungarn sind natürlich stolz auf die großen internationalen Erfolge von Georg Lukács und seiner Schule. Georg Lukács verdankt seine Popularitäten der Bundesrepublik nicht allein der Tatsache, daß er ein hervorragender Philosoph ist, und schon gar nicht dem Umstand, daß er ein ungarischer Philosoph ist. Diese Anerkennung ist auch darauf zurückzuführen, daß er aufgrund seines wissenschaftlichen Habitus und seines geistigen Standorts halbwegs ein Deutscher ist.

Sommer

Ich habe die bisherige Behandlung der deutschen Frage nicht als innerdeutsche Lockerungsgymnastik verstanden, sondern als einen der großen Streitfälle, welche der Entspannung im Wege stehen. Welches sind nun die Voraussetzungen dafür, daß die Entspannung in Gang kommen kann?

Müssen gewisse Einigungen schon am Anfang stehen, oder kommt es darauf an, zunächst einmal in Verhandlungen einzutreten und dann darauf zu vertrauen, daß dieser Prozeß zu akzeptablen Lösungen für beide Seiten führt?

Müssen alle diese Vorgänge multilateral geschehen, also auf der Basis Block-zu-Block, oder können sie gleichzeitig, wenn nicht sogar vorgängig auf bilateraler Ebene stattfinden? Schließt das eine das andere aus? Ich denke dabei an einen Aufsatz von DDR-Außenminister Winzer in "Neues Deutschland", in dem er vor kurzem zum Ausdruck brachte, daß das Bonner Drängen auf bilaterale Verhandlungen und Abkommen einige Zweifel hervorrufe und keine notwendige Etappe auf dem Wege zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz sei - mit anderen Worten zur Entspannung.

Kohnstamm

Ich darf kurz etwas vorausschicken, damit Sie meine Bemerkungen, die ein wenig kritisch gegenüber dem bisherigen Gespräch sein werden, nicht mißverstehen. Während des Empfanges des Bundespräsidenten in Holland habe ich meinen holländischen Freunden ihre Zurückhaltung vorgeworfen, weil darin eine große Selbstgerechtigkeit zum Ausdruck kam. Ich habe gefragt: Wie ist denn die holländische Neutralitätspolitik in den dreißiger Jahren zu beurteilen? Hat diese Haltung etwas gegen die dann kommende Katastrophe getan? Können wir wirklich so sicher sein, daß wir unter gleichen Umständen so ganz anders gehandelt hätten als die Deutschen?

Nach einem Gespräch über diese Fragen nahm ich heute morgen an einem Frühstück im Palast teil, wo sich der Bundespräsident in Amsterdam aufhielt. Als ich von diesem Palast aus auf den Damm blickte, wo jetzt die deutsche Fahne wehte, da gab es einen Augenblick, in dem ich mir sagte: Ich verstehe doch, daß es schwierig ist, die Vergangenheit zu überwinden.

Die Oder-Neiße-Frage scheint mir in diesem Lichte keine taktische, kaum eine politische, sondern eher eine moralische Frage zu sein. Ob Gegenleistung oder nicht, ob die polnische Regierung eine vernünftige oder eine unvernünftige Haltung zeigt: je eher diese Grenze anerkannt wird, um so besser ist es für die Bundesrepublik, für die Entspannung und für uns alle.

Was jedoch die innerdeutschen Beziehungen angeht, so habe ich meinen nichtdeutschen Freunden gegenüber immer die Auffassung vertreten, daß Deutschland im Hinblick auf dieses Problem federführend sein müsse, wenn sich unsere Solidarität auf mehr als nur auf Butter und Milch beziehen sollte. Solange wir es mit einer demokratischen deutschen Regierung zu tun haben, muß diese selbst entscheiden, wie weit sie in dieser Frage gehen will. Wir müssen uns da zurückhalten.

Wie die Deutschen zusammenleben, ist für sie selbst eine äußerst wichtige Frage und deshalb auch für alle diejenigen, die Solidarität mit Deutschland suchen. Aber die völkerrechtliche Anerkennung scheint mir eher eine taktische Frage zu sein. Die Zeit und die Intelligenz, die man dafür aufbringt, könnte man besser anders verwenden.

Bei einem Gespräch über echte Entspannung muß von etwas anderem die Rede sein als von der notwendigen Bereinigung der Probleme, die zwischen der Bundesrepublik und einigen ihrer kleineren Nachbarn, wie Polen oder der Tschechoslowakei bestehen. Diese Bereinigung sollte mehr aus moralischen als aus politischen Gründen erfolgen. Aber Entspannung ist etwas anderes.

Der Spielraum der Entspannungspolitik hängt nicht davon ab, ob man die DDR völkerrechtlich anerkennt oder nicht, sondern davon, inwieweit die Sowjetunion bereit ist, Änderungen in ihren inneren Verhältnissen und in ihren Beziehungen zu den anderen sozialistischen Staaten zuzulassen. Es geht im Rahmen der Entspannung nur um folgende Frage: Wie würde sich eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der DDR auf das Verhalten der Sowjetunion auswirken? Der Spielraum der Entspannungspolitik hängt von Moskau ab und von nichts anderem sonst.

Sommer

Ich stimme Ihnen zu, Herr Kohnstamm, daß Entspannung per se unabhängig von der deutschen Frage geschehen muß. Es wird allerdings kaum eine Entspannung auf dem größeren europäischen Schachbrett geben, wenn nicht in der deutschen Frage eine Regelung oder eine bestimmte vereinbarte Nichtregelung zustande kommt.

Kohnstamm

Was das generelle Problem des Zusammenlebens der Deutschen anbelangt, so haben Sie sicher recht. Aber die Frage der einen oder der anderen rechtlichen Form scheint mir nur dann wichtig zu

sein, wenn man überzeugend nachweisen kann, daß das auch auf Moskau einen gewissen Einfluß hat.

Sommer

Die Frage nach der rechtlichen Form steht jetzt nicht mehr zur Debatte. Es geht vielleicht noch um die Qualität der einen oder der anderen Lebensform. Wir sprechen jetzt darüber, inwieweit das Zusammenleben der Deutschen für das der Europäer von Bedeutung sein kann.

Tomala

Herr Grosser appellierte in seinem Referat an unser Verständnis dafür, daß Deutschland 20 bis 25 Prozent seines ursprünglichen Territoriums aufgeben mußte. Ein solches Verständnis ist bei uns vorhanden. Gomulka sagte auf dem 3. Parteitag 1958: "Wir verstehen, daß die Abtrennung eines Territoriums, auch wenn dieses unrechtmäßig erworben wurde, für ein Volk nicht leicht ist. Wir selbst wissen das gut." Mehr kann er, glaube Ich, nicht sagen.

Auf der anderen Seite haben Sie hier vergessen, was die deutsch-polnische Grenze für Polen bedeutet. Diese Grenze wird seit 1918 von keiner deutschen Regierung - abgesehen von der DDR - anerkannt. Nach dem Versailler Vertrag erfolgte keine Anerkennung. 1934 kam eine Deklaration über den Nichtangriffspakt zustande, und wie das gemeint war, haben wir am 1. September 1939 mit allen Folgen erlebt. Deshalb handelt es sich unserer Ansicht nach nicht um eine Forderung, sondern um eine Selbstverständlichkeit. Die Bundesrepublik muß die Grenze anerkennen, wenn sie Ihrer Ostpolitik Glaubwürdigkeit verschaffen will. Hier liegt der Hauptansatzpunkt zu allen möglichen anderen Regelungen zwischen Polen und der Bundesrepublik.

Ich habe im Westen oft das Argument gehört, der polnischen Regierung sei im Grunde gar nicht an einer Anerkennung der Grenze durch die Bundesrepublik gelegen, weil die Nichtanerkennung der polnischen Regierung dazu diene, den Zusammenhalt des Volkes zu gewährleisten. Wenn man aus diesem Grunde die Grenze nicht anerkennt, dann empfiehlt es sich, sie anzuerkennen.

Sommer

Sie sagen, Herr Tomala, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze müsse der Ansatzpunkt für alle weiteren Entwicklungen im deutsch-polnischen Verhältnis sein. Hat demnach die Anerkennung am Beginn zu stehen, oder kann sie an irgendeinem Punkt des Gesprächs erfolgen?

Tomala

Ein Gespräch kann sehr weit aufgefaßt werden. Die Anerkennung muß aber am Beginn stehen.

In dieser Hinsicht hat sich die Lage in der Bundesrepublik etwas verändert. Darüber haben wir auch unsere Bevölkerung unterrichtet. Man kann unserer Regierung und den Massenmedien nicht vorwerfen, hier Schwarzweißmalerei zu betreiben. Vielleicht gab es zu viel schwarze Farbe, aber sie wurde frei Warschau von Bonn geliefert.

Wenn hier gefragt wurde, was man für die Anerkennung des Status quo - und dazu gehört auch die Oder-Neiße-Grenze - einhandeln könne, so steht ein solches Denken im Widerspruch zu dem, was Bundeskanzler Brandt gesagt hat. Auf den Vorwurf, er sei ein Kanzler des Verzichts und betreibe den Ausverkauf Deutschlands, antwortete er im Bundestag: Auf Illusionen, auf etwas, das man nicht besitzt, kann man nicht verzichten.

Man sollte in der deutschen Außenpolitik das Wort Kontinuität vermeiden und statt dessen die Erneuerung stärker betonen und sie schließlich auch Wirklichkeit werden lassen. Entschuldigen Sie, wenn ich mich hier in die inneren Angelegenheiten der Außenpolitik der Bundesrepublik einmische.

Meunier

So wie Ostberlin vor Beginn irgendwelcher Gespräche die völkerrechtliche Anerkennung verlangt, genauso argumentieren Sie, Herr Tomala, hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze, wobei ich durchaus die Unterschiede sehe; Muß das sein? Sehen Sie nicht, daß für die Bundesrepublik mit einer solchen Vorweg-Anerkennung verhandlungstaktisch ein Präzedenzfall heraufbeschworen wird, der ihre Verhandlungen mit der DDR erschweren und belasten muß?

Dabei wissen Sie im Grunde, daß am Ende der Verhandlungen, die jetzt hoffentlich beginnen, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Bonn stehen wird. Ich sehe keinen Grund, wie man daran noch zweifeln kann.

Sänger

Am 25. März 1959 sagte der damalige französische Präsident de Gaulle: "Die Wiedervereinigung der beiden gegenwärtig getrennten Teile zu einem Deutschland, das völlig frei wäre, betrachten wir als das Ziel und das normale Schicksal des deutschen Volkes, vorausgesetzt, daß es seine gegenwärtigen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden nicht in Frage stellt." De Gaulle hat die Grenze damit zwar nicht de jure anerkannt, sie aber doch respektiert.

Wenn jetzt nach Jahren der politischen Auseinandersetzungen das Gespräch beginnt, sollten wir uns auch noch über eine andere Tatsache verständigen können. Bereits unsere vorige Regierung hat gesagt: Wir wenden keine Gewalt an. Da die polnische Regierung erklärt, daß sie freiwillig nichts zurückgeben wird, kann weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin etwas geschehen. Hier beginnt die politische Arbeit. Wir müssen uns zusammensetzen, ohne von vornherein auf einer bestimmten Formel zu bestehen, und sehen, wie wir zu der Formulierung eines von beiden Seiten respektierten Tatbestandes kommen können.

Grosser

Die erste Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch General de Gaulle erfolgte im Dezember 1944 in einer Verhandlung mit Stalin. Das hat er dann im März 1959 sozusagen noch einmal bestätigt.

Tomala

General de Gaulle sprach nicht nur von der Oder-Neiße-Grenze, sondern von den aktuellen Grenzen Deutschlands im Norden, im Osten, im Süden und im Westen.

Damm

Ich kann verstehen, wenn Sie sagen, Herr Tómalá, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie sei eine Selbstverständlichkeit. Dem hätte aber auf polnischer Seite das Aufgeben der Forderung zu entsprechen, daß wir mit der Oder-Neiße-Linie gleichzeitig die DDR anerkennen müssen.

Tomala

In der Regierungserklärung hat die Bundesregierung selbst anerkannt, daß es zwei deutsche Staaten gibt.

Damm

Aber die völkerrechtliche Anerkennung wurde noch nicht ausgesprochen. Sie müßten Ostberlin klarmachen, daß es für Sie kein Junktim zwischen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der DDR mehr gibt.

Grosser

Wenn ich die polnische Reaktion auf das Brandt-Interview mit der Zeitschrift "Zycie Warszawy" richtig verstanden habe, ist Polen jetzt im Begriff, seinen Vertrag mit der DDR fallen zu lassen. Artikel fünf dieses Vertrages besagt - darauf wies Herr Damm eben hin;- , daß die Oder-Neiße-Grenze und die DDR im gleichen Zuge anerkannt werden müssen.

Tomala

Wo steht das?

Grosser

In dem Vertrag, der 1967 zwischen Polen und der DDR abgeschlossen wurde.

Meine Frage ist: Geht es am Anfang des Gesprächs zwischen Polen und der Bundesrepublik nur noch um die Oder-Neiße-Linie, oder handelt es sich weiterhin um beide Anerkennungen, wie es im Vertrag mit der DDR steht?

Tomala

In diesem Vorschlag vom 17. Mai 1969, an den auch die letzte Note der Bundesrepublik anknüpft, forderten wir einen bilateralen Vertragsabschluß zwischen Polen und der Bundesrepublik über eine volle und endgültige Anerkennung der Grenzen an der Oder-Neiße. Hier war also kein dritter Staat angesprochen.

Diesen Vorschlag zu bilateralen Gesprächen wollen wir zugleich als einen Beitrag zur gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz anbieten. Wie Sie wissen, wurde in den Prager Beschlüssen die Frage angeschnitten, inwieweit vor der Konferenz bilaterale Gespräche geführt werden können. Auf diese Weise will man die Konferenz von bestimmten Problemen entlasten.

Wie ich der bundesdeutschen Presse entnehme, ist bei Ihnen jetzt von deutsch-polnischen Gesprächen die Rede. Man vermeidet ausdrücklich das Wort Verhandlungen. Das wirft ein Licht auf mögliche Ergebnisse. Denn sprechen kann man über vieles, ohne zu konkreten Vereinbarungen zu kommen. Diese Verhandlungen und die Einstellung der Bundesrepublik zur Grenzfrage überhaupt ist für uns so eine Art Lackmuspapier: rot oder blau - das wird sich noch zeigen.

Sommer

Blau!

Tomala

Das muß sich erst erweisen!

Hier wurde auch von der innenpolitischen Problematik in der Bundesrepublik gesprochen. Dazu möchte ich bemerken: Obwohl Willy Brandt im Wahlkampf als Verzichtspolitiker beschimpft wurde, hat die SPD einige Prozent an Stimmen gewonnen, während auf der anderen Seite ein Mann wie Rehs, der zur CDU überwechselte, durchfiel. Er war also für die CDU kein gutes Geschäft.

Ich sehe darin ein Symptom für eine realistischere Haltung der Bevölkerung in der Bundesrepublik zur Frage der Oder-Neiße-Grenze. Das wird bei uns anerkannt und entsprechend honoriert, sofern wir daraus entnehmen, daß man die Grenze zu Polen ohne Vorbehalt anerkennt. Wladislaw Gomulka hat auf dem 20. Jahrestag der DDR auch über die Problematik, die zwischen Polen und der Bundesrepublik besteht, gesprochen und gesagt: Wenn die neue Regierung in Bonn genügend Realismus zeigt und die Chance zu friedlichen und normalen Beziehungen nutzt, dann wird das von Vorteil für die Beziehungen mit den sozialistischen Staaten sein.

Wir wollen die Gespräche mit der Bundesrepublik keineswegs mit unserer Haltung zur DDR koppeln. Mit diesem Staat haben wir weitgehende politische, wirtschaftliche und andere Vereinbarungen, die außer Diskussion stehen. Das werden Sie sicher akzeptieren. Für die Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat scheint mir eine gesamteuropäische Konferenz, zu der die beiden deutschen Staaten gleichberechtigt erscheinen würden, eine günstige Voraussetzung zu sein. Alle dort getroffenen Vereinbarungen werden beide deutsche Staaten im gleichen Maße angehen und beide verpflichtet, sie einzuhalten. Hier sehe ich eine Möglichkeit, die strittigen Fragen zu lösen. Darin stimme ich mit allen denen überein, die realistisch über diese Problematik denken.

Kogon

Auf die Frage von Herrn Sommer, ob man von den Deutschen bei Verhandlungen im voraus die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze verlange, haben Sie geantwortet, Herr Tomala: "Ja, dies von vornherein." Ich frage Sie jetzt, ob es nicht doch einen Zwischenweg gäbe.

Hinter dem Wort Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze verbirgt sich ja auch für Sie vor allem ein deutsches Problem - weniger ein polnisches. Wenn Sie ein anderes Verhältnis zu uns erreichen möchten, dann wollen Sie doch wissen, was die Bundesrepublik eigentlich meint, wenn sie sagt, sie könne jetzt nicht anerkennen. Selbst in einem so wohlwollenden Sinne, wie Herr Sänger es dargestellt hat, wird das Problem nur hinausgeschoben. Die Bundesrepublik sagt: Wir wollen konkret verhandeln, aber wir können nicht anerkennen. Das scheint hauptsächlich innenpolitische Gründe zu haben.

Warum können wir nicht außerhalb offizieller Verhandlungen Kommissionen einrichten, in denen Sachprobleme, die zwischen unseren Völkern bestehen, besprochen werden? In einer dieser Kommissionen könnten Sie die Frage stellen, was wir denn meinen, wenn wir sagen, wir könnten nicht anerkennen. Das kann für Sie nicht uninteressant sein, selbst wenn Ihrer - wie auch meiner - Meinung nach nichts anderes herauskommt als ein besseres Bewußtsein bei den deutschen Verhandlungspartnern.

Im ganzen Osten sagt man seit Jahren: Erstens sind die Deutschen gescheite Leute; zweitens sind sie in der Geschichte sehr effizient, im positiven wie im negativen Sinne. Wenn sie drittens sagen, sie können nicht anerkennen, dann heißt das doch Revision. Die Deutschen versichern, sie wollten eine solche Revision ohne Gewalt erreichen. Sie erklären aber nicht, was sie denn ohne Gewalt an der Oder-Neiße erreichen wollen: ob tausend Quadratkilometer oder hunderttausend oder alles; ob Autonomie, Rückkehr, Restitution oder was immer dahinterstecken mag. Warum wollen Sie das nicht in einer Kommission mit uns erörtern? Damit würden Sie uns in die Situation versetzen, nicht von vornherein unterschreiben zu müssen.

Ich komme hier rein psychologisch den deutschen Schwierigkeiten entgegen. Warum Sie sich darauf nicht einlassen können, habe ich noch nie verstanden.

Rakowski

Natürlich sind wir daran interessiert zu erfahren, was die Westdeutschen wirklich über die deutsch-polnischen Beziehungen denken. Sicher könnten in den Debatten solcher Kommissionen derartige Fragen geklärt werden. Da wir aber das politische Leben in der Bundesrepublik sehr genau beobachten, wissen wir, was die Politiker, Journalisten und alle, die in der Politik arbeiten, wirklich denken.

Offen gesagt, sind wir manchmal ziemlich enttäuscht; denn für uns ist die Frage der Oder-Neiße-Grenze kein Problem der Sicherheit. Wir sind in Polen vielmehr der Meinung, daß es an der Zeit ist, eine allgemeine europäische Zusammenarbeit zu verwirklichen. Das kann schon dadurch geschehen, daß zwischen Polen und der Bundesrepublik die Beziehungen auf allen möglichen Gebieten verbessert und normalisiert werden. Aber die Kernfrage bleibt die Oder-Neiße-Grenze. Sicher ist diese für uns ein Symbol, wie Herr Bender sagte, aber ein sehr wichtiges Symbol. Und manchmal bewirkt ein Symbol mehr als irgendwelche Fakten.

Daher ist bis zu einem gewissen Grade die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze für uns auch eine wichtige innerdeutsche Frage. Ich habe die politische Entwicklung in der Bundesrepublik in den letzten Monaten verfolgt, und ich habe eine gewisse Sympathie für die neue Regierung. Wenn ich mir aber die westdeutsche Presse ansehe, so finde ich sehr oft wieder die alten Formeln: "Diese Maximalforderung", "Alles oder nichts" und so weiter ...

Wir würden die Oder-Neiße-Grenze sehr gern von der Tagesordnung absetzen. Aber leider geht es nicht. Manchmal wird man müde dabei. Wenn die polnischen politischen Kreise bereit sind, eine Verbesserung der Beziehungen mit der Bundesrepublik durchzusetzen, dann liegt darin auch eine Gelegenheit für die Deutschen. Wenn diese Bemühungen fehlschlagen, weiß ich nicht, was in den nächsten fünf oder zehn Jahren werden soll.

Damm

Müssen wir nicht befürchten, daß die Schritte zu besseren Beziehungen der Bundesrepublik etwa zu Polen und zu anderen osteuropäischen Staaten einschließlich des anderen Teiles Deutschlands ähnliche Reaktionen hervorrufen können, wie sie Moskau als Begründung der Intervention in der Tschechoslowakei dienten? Es wurde behauptet, daß unter anderem die Bundesrepublik den Versuch gemacht hätte, die Liberalisierungstendenzen in der Tschechoslowakei auszunutzen, um die CSSR aus dem Warschauer Pakt und aus dem Ostblock herauszubrechen.

Tomala

In der Tschechoslowakei waren weder die Regierung noch die Partei mehr Herr der Lage, was gefährliche Konsequenzen hätte haben können. Es hat dort Leute gegeben, die mit einer Veränderung des Status quo spielten.

Damm

Ich möchte versuchen, das Problem der Oder-Neiße-Linie aus der starren Konfrontation der Meinungen zu lösen. Könnten Sie sich unter dem Aspekt einer grundsätzlichen Anerkennung dennoch kleine Korrekturen an dieser Grenze am Ende der Verhandlung vorstellen? So könnte zum Beispiel eine Stadt wie Frankfurt an der Oder, die durch den Fluß geteilt ist, wieder zu einer Stadt werden, und zwar so, daß sie dorthin gehört, wo sich heute schon der größere Teil befindet, also zur "DDR". Für Küstrin gilt, soweit ich das geographisch in Erinnerung habe, das gleiche. Daß eine Stadt wieder ein Ganzes sein kann, hat auch etwas mit Befriedung und Humanisierung zu tun.

Kertész

Soll in Ihrem Sinne auch Berlin wieder zu einer Stadt werden, Herr Damm?

Damm

Ja, unter Vier-Mächte-Verantwortung. Ich würde es sehr begrüßen, wenn in ganz Berlin die gleichen freiheitlichen Verhältnisse wie in Westberlin gelten könnten.

Tomala

Sie meinen also, man sollte den Zustand von vor 1945 wiederherstellen?

Damm

Ja, wenn die vier Mächte die Verantwortung übernehmen.

Tomala

Bei Ihren Fragen, Herr Damm, habe ich den Eindruck, daß wir uns noch im Jahre 1952 befinden, wo man in der Bundesrepublik ebenfalls über Kondominium und über die Rückgabe von Stettin sprach. Sie sagen, die Städte seien geteilt. Das muß ich berichtigen. Für uns handelt es sich hier nicht um eine Teilung; denn Frankfurt an der Oder und Görlitz liegen zu 95% auf der Seite der DDR.

Bundeskanzler Brandt sagte, er wolle die deutschpolnischen Beziehungen in Zukunft so gestalten, daß es keine Saat für Streitigkeiten mehr gibt. Was Sie nun vorschlagen, muß man als eine solche Saat ansehen. Das würde die Beziehungen sofort wieder belasten. Sollte man in den Verhandlungen zwischen Polen und der Bundesrepublik solche Fragen stellen, werden diese Gespräche sofort abgebrochen. Sie werden wenige Menschen in der Bundesrepublik finden, Herr Damm, die Ihren Standpunkt gutheißen. Ich möchte daher Ihre Fragen hier als einen Irrtum ansehen.

Damm

Das können Sie mir nicht unterstellen, Herr Tomala; denn ich habe mir schon überlegt, was ich sagte. Ich hatte sogar noch vergessen, Sie zu fragen, wie es außerdem mit dem Minderheitenrecht der 1,1 Millionen Deutschen in Polen steht.

Rakowski

Wer in der Bundesrepublik die Zahl der noch in Polen lebenden Deutschen so genau kennt, muß schon über einen phantastischen Apparat verfügen!

Sommer

Welche Zahl wird von Ihnen genannt?

Rakowski

Niemand kennt die genaue Zahl. Es gibt nur ein paar Tausend Menschen, die sich als Deutsche betrachten.

Wocker

Dann muß Ihr Apparat aber sehr schlecht funktionieren.

Rakowski

Es gibt deutsch sprechende Leute in Polen, die einmal Bürger des Dritten Reiches und vorher der Weimarer Republik waren. Sie haben ihre polnische Staatsangehörigkeit oft demonstriert. Ich kenne solche Menschen zum Beispiel in Ostpreußen, von denen einige aus verschiedenen Gründen nach Deutschland emigrieren.

Sommer

Nur die, die dürfen ...

Rakowski

In den letzten Monaten sind zum Beispiel ziemlich viele Menschen emigriert, und zwar aus verschiedenen Gründen. Das bedeutet nicht in jedem Fall, daß sie sich als Deutsche fühlen.

Im Jahre 1945 war es das Hauptziel des polnischen Volkes, der Kommunisten und der mit ihnen verbundenen Kräfte, die Beziehungen zur Sowjetunion und zum russischen Volk zu verbessern. Dieses Ziel einer Versöhnung zwischen Russen und Polen haben wir trotz aller Schwierigkeiten erreicht.

Das zweite Ziel war die Versöhnung mit der deutschen Nation. Im Laufe der Zeit haben wir auf verschiedenen Wegen Beziehungen mit der DDR angeknüpft und inzwischen verbessert. Auch dies geschah nicht ohne Schwierigkeiten. Natürlich gibt es auch heute noch Schwierigkeiten, aber nach meiner Meinung ist dies eine positive und keine negative Erscheinung. Für uns Polen ist die DDR ein anderes Deutschland. Es ist nicht möglich, daß zwei Nationen nebeneinander ohne irgendwelche Probleme existieren.

Nun hat Gomulka am 17. Mai 1969 erklärt, es sei nach polnischer Meinung jetzt Zeit zur Versöhnung mit den Deutschen. Dabei war mehr an die Bundesrepublik als an die DDR gedacht. Das ist für die Polen die nächste wichtige Aufgabe. Daher ist es ein wenig peinlich für mich, wenn ich solche Fragen höre, ob irgendwelche Grenzkorrekturen möglich seien, indem zum Beispiel die polnischen fünf oder zehn Prozent von Frankfurt an der Oder an die DDR angeschlossen werden. Für Polen ist jede Korrektur der Grenze völlig unmöglich, denn die Oder-Neiße-Grenze ist nicht nur eine geographische Linie; sie ist für das polnische Volk ein Begriff.

Mit solchen Vorstellungen kommen wir nicht weiter. Damit befinden wir uns wieder in zwei feindlichen Lagern. Man sollte in der Bundesrepublik endlich begreifen, daß wir weder antideutsch eingestellt sind noch die Westdeutschen in irgendeiner Weise auf die Knie zwingen wollen. Natürlich können wir uns gegenseitig einladen und solche Fragen erörtern. Aber über Grenzkorrekturen kann es kein Gespräch geben.

Schuster

Nehmen wir an, die Verhandlungen zwischen Polen und der Bundesrepublik gelangten zu einem Ergebnis, das über die Respektierung hinaus zu einer Anerkennung der Grenzen führt. Glauben Sie, Herr Rakowski, daß dann die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Warschau die selbstverständliche Folge wäre, und zwar unabhängig davon, wie sich die Beziehungen zwischen Ostberlin und Bonn weiterentwickeln?

Rakowski

Das kann ich mir vorstellen, aber wir werden die DDR nie im Stich lassen.

Schuster

Sie würden also meine Frage mit Ja beantworten?

Rakowski

Ja. Wenn diese Verhandlungen oder Gespräche mit klaren Abkommen enden, dann ist der Weg für Vereinbarungen auf verschiedenen Gebieten frei.

Schuster

Ohne nun ins Juristische geraten zu wollen, ist doch die Frage eines solchen Abkommens insofern problematisch, als es sich dabei um ein Gebiet handelt, das uns gar nicht untersteht; denn wir haben ja kein Alleinvertretungsrecht.

Aber davon einmal abgesehen: Sie glauben also, daß im Falle klarer Abkommen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen fast automatisch erfolgen würde, auch wenn Bonn die DDR nicht völkerrechtlich anerkennt? Mich interessiert der Spielraum, der hier besteht.

Rakowski

Es gibt keinen Automatismus. Wenn im Rahmen der Entspannungspolitik ein solcher Spielraum zwischen Polen und der Bundesrepublik geöffnet würde, gäbe es zum Beispiel auch die Möglichkeit, diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Tomala

Aber nur, wenn zuvor die Grenze anerkannt wurde, sonst nicht.

Rakowski

Kürzlich habe ich hier mit einem Politiker gesprochen, der mich fragte, ob wir für den Fall, daß die Gespräche positiv verliefen, zu irgendwelchen Konzessionen bereit wären. Er regte zum Beispiel an, daß an den polnischen Schulen die deutsche Sprache gelehrt würde. Nun, an den polnischen Schulen steht die deutsche Sprache hinter Englisch an zweiter Stelle. In Warschau gibt es sogar ein Lyzeum, an dem die deutsche Sprache die einzige Fremdsprache ist.

Meunier

Sie wissen, Herr Rakowski, daß West-Berlin nach unserer Auffassung außenpolitisch durch die Bundesrepublik vertreten wird. Liegt das für Sie auch innerhalb dieses Spielraums?

Rakowski

Das haben wir zwar nicht offiziell anerkannt; es wird aber stillschweigend hingenommen. Wir brauchen jetzt eine realistische Politik und sollten mit allen Illusionen Schluß machen. Man muß uns aus unserer Geschichte heraus verstehen. Natürlich kann bei uns niemand vergessen, was vor fünfundzwanzig Jahren geschehen ist.

Wir leben in einer realen Welt und müssen die verschiedenen Schwierigkeiten erkennen. Nach unserer Meinung ist jetzt die Zeit gekommen, wo wir einen Schritt vorwärts machen sollten. Wir können die Deutschen auf der europäischen politischen Karte nicht ausradieren. Das war auch nie unsere Absicht. Dagegen gab es während des Krieges deutsche Politiker, die hinsichtlich Polens daran dachten.

Sommer

Auch ich sehe in der vor uns liegenden Zeit die Chance für eine gegenseitige Verständigung. Ich hoffe, daß sie genutzt und nicht etwa auf unserer Seite zerstört wird. Vergessen Sie aber nicht, Herr Rakowski, daß wir in Bonn eine Opposition haben, die so stark ist wie nie zuvor. Keine der bisherigen Regierungen in der Bundesrepublik war auf einer so schwachen Mehrheit gegründet. Das muß natürlich gewisse Konsequenzen auch für das taktische Vorgehen der polnischen Seite haben, damit diese Chance eines Neuansatzes nicht durch polnische Uneinsichtigkeit verlorengeht.

Diesen Neuansatz möchte ich für die drei Ebenen, auf denen Bonn Ostpolitik zu machen hat, definieren. Die erste Ebene ist die des Verhältnisses zu Moskau. Die Bundesregierung hat die sowjetische Einladung zu Gesprächen über den Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages positiv beantwortet. Ganz bewußt wurde die sowjetische Note zuerst beantwortet, um klarzumachen, daß keineswegs ein Keil zwischen die Sowjetunion und ihr westliches Glacis beziehungsweise zwischen die DDR und die anderen sozialistischen Länder getrieben werden soll. Dies ist offensichtlich! eine Lehre, die Bonn aus der rumänischen Erfahrung vom Januar 1967 gezogen hat. Der Sowjetunion gilt das erste Wort der neuen Regierung, und wir hoffen sehr, daß sie mit uns bilateral über die Frage eines Gewaltverzichts ernsthaft sprechen wird. Wir sind dazu bereit.

Die zweite Ebene ist Bonn-Warschau. Hier bieten wir mehr an als die letzte Regierung, nämlich einen Gewaltverzichtsvertrag auf der Basis der Anerkennung der territorialen Integrität beider Kontrahenten.

Tomala

Heißt es Anerkennung oder Achtung? Was Sie eben gesagt haben, ist sehr wichtig.

Sommer

Ich kenne zwar die von uns überreichte Note nicht im Wortlaut, aber wenn ich es richtig sehe, so heißt es darin: Gewaltverzicht auf der Basis der Anerkennung der territorialen Integrität. Wir sagen also nicht, daß wir die Oder-Neiße-Grenze anerkennen, sondern wir erkennen den territorialen Besitzstand des polnischen Staates in seinem heutigen Umfang an.

Wenn Sie von dieser Regierung verlangten, daß sie über diese Erklärung noch hinausgeht und auch explicit ausspricht, was diese Formulierung bereits impliziert, dann werden Sie wegen der großen innenpolitischen Opposition wahrscheinlich auf Schwierigkeiten stoßen. Wenn Sie sich aber zunächst

mit dieser Formel bescheiden und sich vergewissern, was damit gemeint ist - ich bin der Ansicht, es ist die Anerkennung der Grenzen unter einem anderen Etikett gemeint;- und wenn Sie darauf vertrauen, daß die weitere Entwicklung auch klarere Formeln ermöglichen wird, dann befinden sich die Westdeutschen und die Polen endlich in einer Phase, wo sie miteinander reden können.

Die entscheidende Frage der nächsten Wochen sehe ich darin, ob Sie sich an der Wahrnehmung Ihres nationalen Interesses, das dem Interesse des sozialistischen Lagers ja nicht zuwiderzulaufen braucht, aber separat davon besteht, durch einen Einspruch aus Ostberlin hindern lassen oder nicht.

Rakowski

In der deutschen Frage sind wir keine Dogmatiker.

Sommer

Nichts höre ich lieber als das.

Tomala

Die Einspruchsmöglichkeit wird vor allem von der Haltung der Bundesrepublik abhängen.

Sommer

Zur DDR?

Tomala

Auch zur Grenzfrage.

Sommer

Ich denke, ich habe in etwa deutlich gemacht, wozu diese Regierung bereit sein kann. Wenn Sie nun sagen, das reiche Ihnen nicht, dann weiß ich nicht weiter.

Auch auf der dritten Ebene, nämlich in bezug auf Ostberlin, ist diese Regierung weiter gegangen als die vorherige. Bundeskanzler Kiesinger hatte die Einbeziehung der DDR in ein Gewaltverzichtsabkommen mit dem übrigen Ostblock angeboten. Im März 1968 akzeptierte er dann die Möglichkeit eines direkten Abkommens zwischen Bonn und Ostberlin.

Die neue Regierung geht von vornherein davon aus, daß mit der DDR ein Gewaltverzicht vertraglich vereinbart wird. Sie bietet zwar nicht die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch Bonn, erkennt aber an, daß dort ein zweiter deutscher Staat existiert, und sie ist zu vertraglichen Regelungen über ein gütliches, unter Umständen kooperatives Neben- oder Miteinander dieser beiden Staaten bereit. Das kann, wie Herr Selbmann schon andeutete, bis zum Austausch von Generalbevollmächtigten gehen. Das ist ein anderer Ausdruck für Botschafter - ähnlich wie man innerhalb des Commonwealth den Begriff High Commissioner an Stelle von Botschafter verwendet.

Wir sind bereit, mit der DDR völkerrechtsgültige Verträge abzuschließen, was noch nicht bedeutet, daß wir sie damit als Ausland anerkennen. Sie ist für uns vielmehr ein deutscher Staat sui generis und steht zur Bundesrepublik in einem Verhältnis, das seinerseits sui generis ist. Ich glaube, keine deutsche Regierung kann im Augenblick weiter gehen.

Bender

Es ist hinzuzufügen, daß in der Regierungserklärung angedeutet wurde, es hänge vom Verhalten Ostberlins gegenüber der Bundesrepublik ab, ob Bonn bereit ist, die Hausteine-Doktrin fallen zu lassen und damit der DDR den Weg in die internationale Politik freizugeben. Es geht darum, ob die DDR ihre Bereitschaft zeigt, einige Fragen des normalen Verkehrs zwischen zwei Staaten auch gegenüber der Bundesrepublik zu regeln.

Sommer

Der eine Teil der Neuerung gilt dem direkten Verhältnis zwischen Bonn und Ostberlin, der andere dem Verhältnis Ostberlins zu dritten Staaten. Hier scheint die Politik der neuen Bonner Regierung dem zu entsprechen, was Herr Bender eben sagte. Die Neuerung liegt darin, daß wir bereit sind, der DDR in dem Maße zu einem Selbstvertretungsrecht zu verhelfen, wie sie ihr Verhältnis zu uns normalisiert. Es geht also nicht mehr darum, wieweit sie das, was wir uns unter freiheitlichen Zuständen in der DDR

vorstellen, verwirklicht; vielmehr sollen nur zwischen den beiden Staaten erträgliche Bedingungen geschaffen werden.

Nun sehe ich eine große Chance in der nächsten Zeit darin, daß die Sowjetunion mit uns über einen Gewaltsverzicht verhandelt, und zwar aus nationalem Interesse. Denn ihr liegt zwar wahrscheinlich weiterhin an einer deutschen Teilung, jedoch nicht unbedingt an einer Fortdauer des antagonistischen Charakters dieser Teilung und der damit verbundenen widerlichen Umstände.

Die andere Chance besteht darin, daß die Polen ebenfalls ihr nationales Interesse wahrnehmen und versuchen, bilateral mit uns zu einem Ausgleich zu kommen - ich würde nicht so weit gehen wie Herr Grosser und sagen: den Freundschaftsvertrag mit der DDR zu brechen. Wenn nämlich zwei Staaten mit uns bilateral verhandeln, könnte sich auch der dritte, die DDR, zum Bilateralismus entschließen. Wenn sich jedoch zwei dagegen entscheiden, dann wird es auch der Dritte tun. Insofern könnte Polen sogar eine Schlüsselrolle in dem Spiel zufallen, das jetzt angeht. Es könnte die Weichen steilen, aber auch das Gleis versperren.

Wenn wir ein Entgegenkommen - nicht in der Sache, sondern in der Form - finden, das es uns ermöglicht, in Verhandlungen einzutreten, dann dürfte vieles von dem, was Sie heute noch bemängeln, schließlich ins Rutschen kommen; denn manche unserer Positionen sind vorläufige; ihre Änderung hängt davon ab, wie man auf uns eingeht. Erfolgt jedoch kein Entgegenkommen, ist ein Rückschlag möglich, und ich weiß nicht, wie lange der andauern und welche politischen Auswirkungen er haben mag.

In diesem Zusammenhang sehe ich auch das Gespräch über die Europäische Sicherheitskonferenz. Herr Tomala sagte sehr richtig, man müsse die Konferenz entlasten, indem man die Frage der Oder-Neiße-Grenze bilateral zwischen Polen und der Bundesrepublik regelt.

Ohne Herrn Damm gegenüber unfair sein zu wollen - ich glaube nicht, daß es in der Bundesrepublik viele Menschen gibt, die im Zusammenhang mit einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze an mehr denken als vielleicht an die Einräumung eines Freihafens in Stettin und an eine Regelung wie im Augsburger Religionsfrieden 1555, indem man etwa dekretiert, daß im nächsten halben Jahr jeder deutschsprechende Pole, der auswandern will, ausreisen darf, später aber nicht mehr.

Tomala

Es sprechen immerhin mehrere Millionen Polen deutsch.

Sommer

Sie wissen genau, was ich meine, Herr Tomala: deutschsprachig. Es ist auf diejenigen eingeschränkt, die emigrieren wollen, auch wenn sie polnisch sprechen. Meine Vorstellung sollte Sie aber nicht abschrecken, über eine entsprechende Regelung zu reden.

Ebenso wie durch eine vorhergehende deutsch-polnische Ausgleichsregelung sollte man die Sicherheitskonferenz auch durch eine innerdeutsche - oder sagen wir interdeutsche - Regelung entlasten. Die Konferenz wäre dann von der querelle d'Allemand befreit, über die man sich drei Tage lang streiten würde, um sich danach ergebnislos zu trennen.

Gräfin Dönhoff

In den politischen Etiketten, unter denen wir unseren Völkern Politik deutlich machen, steckt ein gewisser Fluch; denn man kommt von ihnen nicht wieder los. So gibt es bei uns das Etikett: "Oder-Neiße-Grenze niemals". Man versucht jetzt, sich von diesem Etikett zu lösen und es durch den Begriff der Anerkennung der "territorialen Integrität" zu ersetzen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Tomala, meinten Sie, darüber ließe sich reden?

Nun haben aber auch Sie mit dem Etikett "Oder-Neiße und nichts anderes" sehr lange Politik gemacht, und zwar im entgegengesetzten Sinne. Können Sie sich vorstellen, daß man ein anderes Etikett wählt, ohne an der Sache selbst etwas zu ändern, oder haben Sie mit diesem Etikett so lange und so intensiv Innenpolitik getrieben, daß Sie nicht mehr darauf verzichten können?

Tomala

Sie meinen das Etikett: Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze?

Gräfin Dönhoff

Reicht es für Sie aus, wenn die Bundesrepublik die territoriale Integrität, also den heutigen polnischen Bestand, zusichert? Das ist nicht ganz klar geworden.

Meunier

Sobald die territoriale Integrität per Vertrag garantiert ist, wird jede Zeitung bei uns und auch in Polen schreiben, daß damit die Oder-Neiße-Grenze anerkannt ist.

Gräfin Dönhoff

Interessant ist, was sich bei uns etwa mit dem Etikett "Aufwertung" ereignet hat. Vor den Wahlen hat der Streit um die Aufwertung fast zur Entlassung des Wirtschaftsministers geführt, wodurch die Regierung gestürzt worden wäre. Dann kam Herr Schiller auf den Gedanken, dieselbe Sache "Freigabe der Wechselkurse" zu nennen, und am nächsten Tage war die Aufwertung faktisch vollzogen. Zuerst hat es niemand gemerkt, dann hat man sich eine Weile aufgeregt, und schließlich war alles erledigt.

Tomala

Was den Zeitpunkt der Freigabe des Wechselkurses betrifft, so könnte das die Rede von Gomulka am 17. Mai 1969 sein.

Gräfin Dönhoff

Wir müssen uns weiter fragen, ob Entspannung eigentlich für alle das gleiche bedeutet. Wenn ich die Politik der Sowjetunion betrachte, habe ich den Eindruck, daß es für sie nur limitierte Entspannung gibt. Denn in einem Lande, in dem ein Meinungsmonopol besteht und man Schriftstellern wie Solchenizyn das Schreiben verbietet, weil sie etwas anderes denken als die Bosse, kann ich mir solche All-out-Entspannung nicht vorstellen.

Wenn Entspannung nicht nur die Abwesenheit von Krieg meint, sondern auch die Entschärfung von Konflikten und darüber hinaus das Einander-Verstehen in einer Atmosphäre des friedlichen Miteinanders - wie es Bundeskanzler Brandt oft formuliert hat;- , dann fürchte ich, wird ein gemeinsames Verständnis von Entspannung nicht möglich sein.

Dafür gibt es erstens einen innenpolitischen Grund, daß nämlich in der Sowjetunion keine Kritik zugelassen werden kann. Zweitens besteht ein außenpolitisches Motiv: Der Zusammenhalt in der östlichen Allianz würde leiden, wenn dort allzu viele liberale Ideen eindringen und Autonomiebestrebungen ausgelöst werden.

Wenn wir nicht einen gemeinsamen Nenner finden, wird es schwierig sein, die verschiedenen Auffassungen von Entspannung auf die gleiche Spurweite zu bringen.

Gasteyger

Es scheint mir wichtig, in diesem Zusammenhang an etwas zu erinnern, was Michel Tatu über einen Grundzug sowjetischer Politik gesagt hat. Für sie gibt es nicht "Entspannung an sich", etwa in Form eines kontinuierlichen Prozesses, der, einmal begonnen, das gesamte politische Verhalten bestimmt. Die Zustimmung Moskaus zu dieser oder jener Vereinbarung beziehungsweise Konferenz bedeutet also nicht, daß es dann auch weitere Vereinbarungen oder Konferenzen akzeptieren wird. Die Sowjetunion sieht vielmehr jedes Problem für sich: Wo sie ein Interesse hat, es zu lösen, wird sie einer Vereinbarung oder Verhandlungen zustimmen. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß sie dies bei anderen Problemen ebenso tun wird, so sehr der Westen das wünschen mag und das von ihm geschaffene "Entspannungsklima" es erwarten ließe.

Kogon

Natürlich wird unter der Aufschrift Entspannung entsprechend der jeweiligen Situation in den einzelnen Staaten etwas Unterschiedliches verstanden. Ich halte es für zwecklos, im voraus einen Einheitsnenner suchen zu wollen.

Sommer

Die Frage ist nur, ob sich die unterschiedlichen Auffassungen miteinander vereinbaren lassen.

Ich möchte weiterfragen: Ist es denkbar, daß Polen und Ungarn unter Entspannung etwas anderes verstehen dürfen als die Sowjetunion?

Tomala

Diese Frage ist doch wohl an alle hier gerichtet?

Wocker

Sie geht natürlich auch den Westen an.

Sommer

Nein. Meine Frage lautet, ob es Polen und Ungarn erlaubt ist, unter Entspannung etwas anderes zu verstehen, und ob sie mit der Europäischen Sicherheitskonferenz andere Zwecke verfolgen dürfen als die Sowjetunion. Im Westen darf natürlich jeder etwas anderes darunter verstehen.

Rakowski

Ungarn und Polen bieten das beste Beispiel. Zwischen diesen beiden Staaten gibt es keine Widersprüche.

Sommer

Wie hat sich eigentlich die Idee der Sicherheitskonferenz entwickelt, und was ist heute darunter zu verstehen?

Gasteyger

Ich halte die Bezeichnung Sicherheitskonferenz für irreführend, da Sicherheit nicht das primäre Ziel dieser Konferenz sein wird. Die noch bestehenden Sicherheitsprobleme in Europa werden in einer so heterogen zusammengesetzten Konferenz nicht der zentrale Verhandlungsgegenstand sein.

Sommer

Auch der Vatikan und Malta wurden eingeladen, während San Marino nachträglich eine Einladung erhielt.

Gasteyger

Die eigentlichen Sicherheitsprobleme Europas werden, wie gesagt, auf dieser Konferenz nicht behandelt werden. Dabei handelt es sich meines Erachtens um drei Problemkreise: einmal um die globale Konfrontation der beiden Weltmächte mit den sich daraus ergebenden Gefahren; zweitens um die Sicherheit Europas gegenüber Interventionen von seiten der beiden Weltmächte, wobei ich natürlich in erster Linie an die Sicherheit Osteuropas vor neuen Übergriffen der Sowjetunion denke; und drittens um die möglichen Gefährdungen, die im Inneren der europäischen Staaten durch wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Krisen entstehen können.

Keines dieser drei Sicherheitsprobleme wird voraussichtlich Gegenstand der Verhandlungen auf einer Europäischen Sicherheitskonferenz sein. Sie liegen entweder außerhalb des europäischen Einflußbereiches oder außerhalb der Kompetenz einer zwischenstaatlichen Konferenz - oder sie sind schlechtweg tabu.

Wenn dem aber so ist, dann frage ich mich, ob es den Initiatoren der Konferenz tatsächlich in erster Linie um eine Verbesserung der Sicherheit und nicht um andere, mehr politische Ziele geht. Man wird hier zu unterscheiden haben zwischen den Vorstellungen und Hoffnungen einiger osteuropäischer Länder einerseits sowie der Sowjetunion und der DDR andererseits. Den beiden letzteren geht es vor allem um die Festigung des Status quo, und zwar durch die Anerkennung der DDR und die Sanktionierung dessen, was am 21. August 1968 geschah. Wenn dies mit der Einberufung der Konferenz erreicht werden kann, ist für diese beiden deren Hauptzweck bereits erfüllt.

Andererseits tun wir gut daran, die Vorstellungen einiger Volksdemokratien von der Konferenz zu studieren; denn sie decken sich keineswegs von vornherein mit jenen der Sowjetunion.

Sommer

Wie steht es überdies mit einer Beteiligung der USA und Kanadas an einer solchen Konferenz?

Birnbaum

Offensichtlich steht die Sowjetunion heute nicht mehr auf dem Standpunkt, daß die Amerikaner und Kanadier an dieser Konferenz nicht teilnehmen sollten. Das geht aus Gromykos Erklärung Anfang Oktober 1969 in Kanada hervor.

Sommer

Zweifellos würden die meisten westlichen Staaten, zumindest die Bundesrepublik, nicht an einer Sicherheitskonferenz teilnehmen, an der die Vereinigten Staaten und auch Kanada nicht beteiligt wären.

Birnbaum

Das hat auch Schweden klar zum Ausdruck gebracht.

Sommer

In diesem Sinne handelt es sich also nicht um eine Europäische Sicherheitskonferenz, sondern um eine Konferenz über europäische Sicherheit. Das schließt die beiden Flügelmächte Sowjetunion und USA nun einmal mit ein.

Gasteyger

Vom Westen her gesehen, hat diese Konferenz nur dann einen Sinn, wenn sie in Richtung auf eine europäische Friedensordnung zielt und damit nicht ausschließlich um das Deutschland-Problem kreist. Es ist allerdings zu erwarten, daß gerade letzteres für die Sowjetunion und die DDR das zentrale Anliegen ist. Damit würde die Konferenz auf ein Geleise geschoben, das uns sehr bald in eine Sackgasse führte.

Was geschieht aber, wenn die Konferenz scheitert? Sollte es hier vorwiegend um eine Verbesserung des politischen Klimas gehen, könnte ein Scheitern noch ungünstigere Auswirkungen haben, als wenn die Konferenz überhaupt nicht zustande käme. Wir werden also mit unseren Erwartungen sehr bescheiden sein müssen.

Birnbaum

Wie Herr Gasteyger stehe auch ich einer solchen Konferenz mit Skepsis gegenüber. Man darf die Erwartungen nicht zu hoch schrauben. Wahrscheinlich geht es primär gar nicht um Sicherheit, sondern um ein politisches Gespräch in einem multilateralen Rahmen.

Es gibt jedoch einen guten Grund für ein positives westliches Interesse an dieser Konferenz: Die westliche Politik, insbesondere die bundesdeutsche, muß nämlich einerseits den Status quo akzeptieren, ihn jedoch gleichzeitig auf weitere Sicht hin modifizieren, zwar nicht in territorialer, aber in qualitativer Hinsicht. Für eine solche Politik sehe ich die Europäische Sicherheitskonferenz als mögliches Instrument an, jedoch nur dann, wenn man sie als einen Prozeß ansieht und als Institution etabliert.

Eines der Hauptanliegen der Sowjetunion ist es zweifellos, die DDR mit an einen internationalen Konferenz Tisch zu bekommen. Die Teilnahme der DDR an einer Europäischen Sicherheitskonferenz würde einen latent bereits bestehenden Konsensus formalisieren, daß nämlich die DDR überall als ein gleichberechtigter Verhandlungspartner akzeptiert wird.

Sommer

Man muß zwischen einer einmaligen Sicherheitskonferenz und einer Serie von Treffen unterscheiden, die mit der Abrüstungskonferenz in Genf Ähnlichkeit haben würden. Das kann sich über zehn bis zwölf Jahre hinziehen.

Tomala

Aber in Genf hat man doch Erfolg gehabt.

Sommer

In Genf wurden die Pauschalpläne zur Sofortlösung der Probleme sehr bald beiseite gelegt, und man wandte sich den einzelnen Teilen des Paktes zu. Das hat Erfolg gebracht, nicht dagegen das Bestehen auf Pauschallösungen.

Am 4. November 1969 hat DDR-Außenminister Winzer in "Neues Deutschland" davon gesprochen, daß eine gelungene erste Sicherheitskonferenz die Spannungen in Europa verringern wird. Wenn er von "erster" spricht, heißt das ja wohl, daß er weitere voraussieht.

Schuster

Genau wie bei Herrn Gasteyger reicht auch bei mir die Phantasie nicht aus, mir vorzustellen, wie auf einer Mammutkonferenz von über 30 Staaten, einschließlich San Marinos, ernsthaft über Sicherheitsprobleme diskutiert werden soll. Wie stellt Moskau sich das vor? Wie lange hat es allein gedauert, bis von den beiden Supermächten im Rahmen des Atomsperrvertrages eine Verpflichtung zur Abrüstung anerkannt wurde? Zweieinhalb Jahre gingen verloren, bis sie sich überhaupt an den Verhandlungstisch zu Vorverhandlungen setzten. In dieser Zeit erfolgten Durchbrüche zu neuen Waffensystemen, die nicht mehr rückgängig zu machen sind und die das alte Gleichgewicht zerstört haben.

Hier ist zu Recht festgestellt worden, daß man die Sicherheitskonferenz durch bilaterale Verhandlungen entlasten sollte. Wäre es nicht aber besser, sie zur Vermeidung von Mißverständnissen und Illusionen überhaupt von dem Thema Sicherheit zu befreien?

Kogon

Herr Sommer hat die deklarierte Absicht der Sowjetunion, mit der Bundesrepublik einen Gewaltverzichtsvertrag zu schließen, in Parallele gesetzt zu dem gleichen Vorhaben der Bundesrepublik mit Polen und der DDR. Hier handelt es sich jedoch um sehr verschiedene Probleme mit unterschiedlichen Vorstellungen und Voraussetzungen.

Ich kann nicht sehen, daß ein Gewaltverzichtsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion außer einem psychologischen noch irgendeinen konkreten Sinn hätte. Die Sowjetunion weiß genau, daß die Bundesrepublik heute in keiner Weise eine Aggression gegen sie oder gegen die anderen Ostblockstaaten entfesseln kann. Ihr ist auch bekannt, daß die Bundeswehr die einzige Armee der Welt ist, die tatsächlich kontrolliert wird, und zwar von den Amerikanern. Das Verhältnis der Sowjets zu den Amerikanern ist inzwischen so weit gediehen, daß man in Moskau weiß, die USA sind nicht an einem kriegerischen Konflikt mit der Sowjetunion interessiert, ganz zu schweigen von einem Konflikt, der gar von der deutschen Armee verursacht würde.

Bei einer Gewaltverichtsvereinbarung zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik würde also nur die Sowjetunion verzichten. Das ist ein großer Unterschied zu ähnlichen Verträgen mit Polen und der DDR. Was beabsichtigt die Sowjetunion mit einem solchen Vertrag ihrerseits? Ich vermute, daß sie bestimmte Regelungen zwischen der Bundesrepublik und Polen sowie der DDR durch dieses Angebot erleichtern will. Die zweiseitigen Verträge zwischen Bonn und Warschau sowie zwischen Bonn und Ostberlin haben eine konkrete und psychologisch viel größere Bedeutung als derartige Vereinbarungen zwischen Bonn und Moskau. Das sollten wir nicht in eine Linie stellen, Herr Sommer.

Sommer

So habe ich es nicht gemeint. Ich sprach vielmehr von der Feigenblatt-Funktion der Gewaltverzichtsverträge, wobei sich hinter dem Feigenblatt völlig verschiedene Dinge verbergen.

Kogon

Das ist ein sehr kühner Vergleich, Herr Sommer. Es gibt dafür nur eine einzige psychologische Erklärung. Und da, muß ich sagen, befindet sich die Bundesrepublik nicht in der Rolle des Mannes!

Wenn man die Motive analysiert, wird man vermutlich zu dem Ergebnis kommen, daß es zur Zeit im Grunde allein um die Rolle der Bundesrepublik in Mitteleuropa geht. Die Sowjetunion ist im wesentlichen nur daran interessiert, daß sich in dem Glacis: Osteuropa vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer - den früheren französischen "cordon sanitaire"-Staaten - und dem Vorfeld, das auch die Bundesrepublik darstellt, grundsätzlich nichts verändert. Infolgedessen wird die Sowjetunion die Sicherheitskonferenz, die sie jetzt mit ungeheurem Aufwand und mit enormem Druck forciert, zur Stabilisierung dieser Verhältnisse benutzen.

Ich fürchte also, daß jetzt nichts anderes dabei herauskommen kann als eine realistische Selbsterkenntnis unserer eigenen Rolle. Das heißt, wir müssen anerkennen, was dieser Krieg gebracht hat, und anfangen, die Rolle zu begreifen, die wir in diesem Europa einnehmen. Wir sollten beispielhaft das, was Sie, Herr Sommer, die kooperative Koexistenz-Phase genannt haben, zu praktizieren versuchen - eben weil wir Deutschen beide Systeme haben und an der Demarkation sitzen, wo die Systeme aufeinanderstoßen. Deshalb müßte dieses schwere Geschäft gerade hier versucht werden.

Wir sollten uns auf diesen Konferenzen psychologisch von allen Lasten der Vergangenheit befreien, um dann auf allen möglichen Gebieten und Ebenen eine konkrete und unmittelbare Kooperation vorzuschlagen - eine Kooperation, die sich noch niemand vorstellt, weder wir noch die anderen.

Es geht somit im Grunde um eine moralisch-psychologische Akkreditierung der Bundesrepublik. Ich weiß nicht, was sie anderes anstreben sollte, als den Lauf freizubekommen, um eine vernünftige Friedensrolle in Europa zu spielen. Für diese schwierige Situation kann ich jedoch in unserem Lande noch keinen ausreichenden Fonds im Bewußtsein erkennen, nicht einmal bei den "gate keepers", den Schleusenwärttern der öffentlichen Meinung. Es kommt darauf an, den Punkt zu finden, von dem aus man die Dinge in Europa in die richtige Richtung in Bewegung setzen kann.

Ich halte also fest, daß die Sowjetunion bisher in nichts erklärt hat, wie die europäische Sicherheit und Friedensordnung konkret aussehen soll - abgesehen vielleicht von dem Plan von 1952 und dem erweiterten Rapacki-Plan, zu dem sie sich bisher nicht offiziell bekannte. Die Sowjetunion sagt Sicherheit, und unter diesem Motto erklärt sie nichts Genaueres. Was sie meint, ist offensichtlich die Aufrechterhaltung, Sicherung und Festigung des bestehenden Zustandes, innerhalb dessen möglichst viel akzeptable Zusammenarbeit unternommen werden soll.

Selbmann

In den Gesprächen der Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion im August in Moskau, an denen ich teilnahm, versuchten wir zu erfahren, welche Vorstellungen die Sowjetunion von einem europäischen Sicherheitssystem hat. Zu den von uns vorgelegten Fragen nahmen die Minister Poljanskij und Gromyko Stellung. Ihre Antworten auf die Fragen nach einem konkreten Themenkreis einer solchen Konferenz waren sehr zurückhaltend; darin hat Herr Kogon durchaus recht.

Nach meinen Aufzeichnungen sagte Herr Gromyko zum Beispiel: Warum sollte man es nicht versuchen? Nur die Praxis könne zeigen, ob es ein Erfolg oder Mißerfolg werde. Auf der Konferenz solle die Möglichkeit gegeben sein, sowohl politische als auch wirtschaftliche Fragen, welche die europäischen Staaten betreffen, zu besprechen. Es könnten sich auch weitere Fragen ergeben, jedoch seien Konsultationen erforderlich, um zwischen den Staaten Europas eine Abstimmung über den zu behandelnden Problemkreis durchzuführen. Die sowjetische Seite würde ihre Positionen zu einem späteren Zeitpunkt genau definieren. Daraus könnten wir ersehen, daß die sowjetische Politik elastisch sei. Es stünden viele Fragen an, wenn man den Willen habe, die europäische Sicherheit zu festigen. Im Grunde beinhaltet diese Stellungnahme also nichts Konkretes.

Minister Poljanskij antwortete auf entsprechende Fragen, daß es möglich wäre, neue Kontakte und Formen zu finden, um die Zusammenarbeit aller Staaten Europas zu erweitern und eine grundsätzliche Erhöhung der europäischen Sicherheit zu erreichen. Was den konkreten, auf der Europäischen Sicherheitskonferenz zu besprechenden Fragenkreis angehe, so müsse man sich natürlich vorher treffen, um zu beraten, zu prüfen und zu entscheiden, welche Fragen aufgegriffen und in welcher Weise sie behandelt werden sollten.

Nach diesen unbestimmten Aussagen war es für uns natürlich überraschend, daß wenige Wochen später - im November 1969 - in Prag ein bestimmter Themenkreis für eine Konferenz, die schon im nächsten halben Jahr abgehalten werden soll, festgelegt wurde.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf das Interview hinweisen, das der polnische Außenminister Jedyrychowski dem deutschen Journalisten Hansjakob Stehle im Oktober 1969 gegeben hat. Darin nannte er unter den Themen einer Europäischen Sicherheitskonferenz die Diskussion und Vorbereitung eines Vertrages über Sicherheit und Zusammenarbeit, der unter anderem folgenden Punkt enthielt: die Verpflichtung, sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen. Als aber Helmut Schmidt Minister Gromyko auf die Situation in der CSSR hinwies, hat er erwidert, dies sei eine Angelegenheit der sozialistischen Länder und ginge niemanden sonst etwas an. Wenn die Sowjetunion also auch im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems auf der Breschnjew-Doktrin ihren Verbündeten gegenüber beharrt, so stellt sich natürlich für uns

Deutsche die Frage, inwieweit dann die Sowjetunion bei ihrem angemäÙsten Anspruch bleibt, unter Hinweis auf die Artikel 53 und 107 der UNOCharta in der Bundesrepublik intervenieren zu können.

Gräfin Dönhoff

Die Hauptsache ist, daß man zunächst an einem Tisch zusammenkommt, gleichgültig ob man dabei über Frieden oder über Gewaltverzicht spricht. Ich halte Gewaltverzicht insofern für ein ausgezeichnetes Etikett, weil es neutral ist. Deshalb könnte man damit anfangen.

Sommer

Sie sagten, Herr Kogon, der Osten brauche vor der kleinen Bundesrepublik keine Angst zu haben.

Kogon

Die Sowjetunion.

Sommer

Auch der Osten nicht. Denn ich nehme an, daß der Warschauer Pakt funktionieren wird. Solange die gegenseitige Abschreckung aufgrund des nuklearen Potentials auf beiden Seiten besteht und Gewaltanwendung kein riskierbares Mittel der Politik sein kann, ist ein Gewaltverzicht eigentlich nicht nötig.

Insofern hat Gräfin Dönhoff recht, daß Gewaltverzicht ein neutrales Etikett ist für Dinge, die dahinter oder darunter liegen und die auf jeder Ebene etwas anderes bedeuten können. Ich bin jedoch der Meinung, daß die Bundesrepublik - sowohl die Regierung als auch der größte Teil der öffentlichen Meinung diesem Projekt große Bedeutung beimessen wird. Dabei frage ich mich, ob sich die Sowjets nicht wieder von diesem Vorschlag entfernen werden, wenn er bei uns auf eine so weitgehende Zustimmung stößt.

Schuster

Die einzigen Ansätze einer Tagesordnung für die Sicherheitskonferenz, die bisher von östlicher Seite vorgelegt wurden, sind in dem Prager Dokument enthalten.

Sommer

Danach geht die Sicherheitskonferenz auf zwei Dinge aus: erstens Gewährleistung der europäischen Sicherheit und Verzicht auf Gewaltanwendung. Zweitens Erweiterung gleichberechtigter Handels-, Wirtschafts- und wissenschaftlich-technischer Beziehungen mit dem Ziel einer Entwicklung der politischen Zusammenarbeit. Die eigentliche Sicherheitsproblematik ist hier ganz ausgeschaltet.

Schuster

Ich frage mich, wie der erste Punkt dieser Tagesordnung - Verzicht auf Gewalt oder Gewaltandrohung - in den Ohren eines tschechoslowakischen, polnischen oder ungarischen Bürgers klingt.

Im Unterschied zu Gräfin Dönhoff halte ich Gewaltverzicht im Augenblick noch für ein denkbar unglückliches, weil irreführendes Etikett. Man kann zwar von dem Etikett "Anerkennung der Oder-NeiÙe-Grenze" aus wohlweislichen Gründen zu dem Etikett "territoriale Integrität" überwechseln. Es geht aber nicht, mit dem Etikett "Verzicht auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung" die sogenannte "brüderliche Hilfe" in der CSSR einfach vergessen machen zu wollen. Niemand gibt sich Illusionen darüber hin, daß dieser Interventionskomplex auf einer Konferenz auch nur angeschnitten werden könnte. Wäre es deshalb nicht besser, die Sicherheitskonferenz redlicherweise vom Thema Sicherheit zu entlasten?

Sommer

Und was dann? Einen europäischen Kongreß?

Bender

Das ist eine rein praktische Frage. Nachdem wir fünfzehn Jahre lang mit dem Begriff Sicherheit operiert haben, können wir die Sache, wenn es damit besser geht, auch weiter unter Sicherheit laufen lassen.

Meunier

Welche Folgen hätte es, wenn der Westen dem ersten Punkt der Prager Tagesordnung zustimmen und ein europäisches Gewaltverzichtsabkommen unterzeichnen würde? Was würde geschehen, wenn sich danach beispielsweise in Rumänien eine Entwicklung nach dem Muster von Prag anbahnte? Welche Art von Sanktionen stünden dann denjenigen, die ein solches Abkommen unterzeichnet haben, zur Verfügung, um dafür zu sorgen, daß keine Gewalt gegenüber einem Dritten angewendet wird?

Als ein Randproblem erwähne ich in diesem Zusammenhang, daß Gewaltandrohung und Gewaltanwendung ziemlich regelmäßig auf den Zugangswegen nach Berlin erfolgten. Was geschieht nach der Unterzeichnung eines solchen Abkommens in diesen Fällen?

Wenn nicht zunächst auf bilateralem Wege die entscheidenden Vorfragen geklärt werden, wird die Konferenz allenfalls zu einem freundlichen Treffen, wo man es bereits als Erfolg ansieht, wenn man ein weiteres Treffen für das kommende Frühjahr vereinbart. Aber in der Sache würde uns das nicht viel weiterhelfen.

Bender

Mitunter habe ich den Eindruck, daß manche osteuropäischen Länder eher daran interessiert sind, die Europäische Sicherheitskonferenz vorzubereiten, als sie tatsächlich stattfinden zu lassen. Ich erinnere mich an eine offizielle Äußerung aus dem ungarischen Außenministerium. Dort sagte man, es wäre doch schon ein recht gutes Ergebnis, wenn als einziges Resultat dieser Konferenz ein Termin für die nächste Konferenz vereinbart würde. Das ist gar nicht so absurd, wie es klingt. Ich halte nämlich eine atmosphärische Besserung für entscheidend, wenn dies auch auf westlicher Seite gelegentlich heruntergespielt wird.

Natürlich geht es der Sowjetunion und der DDR vor allem um die Bestätigung des Status quo. Andererseits wissen wir aber, daß seit der Budapester Erklärung die Möglichkeit zu bilateralen Kontakten zwischen allen osteuropäischen mit allen westeuropäischen Ländern freigegeben ist. Das bedeutet nach der Intervention in der Tschechoslowakei eine generelle Änderung der östlichen Politik. Deshalb ist es auch nur von zweitrangiger Bedeutung, was bei der Europäischen Sicherheitskonferenz verhandelt und erreicht wird.

Gasteyger

Was hier über die mangelnden sowjetischen Vorstellungen zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz gesagt wurde, bestärkt mich in meiner Vermutung, daß diese Konferenz für die Sowjetunion im Gegensatz zu einigen Volksdemokratien primär ein Selbstzweck ist. Die Sowjetunion geht pragmatisch vor und tritt zunächst einmal mit den von ihr gewünschten Zielen an diese Konferenz heran, um zu sehen, wie sich die Sache möglicherweise weiterentwickelt. Ich bin jedoch gar nicht sicher, ob eine Fortsetzung der Konferenz unbedingt in der Absicht der Sowjets liegt.

Schultz

Ich frage mich, ob die Politiker einen Weg finden werden, um die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Was ich hier bisher gehört habe, stimmt mich nicht sehr hoffnungsvoll. Offensichtlich sind die meisten westlichen Sprecher der Ansicht, die Europäische Sicherheitskonferenz solle besser nicht zusammengerufen werden. Das dürfte jedoch mit der öffentlichen Meinung nicht übereinstimmen. Nach den Vorstellungen; des einfachen Mannes würden die Verhältnisse in Europa besser geordnet sein, wenn es keine Aufteilung in Machtblöcke mehr gäbe und Europa nicht geteilt wäre.

Rakowski

Wenn man einen Begriff wie Europäische Sicherheitskonferenz verwendet, dann denkt man dabei natürlich an verschiedene und umfassende Probleme. Der Gewaltverzichtsvertrag ist psychologisch sehr wichtig, und zwar nicht nur für Polen, sondern insgesamt. Wir wissen, daß der Status quo besteht, und wir kennen die militärische Stärke auf beiden Seiten.

Sommer

Glauben Sie wirklich, Herr Rakowski, daß die Sicherheit Europas zur Zeit bedroht ist?

Rakowski

Nein. Der Gewaltverzichtsvertrag hat primär eine psychologische Bedeutung.

Was eine solche Sicherheitskonferenz angeht, so sind wir bereit, dort Vorschläge vorzulegen, die auf das Ziel gerichtet sind, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Blöcken und den einzelnen Staaten zu erweitern und zu verbessern.

Obwohl heute verschiedene Kontakte auf wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und anderen Gebieten bestehen, vergrößert sich die Kluft zwischen den beiden Blöcken von Jahr zu Jahr. Die psychologische Ebene ist also sehr wichtig, und man sollte diese Konferenz dazu benutzen, die Vorbehalte, die heute noch vorhanden sind, zu mildern.

Sommer

Vorbehalte gegen wen?

Rakowski

Gegen alle, zwischen Ost und West.

Wir gebrauchen mitunter dieselben Worte, aber wir denken dabei an unterschiedliche Dinge. Diese Konferenz bietet eine Möglichkeit, solche Fragen zu klären. Ich verstehe nicht, warum die westlichen Länder gegen jede Konferenz, die wir vorschlagen, Vorbehalte haben. So wurden seinerzeit der Rapacki-Plan und verschiedene andere Vorschläge abgelehnt.

Sommer

Es besteht aber ein qualitativer Unterschied zwischen früheren Ablehnungen, die automatisch erteilt wurden, und den jetzigen Vorbehalten.

Rakowski

Als Adenauer gefragt wurde, was er über den Rapacki-Plan denke, sagte er: Rapacki ist kein freier Mensch.

Sommer

Das waren keine durchdachten Antworten. Das erste Staatsdokument, in welchem die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz vorgeschlagen wird, ist das Dokument von Schloß Lany vom 4. November 1969.

Rakowski

Denken Sie an Bukarest.

Sommer

Diese Bukarester Erklärung war ein Parteidokument. Der Westen hat jetzt sehr prompt reagiert. Sie können sicherlich in Kürze mit einer Antwort der NATO rechnen.

Gräfin Dönhoff

Ich möchte noch etwas zum Rapacki-Plan bemerken. Damals wurde in westlichen Zeitungen so argumentiert: Die konventionelle Überlegenheit des Ostens ist so groß, daß wir verloren sind, wenn wir diesen Plan einer Entnuklearisierung annehmen. In der damaligen Stimmung des Kalten Krieges glaubte man also, der Osten wolle sich einen Vorteil verschaffen. Heute wissen wir, daß diese akute Gefahr für beide nicht mehr existiert.

Tomala

Es gab vier Varianten des Rapacki-Planes. In der dritten war auch die Rede von einer Reduzierung der konventionellen Waffen, also nicht nur der Atomwaffen. Das beweist nur, daß man diesen Plan abgelehnt hat, ohne ihn gelesen zu haben. Es war darin vieles enthalten, das auch auf Vorschläge und Vorbehalte des Westens einging.

Schuster

Ich bin doch der Meinung, Herr Tomala, daß sich die

heutige westliche Reaktion erheblich von den früheren Antworten - etwa auf den Rapacki-Plan - unterscheidet. In den fünfziger Jahren suchte man im Westen ein Alibi, um nicht verhandeln zu müssen. Heute dagegen sehen manche NATO-Regierungen mit Bedauern, daß sich die östliche Seite um ein Alibi bemüht, während sie selbst ernsthaft verhandeln wollen.

Vielleicht können die Neutralen auf einer so unbeweglichen Mammutkonferenz einen neutralisierenden Einfluß auf die beiden Militärblöcke ausüben, die von Entspannung reden, während die Supermächte dabei ihre eigene Hegemonie im Auge haben. Hegemoniale Interventionspraktiken zum Beispiel nach dem Muster der Tschechoslowakei gehen auch die Neutralen etwas an.

Schultz

Zwischen der Ablehnung damals und heute besteht in der Tat ein fundamentaler Unterschied. Heute werden solche Vorschläge zwar noch mit großen Vorbehalten aufgenommen, weil man sich fragt, was wohl der große Bruder unserer osteuropäischen Nachbarn im Schilde führen mag. Solche Vorbehalte dienen aber nicht mehr als Alibi für eine generelle Ablehnung, wie es in den fünfziger Jahren der Fall war.

Rakowski

Man darf nicht vergessen, daß die kleinen und mittleren Staaten in Europa auch eine Rolle gegenüber den Supermächten spielen können. Manchmal habe ich das Gefühl, daß man die Weltmacht als Vorwand benutzt, um von akuten Problemen abzulenken. Es bestehen sowohl in den sozialistischen als auch in westlichen Ländern Möglichkeiten, die Großen im Interesse des europäischen Friedens und der Sicherheit zu beeinflussen.

Tomala

Manchmal mehr, als wir denken.

Rakowski

Das sollten wir jedenfalls mit bedenken.

Damm

Die Bundesrepublik gehört ja auch zu den kleineren und mittleren Staaten, von denen Herr Rakowski eben sagte, daß sie manches bewirken könnten. Deshalb sollte man nicht geringschätzig von der Sicherheit sprechen, um die es auf dieser Konferenz ebenfalls geht. Ich bin zwar auch nicht der Meinung, daß zur Zeit eine große Bedrohung besteht. Wir - insbesondere die kleinen Staaten - haben aber allen Grund, zum Beispiel zu einer Rüstungsbeschränkung zu gelangen.

Wie Helmut Schmidt es deutlich zum Ausdruck brachte, darf das Gleichgewicht der Kräfte nicht wesentlich gestört werden. Das ist eine fundamentale politische Erkenntnis, und wir sollten mithelfen, dafür zu sorgen, daß nicht einmal der Versuch dazu unternommen wird.

Rakowski

Wenn wir einen Schritt im Bereich der europäischen Zusammenarbeit vorwärtskommen wollen, müssen wir anfangen, uns besser kennenzulernen.

Manche Leute haben keine Ahnung, was heute in Polen wirklich vor sich geht. Man hat Klischees, Vorurteile und sonst nichts. Polen ist eine Gesellschaft in Bewegung; es ist eine Gesellschaft - und hier antworte ich Herrn Bondy - in einer Durchgangphase. Es gibt viele positive und negative Erscheinungen. Aber auch in Polen wird heftig diskutiert. Das ist eine sehr lebendige Gesellschaft. Ich möchte sagen, daß wir den Westen und auch die Bundesrepublik besser kennen als Sie den Osten.

Bondy

Darüber könnte man diskutieren.

Rakowski

Ich könnte mit Ihnen über verschiedene Probleme in Frankreich und in der Bundesrepublik diskutieren. Ich glaube aber nicht, daß Sie mit mir, sagen wir, über die heutige Rolle des Technikers in Polen diskutieren könnten. Eine Annäherung ist aber unmöglich, wenn man nicht die Verhältnisse in

Polen und in der Sowjetunion kennt. Es gibt zum Beispiel in der Sowjetunion eine heftige Kritik über die Presse gegen verschiedene Gesetze. Man muß einander kennenlernen, sonst kommen wir nicht weiter.

Sommer

Sie haben recht, Herr Rakowski. Ich bin aber nicht sicher, ob die Sicherheitskonferenz das beste Vehikel ist, um einander kennenzulernen.

Was muß eigentlich im Osten geschehen, damit europäische Sicherheitskonferenzen oder Sicherheitsabsprachen einen Sinn haben? Selbst in der Erklärung von Schloß Lany werden wieder Formeln wie Solidarität des sozialistischen Lagers gebraucht, und Gromyko sprach vor kurzem erneut über die friedliche Koexistenz der Staaten und das Prinzip der Souveränität, der Gleichheit, der Integrität und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und so weiter.

Das sind alles Formeln, die für uns - und ich sage das mit allem Nachdruck - seit dem 21. August 1968 fragwürdig geworden sind. Wenn es ein Ziel der Europäischen Sicherheitskonferenz sein sollte, den Westen zu einer Unterschrift unter die sowjetische Auslegung dieser Formeln zu veranlassen, dann wäre diese Konferenz von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wie weit müßte also die Anerkennung des äußeren Status quo durch den Westen im Osten zur Folge haben, daß sich der innere Status quo ändern darf? Damit ist nicht Konterrevolution, sondern Reform und Evolution gemeint.

Tomala

Bei dieser Europäischen Sicherheitskonferenz geht es unter anderem um psychologische Wirkungen. Vielleicht gelingt es, das Mißtrauen, das in den vergangenen 25 Jahren die Beziehungen zwischen unseren Völkern belastet hat, wenn auch nicht zu beseitigen, so doch abzubauen. Sicherlich wird sich die Atmosphäre in Europa nach Annahme eines Gewaltverzichtvertrages verändern. Dann dürfte es für einen Staat schwer sein, eine Politik zu betreiben, die sich gegen die sich danach entwickelnde neue Lage richtet. Das ist wichtig. Das, was vielleicht in zwei oder drei Jahren möglich ist, sollte man nicht mit den heutigen Augen sehen.

Im übrigen lassen Sie mich zu den Vorgängen vom 21. August 1968 nur noch sagen, daß diese nicht stattgefunden hätten, wenn auch nur ein Teil unserer Vorschläge aus den vergangenen Jahren akzeptiert und realisiert worden wäre.

Rasch

Für die Europäische Sicherheitskonferenz sollten vor allem wir Deutsche uns die Frage vorlegen, was wir an materiellen Vorschlägen beitragen können. Lassen Sie mich hierfür einige Thesen aufstellen.

Das Ziel einer materiellen Entspannung müßte über die Aufrechterhaltung eines "Gleichgewichts des Schreckens" hinausgehen. Von diesem Gesichtspunkt aus sind die Fragen der Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze im Grunde Selbstverständlichkeiten. Als Endziel sollte man zu einer internationalen Vereinbarung kommen, der gemäß die beiden deutschen Staaten - von den Großmächten garantiert - aus Ihrem jeweiligen Militärblock ausscheiden.

Praktisch sind wir überhaupt nicht bedroht. Die Sowjetunion hat zwanzig Jahre hindurch ihre Position mit aller Energie gehalten, jedoch nie versucht, die 1945 festgelegte Demarkationslinie zu überschreiten.

Sommer

Das war für sie zu riskant!

Rasch

Ich bestreite, daß das NATO-Bündnis eine solche Grenzüberschreitung zu riskant gemacht hat. Das kann niemand beweisen, wie auch Ich natürlich nicht exakt nachweisen kann, warum die Russen nichts unternommen haben. Vernünftige Überlegung läßt jedoch vermuten, daß die Sowjetunion materiell kein Interesse daran hat, die Bundesrepublik militärisch anzugreifen. Die sogenannte "Abschreckung" funktioniert vielleicht im Verhältnis der beiden Weltmächte zueinander: Hier kann das Gleichgewicht des Schreckens eine gewisse, wenn auch labile Sicherheit garantieren. Im Verhältnis der Sowjetunion zur Bundesrepublik ist diese Garantie aber nicht gegeben. Es würde uns nichts nützen, wenn in einem Krieg - mag er konventionell oder atomar geführt werden - in den Vereinigten

Staaten noch irgend etwas unzerstört bliebe: wir würden in jedem Fall vernichtet. Die Bundesrepublik kann ernstlich nicht verteidigt werden. Infolgedessen kann von ihr auch keine Abschreckungswirkung ausgehen. Das weiß die Sowjetunion natürlich genau. Es kann also nicht die angebliche Abschreckung sein, welche die Sowjetunion davon abhält, etwas gegen uns zu unternehmen, sondern sie hat wahrscheinlich kein sachliches Interesse daran.

Ich ziehe daraus die Folgerung, daß wir dazu beitragen müssen, die militärischen Machtblöcke allmählich aufzulockern, zumindest aber auf längere Sicht die beiden deutschen Staaten aus den einander feindlich gegenüberstehenden Machtblöcken herauszulösen.

von Kayser

Ist auch im militärischen Bereich eine Annäherung im Sinne einer Entspannung möglich? In dieser Frage bietet die Marmel-Studie aus dem Jahre 1967 einen Ansatzpunkt. Dort wurde auf der einen Seite der Zweck der NATO dahingehend definiert, daß die militärische Präsenz auf einen etwaigen Aggressor abschreckend wirken sollte. Auf der anderen Seite wurde herausgestellt, daß der Weg zu Frieden und Stabilität in Europa einen konstruktiven Einsatz der Allianz im Interesse der Entspannung erfordere.

Nun ist auf diesem Wege immerhin schon einiges - wenn auch nicht sehr viel - erreicht worden. Ich erinnere an das Atomteststop-Abkommen. Ich denke auch an das Verbot der Stationierung von Waffen im Weltraum und an das nunmehr in Gang gekommene SALT-Gespräch. Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe weiterer Möglichkeiten, zum Beispiel ein Einfrieren der Truppenstärken auf beiden Paktseiten, eine Verminderung der Rüstungsetats und ähnliches mehr.

Mir erscheint aber vor allem wichtig, daß ein Abbau der psychologischen Hemmnisse stattfindet; insbesondere muß die Erziehung zum Haß aufhören. Wir sind zu solchen Maßnahmen immer bereit gewesen. Allerdings müssen solche Schritte so ausgewogen erfolgen, daß das Gleichgewicht nicht gestört wird und vor allem die beiderseitige Kontrolle sichergestellt ist. Das wird aber nur möglich sein, wenn wir in der Gesamtpolitik die notwendigen Fortschritte erzielen.

Mates

Die Bemerkung von Herrn Sommer, der Westen könne nach dem 21. August 1968 seine Unterschrift nicht unter eine Formulierung setzen, die praktisch eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten gestatte, halte ich für fragwürdig. Sie mögen erstaunt sein, daß gerade ich so etwas sage. Es ist mir nämlich unbegreiflich, daß man dem 21. August 1968 einen solchen Status zuweist und zum Beispiel von der Breschnjew-Doktrin spricht, als ob es sich hierbei um etwas handle, das im Jahre 1968 erfunden wurde.

Wir haben in unserem Lande bereits zwanzig Jahre zuvor die gleiche Erfahrung gemacht. Damals fand eine ähnliche Aktion statt, wenn auch der Ausgang ein anderer war. Vermutlich ist es für Sie nach dieser Feststellung noch erstaunlicher, warum ich nicht mit Ihnen übereinstimme. Ich sehe aber in dieser Aktion der Sowjetunion nicht eine prinzipielle ideologische Verhaltensweise, die für alle Zeiten feststeht.

Sommer

Woher wissen wir das - nach zwanzig Jahren, auf die Sie ja zu Recht verweisen?

Mates

Bei jeder Aggression, wo immer sie auch geschieht, sollte man zuerst nach ihren Ursachen fragen. Kann der Grund nicht einfach in einem Mangel an anderen Mitteln liegen? Sie selbst sagten vorhin, Herr Sommer, daß die Vereinigten Staaten mit den Zähnen geknirscht hätten, als Frankreich die NATO verließ.

Sommer

Sonst haben sie aber nichts unternommen.

Mates

Dagegen habe die Sowjetunion in einer weit bedeutungsloseren Situation militärisch eingegriffen. Dieser Vergleich ist für mich, was die Wichtigkeit der beiden Ereignisse anbetrifft, nicht annehmbar. In

den Augen der Sowjetunion waren die Vorgänge in der Tschechoslowakei sehr viel entscheidender als Frankreichs Austritt aus der NATO in den Augen der Amerikaner.

Daß es die Sowjetunion nach meiner Ansicht und vielleicht nach der Meinung der meisten Menschen nicht nötig gehabt hätte, in der Tschechoslowakei mit militärischer Macht zu intervenieren, ändert nichts an der Tatsache, daß die Leute im Kreml, die diese Entscheidung trafen, glaubten, die vitalen Interessen der Sowjetunion seien gefährdet. Die Vereinigten Staaten haben seinerzeit auf eine weit geringere Provokation hin in der Dominikanischen Republik eingegriffen. Es ist also keineswegs ideologisch bedingt, daß die einen bereit sind zu intervenieren und die anderen nicht.

Tatsache ist, daß eine Asymmetrie zwischen dem Osten und dem Westen besteht. Diese ist aber praktischer Natur und kann überwunden werden. Wenn man von Sicherheit, Zusammenarbeit, Frieden und so weiter spricht, gibt es vier Elemente, die zusammenwirken und voneinander abhängen: die zwei Weltmächte - die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten - sowie Osteuropa und Westeuropa - Osteuropa in diesem Falle ohne die Sowjetunion gesehen. Was die Machtverhältnisse anbelangt, so überwiegt innerhalb Europas der Westen. Wenn man die Sowjetunion mit dem Osten zusammenrechnet, überwiegt der Osten, und erst alle vier Elemente zusammen ergeben aufgrund des sowjetisch-amerikanischen Gleichgewichtes auf irgendeine Weise eine Stabilität.

Politisch gesehen stellen die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten eine Identität dar. Dagegen handelt es sich im Westen - obwohl die Atlantische Union eine wichtige Realität bleibt - um zwei politische Identitäten, die sich weitaus stärker differenzieren können und es auch tun, als das im Osten der Fall ist. Das ist auch darin begründet, daß die Sowjetunion in ihrem Verhältnis zu den anderen Warschauer-Paktmächten selbst schon eine Disproportion darstellt.

Bondy

Hier im Westen bestehen aber solche Disproportionen ebenfalls.

Mates

Im Westen handelt es sich um eine ganz andere Art von Disproportion. Sodann ist im Osten auch die geographische Nähe von ausschlaggebender Bedeutung.

Außerdem ist die Staatsgewalt in der Sowjetunion so aufgebaut, daß eine Zusammenarbeit im Osten der Art, wie sie im Westen zwischen den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Ländern existiert, nicht möglich ist. Das zeigt sich bei vielen praktischen Fragen. Eine so lockere Verbindung, wie sie zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa besteht, kann die Sowjetunion in ihrem Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten nicht akzeptieren. Ich bin zwar der Ansicht, sie sollte es tun; jedoch müßten dann zuvor innerhalb der UdSSR weitgehende Veränderungen stattfinden.

Was aber noch wichtiger ist: Auch wenn keine konkrete Bedrohung vorliegt, wenn also die Entspannung so weit geht, daß ein militärisches Eingreifen nicht notwendig ist, entstehen in Osteuropa von Zeit zu Zeit Probleme, wie sie im Verhältnis zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten nicht auftreten. Das ist einfach auf die Tatsache zurückzuführen - und das meine ich wertfrei;- , daß innere Veränderungen im Westen nicht die gleiche Bedeutung haben wie im engverknüpften und hochzentralisierten Bereich des Ostens. Aus diesem Grunde entstehen Probleme wie das der Tschechoslowakei.

Mir geht es hier nur um eine Deutung und nicht um eine Rechtfertigung und Billigung einer solchen Verhaltensweise der Sowjetunion. Wir dürfen aber aufgrund einer derartigen Situation nicht kurzschließen: Es ist so, es war so, und es muß für immer so bleiben. Wenn man einen solchen Schluß ziehen will, dann gibt es keine Hoffnung auf eine Annäherung.

Sommer

Mein Gedächtnis ist zu diskret, als daß ich mich erinnern könnte, ob Sie vor einem Jahr mit derselben philosophischen Distanz und Contenance argumentiert haben.

Mates

Wenn Sie die Situation in der Tschechoslowakei meinen ...

Sommer

Auch die Situation in Jugoslawien nach der Tschechoslowakei.

Mates

Diese Angelegenheit hat zwei unterschiedliche Aspekte. Der eine betrifft die rechtmäßige Verteidigung eines jeden Landes, um seine Selbständigkeit zu schützen. Das ist eine konkrete Situation. Ich war damals und bin auch heute der Meinung, daß eine solche Position immer dann, wenn sie aktuell wird, eingenommen werden muß.

Aber jetzt handelt es sich um etwas anderes. In der Tschechoslowakei hat sich etwas ereignet, und ich persönlich - als ein Mann, der sich mit internationalen Beziehungen befaßt und auch öffentlich auftritt würde kein einziges Wort von dem, was ich damals gesagt habe, ändern. Ich habe immer den gleichen Standpunkt vertreten und werde auch dabei bleiben. Heute geht es aber nicht darum, die Sowjetunion daran zu hindern, in der Tschechoslowakei zu intervenieren; denn die Intervention ist schon geschehen. Es genügt nicht, post festum ständig zu wiederholen, was vorgefallen ist. Dann könnten wir in Jugoslawien auch sagen: Wir haben mit Deutschland bestimmte Erfahrungen gemacht, und vor zwanzig und mehr Jahren haben wir ganz anders von Deutschland gesprochen als heute. Sollen wir also auf diese Erfahrungen zurückgreifen, auf eine Zeit, in der der Kampf stattfand? Heute befinden wir uns sozusagen in einer Situation post mortem.

Sommer

Für uns post mortem; für Sie post festum.

Mates

Bitte, welchen Ausdruck Sie immer wollen. Wenn man von der Zukunft spricht, muß man die Erfahrungen der Vergangenheit auswerten. Zu gewinnen oder zu verlieren list nur während der Schlacht wichtig. Nach der Schlacht kommt es darauf an, daß man sie analysiert.

Grosser

Darf ich Sie unterbrechen, Herr Mates. Wir befinden uns heute doch nicht nach der Schlacht. Wir sind doch mitten drin. Das, was jetzt in der Tschechoslowakei geschieht, ist nicht vergangen, sondern passiert Tag für Tag. Und darüber zu sprechen, als sei das etwas, das in der Vergangenheit liegt und unabänderbar ist, scheint mir doch eine Zumutung zu sein.

Mates

Ich meine nicht, daß man die bestehenden Zustände in der Tschechoslowakei als Vergangenheit betrachten soll. Es ist aber eine Tatsache, daß die Tschechoslowakei ihre Position vom Frühjahr 1968 leider verloren hat. Das ist die Vergangenheit. Entscheidend ist jetzt die Frage, wie man aus dieser Situation herauskommt.

Sommer

Ihre Äußerungen, Herr Mates, veranlassen mich zu drei Fragen. Erstens: Sind Sie für eine Europäische Sicherheitskonferenz? Davon gingen wir aus. Zweitens: Würden Sie den sowjetischen Begriff von Nicht-Einmischung und Nicht-Intervention unterschreiben? Drittens: Kann man ausschließen, daß sich sowohl das Aufbegehren gegen die von dem Hegemonen oktroyierte Blockdisziplin als auch das Eingreifen des Hegemonen wiederholt? Darin liegt heute die eigentliche Sicherheitsgefährdung in Europa. Kann man davon ausgehen, daß der Westen jedesmal so ruhig zuschaut?

Also erstens: Sind Sie für eine Sicherheitskonferenz?

Mates

Nicht in Form einer Sicherheitskonferenz, sondern einer Konferenz, die anfängt, die wesentlichen europäischen Probleme zu erörtern. Ich halte ein weniger offizielles Treffen von Parlamentariern für besser geeignet als eine Zusammenkunft von Staatsmännern, die operativ tätig sind.

Zu Ihrer zweiten Frage: Natürlich würde ich die Interpretationen, die im Zusammenhang mit der Tschechoslowakei gegeben wurden, nicht unterschreiben. Ein solches Eingreifen ist eine sehr gefährliche Angelegenheit, und eine Wiederholung solcher Ereignisse könnte eine große Gefährdung auch für das jetzt bestehende Gefühl der Sicherheit in Europa bedeuten.

Sommer

Ziehen Sie daraus den Schluß, daß eines der Ziele einer Europäischen Sicherheitskonferenz sein sollte, eine Wiederholung solchen Eingreifens zu verhindern?

Mates

Natürlich. Die Sowjetunion selbst will meiner Ansicht nach solchen Situationen ausweichen, und zwar wegen der doppelten Rolle, die sie zu spielen hat: Sie ist einerseits eng mit Osteuropa verknüpft und bemüht, sich als eine europäische Macht zu affirmieren, während sie andererseits auch eine Weltmacht ist. Aus diesem Grunde ist für die Sowjetunion eine europäische Konferenz, auf der sich die Partizipation und der europäische Charakter der Sowjetunion manifestieren werden, eine sehr wichtige Angelegenheit.

Wenn die Sowjetunion mit der Bundesrepublik einen Gewaltverzichtsvertrag abschließt, dann will sie sich damit als ein europäischer Staat manifestieren. Als der Gewaltverzichtsvertrag zum ersten Mal vorgeschlagen wurde, stand für die Sowjetunion die Erhaltung des Status quo - die deutsche Frage und die Anerkennung der Grenzen - in vorderster Linie. Heute sind die Sowjets vor allem daran interessiert, in Europa eine Situation zu schaffen, in der Ausbrüche osteuropäischer Staaten aus dem östlichen Block verhindert werden. Es geht jetzt also um eine andere Art des Status quo. Dadurch kompliziert sich aber die europäische Lage, weil der Status quo als solcher verändert werden muß. Das ist durch den 21. August sicherlich erschwert worden, es ist jedoch grundsätzlich möglich.

Nach 1956 hat man im Westen eine allgemeine Kampagne betrieben, um die ungarische Frage immer wieder auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen zu bringen. Heute wird Ungarn als dasjenige Land im Warschauer Pakt gepriesen, in dem die größte Liberalität herrscht. Dabei wurde doch in Ungarn im Jahre 1956 ebenfalls eine Schlacht verloren. Von diesem Ausgangspunkt aus sollte man keine Möglichkeit ungenutzt lassen und nicht immer wieder auf das Geschehen von 1956 oder von 1968 verweisen. Damit hat man der Entwicklung in Ungarn nicht genützt. Dadurch wurde aber auch nicht verhindert, daß Rumänien diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufnahm.

Schuster

Dadurch wurde aber auch Prag nicht verhindert.

Mates

So aussichtslos ist die Lage gar nicht. Man braucht die in der Tschechoslowakei geschehenen Dinge nicht zu billigen, sollte aber doch so handeln, daß eine positive Entwicklung möglich wird.

Birnbaum

Selbstverständlich handelt es sich bei der Breschnjew-Doktrin um eine alte Doktrin, die von der Sowjetunion in verschiedenen Situationen immer wieder ausgegraben wurde. Es ist nur die Frage, unter welchen Umständen man sie angewendet hat und was sie heute bedeutet. Es heißt in der Ende Oktober 1969 veröffentlichten gemeinsamen sowjetisch-tschechoslowakischen Erklärung unter anderem: "The Soviet Union and Czechoslovakia fully agree in the class appraisal of the sovereignty of a socialist state as an expression of the power of the working class ... " Hier zeigt sich also wieder, daß der Klassenbegriff der Souveränität übergeordnet wird.

Gleichzeitig ist die Kooperation einer der Hauptpunkte der vorgeschlagenen Europäischen Sicherheitskonferenz. Was bedeutet das in der heutigen Lage? Wenn man die Breschnjew-Doktrin so interpretiert, wie sie im vergangenen Jahr deklariert wurde, dann sehe ich darin in erster Linie eine Legitimierung der Ereignisse in der Tschechoslowakei, aber nicht unbedingt die Vorbereitung eines ähnlichen Schrittes etwa gegenüber Jugoslawien. Man will vielmehr die eigenen Genossen im Warschauer Pakt abschrecken, solche Liberalisierungsversuche wie in der CSSR zu unternehmen.

Die Frage ist also, wieviel Kooperation der Osten verträgt, bevor Moskau beginnt, von Konterrevolution zu sprechen. Man kann sich natürlich auf den Standpunkt stellen, das sollte man unseren östlichen Brüdern selbst überlassen; denn sie werden uns schon sagen, wann sie nicht mehr weitermachen können.

Ich meine aber, so erreichen wir kaum eine Verbesserung der Lage. Wenn man an einer Europäischen Sicherheitskonferenz teilnimmt, muß man irgendeine Zielvorstellung haben und sich überlegen, was dabei herauskommen kann. In bezug auf die Möglichkeit ost-westlicher Kooperation in Europa besteht aber heute Unsicherheit.

Bender

Wir waren uns hier darüber relativ einig, daß die Furcht vor einem Krieg auf beiden Seiten geschwunden ist. Die eigentliche Gefahr liegt in dem Begriff "ideologische Diversion", also in dem, was sich nach Meinung der Okkupationsmächte in der Tschechoslowakei ereignet hat: Die Partei verliert die Kontrolle, das betreffende Land wird ökonomisch vom Westen aufgekauft und rutscht zum Westen hinüber. Hier liegt zur Zeit offensichtlich das Hauptsicherheitsproblem der östlichen Seite, wobei es gleichgültig ist, wie weit es berechtigt ist. Letztlich resultiert dieses Problem, aus dem unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsgrad beider Teile Europas.

Wenn wir im Westen mit dem Osten in Kontakt und zu Verhandlungen kommen wollen, müssen wir diesen unterschiedlichen Entwicklungsgrad in Betracht ziehen. An diesem Punkt ist die östliche Seite nun einmal politisch schwächer, und das militärische Gleichgewicht hat eigentlich nur die Aufgabe, das politische Ungleichgewicht auszugleichen. Man sollte also unter ökonomischer Zusammenarbeit verstehen: die Möglichkeit für den Osten, wirtschaftlich aufzuholen, ohne daß sich der Westen mit der Absicht trägt, die östliche Seite aufzuweichen. Es ist zwar nicht auszuschließen, daß derartige Kontakte zu einer Aufweichung führen, es ändert jedoch die Situation schon, wenn die Absicht dazu fortfällt.

Gasteyger

Der unterschiedliche Entwicklungsgrad zwischen Ost und West ist sicher einer der Unsicherheitsfaktoren, weil er ein Ungleichgewicht in Europa schafft.

Für einen weiteren Unsicherheitsfaktor halte ich das unterschiedliche Entwicklungstempo zwischen der Sowjetunion einerseits und Osteuropa andererseits. Das betrifft sowohl die Anpassungsfähigkeit der politischen Institutionen als auch die Möglichkeit wirtschaftlicher Reformen, die unterschiedliche Stellung der Intelligenz, den Reifegrad der kulturell-geistigen Auseinandersetzung und anderes mehr. Solange die Sowjetunion weder die Bereitschaft hat noch über Institutionen verfügt, um dieses unterschiedliche Entwicklungstempo ohne direkte Intervention in den osteuropäischen Staaten zu überwinden, werden wir - fürchte ich - mit der Möglichkeit weiterer sowjetischer Eingriffe rechnen müssen. Sie könnte dazu gezwungen sein, um ihre Vormachtstellung in Osteuropa aufrechtzuerhalten. Vielleicht kann es die Aufgabe einer westlichen Politik der Kooperation und Annäherung sein, der Sowjetunion die Bildung jener Institutionen und Mechanismen zu erleichtern, die ihr einen "peaceful change" sowohl im Innern als auch in Osteuropa ermöglichen.

Mates

Glauben Sie, daß die Sowjetunion an einer solchen Entwicklung interessiert ist, oder wäre es für sie ohne große Bedeutung, wenn sie noch einmal irgendwo intervenieren müßte?

Gasteyger

Ich stimme Ihnen durchaus zu, Herr Mates, daß die Sowjetunion, wenn immer möglich, Interventionen vermeiden will; denn sie ist sich zweifellos der damit verbundenen inneren und äußeren Belastungen voll bewußt.

Bondy

Die Tatsache, daß es zur Zeit von Titos Abfall von Stalin "Kalten Krieg" gab und die Sowjets Angst davor hatten, was wohl die Amerikaner machen würden, hat das jugoslawische Experiment praktisch gerettet und geschützt. Heute dagegen ist die Entspannung so weit fortgeschritten, daß wir niemanden retten können, weil keiner mehr noch daran glaubt, daß die Amerikaner in irgendeiner Form eingreifen werden. Das hat sich in der Tschechoslowakei deutlich gezeigt.

Diese Tatsachen beweisen, daß Entspannung, Polyzentrismus und Kalter Krieg nicht unbedingt Gegensätze sind. Vielmehr gibt eine bestimmte Form von Spannung unter Umständen mehr Chancen für eine selbständige Entwicklung als eine Entspannung, bei der keine Unsicherheit mehr besteht und bei der die Weltmacht weiß, daß ihr nichts geschieht, wie auch immer sie vorgeht. Ich würde daher etwas provokativ behaupten, daß es zwischen Kaltem Krieg und der inneren Freiheit in den verschiedenen Ländern keinen so absoluten Gegensatz gibt, wie es die heutige Sprachregelung wahrhaben will. Das sage ich zum Beispiel im Hinblick auf Jugoslawien.

Bender

Bestand nicht im letzten Jahr eine gewisse halbe amerikanische Garantie für Jugoslawien, wo die Sowjets nicht genau wußten, ob sie die Breschnjew-Doktrin auf alle sozialistischen Länder ausdehnen konnten?

Bondy

Unsere Sicherheit ruht heute nicht auf Gewißheiten, sondern auf Ungewißheiten. Selbst ein geringes Maß an Zweifel, daß doch etwas passieren könnte, ist schon ein Sicherheitsfaktor.

Bender

Genau das hat Jugoslawien im vergangenen Jahr einen großen Rückhalt gegeben.

Schuster

Der Besuch Nixons in Rumänien bedeutete das, was man im NATO-Jargon ein "unklares Signal" nennt, aber eben doch ein Signal.

Bondy

Herr Mates sagte, wir alle hätten Ungarn im Jahre 1957 als verloren angesehen. Wir meinten, die Repression werde fürchterlich, so daß man dort nicht mehr atmen könne. Zehn Jahre später halten wir Kadar für großartig und sind der Ansicht, alle Staatsmänner sollten sich ein Beispiel an ihm nehmen. Solche Wandlungen sind möglich. Vielleicht denken wir in acht Jahren von Husak ganz anders als heute. Auch hier liegt ein Faktor der Ungewißheit.

Damit möchte ich unseren polnischen Freunden sagen, sie sollten nicht - wie es osteuropäische Intellektuelle oft tun - davon ausgehen, daß sie den Westen gut kennen, wir aber den Osten überhaupt nicht. So ist es keineswegs. Herr Bender kennt zum Beispiel Polen ebenso gut, wie Sie Deutschland kennen. Wir alle müssen den Faktor der Ungewißheit in Rechnung stellen und irren uns häufig, auch in bezug auf unsere eigenen Länder. Als Deutungs- wie als Sicherheitsprinzip ist Ungewißheit also sehr wichtig. Daher dürfen wir nicht so tun, als wäre Gewißheit die Garantie. Ungewißheit kann auch eine Garantie sein.

Sommer

Sie verdichten Ihre Überlegungen nicht zu dem Vorschlag, daß wir eine europäische Unsicherheitskonferenz einberufen sollten?

Bondy

Bei dem Stichwort Europäische Konferenz möchte ich daran erinnern, daß wir an diesem Tisch vor anderthalb Jahren ein Gespräch über ein ähnliches Thema führten, an dem Herr Sommer, Herr Grosser und andere hier Anwesende sowie einige Vertreter der Sowjetunion teilnahmen. Es ist nicht die Schuld von Herrn Körber und seinen Mitarbeitern, wenn heute keine Sowjetrussen unter uns sind; denn sie waren durchaus erwünscht und gesucht. In jenem Gespräch ergab sich insofern ein Widerspruch, als die Sowjetvertreter meinten, sie hätten als Europäer mit uns einen gemeinsamen Raum und gemeinsame Interessen, während die Amerikaner eine "raumfremde Macht" seien und hier nichts zu suchen hätten.

Es ist heute sicherlich überholt zu sagen, Russen und Westeuropäer seien allesamt Europäer, also sollten wir uns endlich verständigen. Die Sowjets reden in Finnland mit den Amerikanern, und beide wissen genau, daß es zwischen ihnen große Gemeinsamkeiten gibt. Sie sind die einzigen, die sowohl einander als auch die Welt auslöschen können. Wir alle reden miteinander in jenen lokalen Ordnungen, die wir innerhalb dieser Abschreckungssicherheit immerhin einrichten können. Wichtig ist aber, sich daran zu erinnern, daß Sowjets und Amerikaner in einer anderen Kategorie von Macht leben als wir. Diese Macht und die Regelungen, mit denen sie zivilisieren, sind als unausgesprochene Voraussetzungen für alles anzusehen, was wir jetzt an möglichen wichtigen lokalen Regelungen miteinander besprechen. Für solche lokalen Regelungen gibt es Chancen. Denn offenbar erhebt auch die Sowjetunion heute kein Veto mehr gegen polnisch-deutsche Sonderabmachungen wie überhaupt gegen ein gewisses Maß an Entspannung.

Vielleicht sind die Sorgen der Sowjetunion in bezug auf die Tschechoslowakei zur Zeit so groß, daß sie mehr an ihre eigene Einflußsphäre denkt als zu Zeiten von Chruschtschow und seines Ultimatums gegen Westberlin. Insofern sind wir die Nutznießer aus der tschechischen Tragödie und kommen zu

Sicherheitsreaktionen, weil es den Tschechen schlecht geht. Gäbe es nämlich keine derartigen Probleme, würden die Sowjets vielleicht wieder eine stärkere Offensive in Richtung auf eine Veränderung unserer Verhältnisse unternehmen, woran sie jetzt nicht denken können.

Sommer

Zum Abschluß unserer Diskussion möchte ich an unseren Referenten die Frage richten: Sind wir Ihren Erwartungen gerecht geworden?

Grosser

Darauf lautet meine klare Antwort: Nein! Ich spreche meine Schlußworte mit gemischten Gefühlen und hoffe, nicht mißverstanden zu werden.

Ich hatte mit dem Sicherheitsbedürfnis begonnen. Mit wenigen Ausnahmen stimmten Sie in der Diskussion zu, daß dieses Sicherheitsbedürfnis von allen Seiten weitgehend als erfüllt angesehen wird. Nahezu die Hälfte der Tagung hat sich mit der Anerkennung der bestehenden Tatsachen befaßt, wobei als der interessante Teil wohl das Zwiegespräch von Herrn Sommer - sozusagen fast als Regierungssprecher - mit den polnischen Teilnehmern zu nennen ist. Darin kam etwas Ähnliches zum Ausdruck wie die Äußerung von Mendes France im Jahre 1954 zu Molotow und Tschu en Lai: "Vergessen Sie nicht, wenn Sie meiner Regierung nicht zugestehen, daß sie guten Willens ist, und wenn sie mir nicht die notwendigen Zugeständnisse machen, dann ist alles vertan; denn eine Regierung mit so viel gutem Willen werden Sie nicht so leicht wieder finden."

Bei der Oder-Neiße-Grenze und der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR zeigten sich einige Schwierigkeiten; denn nur in der deutschen Sprache weiß man, was damit gemeint ist. Jede Übersetzung in eine andere Sprache bereitet großes Kopfzerbrechen. Mit der Zweiteilung Deutschlands sind anscheinend alle einverstanden. Man möchte die Bundesrepublik veranlassen, das andere Deutschland anzuerkennen und gute Beziehungen zu ihm herzustellen. Andererseits ist man aber sehr besorgt darüber, was wohl geschehen könnte, wenn diese Beziehungen tatsächlich gut wären. Sämtliche Partner der Bundesrepublik sind in diesen Widerspruch verstrickt.

Aber von diesen Punkten abgesehen, haben wir keineswegs vom Thema gesprochen. Darin ging es um den Spielraum der Entspannungspolitik. Es wurde wohl von der Verbesserung des Klimas geredet. Aber der Spielraum der Veränderung jenseits der Anerkennung der bestehenden Tatsachen wurde nur unklar definiert. Das war allerdings vorauszusehen. Mir ist aber nicht verständlich, warum wir uns so sehr auf die Europäische Sicherheitskonferenz konzentriert haben, wenn sich doch alle darüber einig waren, daß diese nur wenig mit Sicherheit zu tun hat. Man sagte, eine solche Konferenz sollte stattfinden, definierte jedoch nicht, was, abgesehen von einer Verbesserung des Klimas, dabei herauskommen soll.

Auf meine Hauptfrage, wo der Spielraum für die Entspannungspolitik sei, hat es keine Antwort gegeben. Dabei denke ich an die Rolle der Bundesrepublik. Hier fühle ich mich am Ende der Diskussion beinahe der CDU nahe. Ich habe nämlich die Sorge, daß sich die Außenpolitik der Bundesrepublik nun auf einmal sehr "gaullistisch" entwickeln wird. Damit meine ich das Vergnügen an der Diplomatie, weil sie Diplomatie ist, am Gespräch, weil es Gespräch ist, und am Klimawechsel, weil Klimawechsel nicht viel kostet und Prestige einbringt. Man könnte in die Versuchung kommen zu sagen, daß der Spielraum in der Ostpolitik nicht zu ermessen sei. Klimaveränderungen öffnen zwar einen Spielraum für Diplomatie, verhindern jedoch auf westlicher Seite die nüchternen und sachlichen Bemühungen, die notwendig wären - nicht um alle westlichen Staaten mit dem Osten bilateral oder multilateral zusammenzubringen;- , um eine Reihe von konkreten wirtschaftlichen, technischen und politischen Problemen im Westen zu lösen. Das ist meine Befürchtung nach diesem Gespräch.

Damit will ich nicht sagen, daß eine Klimaveränderung oder die Anerkennung des Status quo, zum Beispiel der Oder-Neiße-Linie, nicht zu begrüßen sei. Ich befürchte jedoch, daß die Ostpolitik - fast möchte ich sagen - als Spielzeug der Diplomatie betrachtet wird, weil man auf diesem Gebiet am besten reden kann, ohne wirkliche Entscheidungen treffen zu müssen, wenn einmal die Vorentscheidungen gefallen sind.

Wenn jemand von Ihnen meinte, die neue Bundesregierung sei auch nach der europäischen Seite hin sehr aufgeschlossen, dann bin ich davon nicht so überzeugt. Sie ist versucht, die Ostpolitik als vordringlich anzusehen. Das ist ihr gutes Recht, und angesichts der Anerkennung der Realitäten ist es auch notwendig. Aber sie sollte daneben auch nach dem Spielraum suchen; denn sonst bedeutet die Anerkennung der Realitäten lediglich eine Vorleistung. Dabei sollte die Bundesregierung sich allerdings bewußt sein, daß dieser Spielraum begrenzt ist, damit sie nicht die gesamte Energie der

Außenpolitik auf das Suchen dieses Spielraums konzentriert. Denn besonders in der Europapolitik wäre sehr viel Energie nötig, um das, was in den letzten Jahren zu wenig geschaffen worden ist, nachzuholen.

Sommer

Selbst auf die Gefahr hin, wieder mit dem Regierungssprecher verwechselt zu werden, halte ich Ihre Befürchtung für unbegründet, Herr Grosser. Der Kanzler der neuen Regierung war schließlich der Außenminister der alten und hat als solcher viele Erfahrungen gemacht, die ihn eher zur Nüchternheit als zur Euphorie veranlassen. Es wäre wohl unfair, ihm zu unterstellen, daß er im Osten Fortschritte machen wolle, wenn dort eine entsprechende Bereitschaft bestünde, um dafür im Westen auf mögliche Fortschritte zu verzichten.

Körper

Zum Abschluß dieses offenen Gespräches darf ich feststellen, daß wir uns bemüht haben, politische Vorurteile abzubauen, psychologische Hemmnisse, die aus der Geschichte stammen, zu beseitigen, den Horizont für gegenseitiges Verständnis der Systeme zu erweitern - und somit einen Raum für Entspannung zu schaffen, der von der menschlichen bis zur politischen Ebene reichte. In dieser Hinsicht ist für mich heute eine Klimaveränderung besonders im Vergleich zu unserer 29. Tagung über das Thema: "Fördern die Bündnissysteme die Sicherheit Europas?" festzustellen. Damals, vor nur 20 Monaten, mußte man noch den Eindruck gewinnen, daß ein gemeinsames Finden von besseren Alternativen durch das Festhalten an den eigenen politischen Dogmen verhindert wurde. So kann ich Herrn Tomala nur bestärken, wenn er sagt, daß die Vorurteile in noch weit stärkerem Ausmaß abgebaut werden müssen. Auch dem Vorschlag von Herrn Mates möchte ich zustimmen, daß zunächst in einer Vorstufe Parlamentarier und andere gesellschaftspolitisch verantwortlich Handelnde zu solchen Gesprächen, zu denen sich auch der Bergedorfer Kreis anbietet, zusammenkommen sollten und nicht von vornherein die Staatsmänner.

In diesem Sinne werden sich weitere Tagungen an unser heutiges Gespräch anschließen. Diese Diskussion hat doch erneut verdeutlicht, daß Entspannung noch lange nicht Frieden bedeutet, ja daß Frieden mehr ist als nur eine politische Qualität. Es kommt nicht von ungefähr, daß heute in vielen Ländern Friedensforschung betrieben wird, was immer man darunter aus östlicher und westlicher Perspektive verstehen mag. In der Bundesrepublik beginnt die Friedensforschung sich erst zu entwickeln. Hier kann der Bergedorfer Gesprächskreis "Entwicklungshilfe" leisten, indem er die Frage nach dem eigentlichen Kern der Friedensforschung stellt und dieses Problem im Sinne eines Grundsatzgespräches gesamtperspektivisch durchleuchtet. Das daran anschließende Bergedorfer Gespräch über "Wege zu einem stabilen Frieden" stellt eine thematische Ergänzung dar. Wir freuen uns, daß dieses Gespräch in Moskau durchgeführt werden soll, und wir begrüßen die Angebote, weitere Bergedorfer Gespräche etwa in Warschau und Budapest stattfinden zu lassen.

Ich bin mir darüber im klaren, daß auf unseren Tagungen jedes Abgleiten in falsche Utopien vermieden werden muß. Aus diesem Grunde muß sich der Kreis ständig neu und plural aus westlichen und östlichen Teilnehmern zusammensetzen. Es gilt nicht, Realitäten wegzudiskutieren, sondern vielmehr ins Gespräch zu kommen in bezug auf diese Realitäten, um den Spielraum neuer Chancen zur Verständigung auszuloten. Unser Hauptanliegen gilt dem Bestreben, den Frieden im Sinne einer gesellschaftlichen Kommunikation der verschiedenen politischen Systeme zu sichern.

Auf der nächsten Tagung des nächsten Bergedorfer Gesprächskreises werden Prof. Dr. Carl-Friedrich Frhr. von Weizsäcker, München, und Prof. Dr. Richard Löwenthal, Berlin, über das Thema referieren: "Zugänge zur Friedensforschung. Soziale und politische Perspektiven".